

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 22. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis pro Nummer 2 Pf. monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk., halbjährlich 6.60 Mk., jährlich 13.20 Mk. Postgebühren sind in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile eine oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Beschlüsse 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit dem ersten Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

### Die Proletarierkrankheit und ihre Bekämpfung.

Dem Reichstage ist eine im Reichs-Gesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung zugegangen. Die Denkschrift bringt eine Fülle von Material über dieses vom Volke Proletarierkrankheit genannte, schreckliche Massenleiden bei. Indem man dieses Material kritisch prüft, gewinnt man einen Einblick in den verwickeltesten Kampf, den der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung gegen die verhängnisvollen Folgen der kapitalistischen Ausbeutung führt.

Zur Jahre 1899 belief sich die Zahl derjenigen Erwachsenen, deren tuberkulöses Leiden so weit fortgeschritten war, daß sie Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen mußten, auf 226.000 Personen. Dabei bilden die in den Krankenhäusern aufgenommenen Tuberkulösen nur einen Bruchteil der Gesamtzahl solcher Kranken.

In dem Zeitraum 1892 bis 1900 starben in den zehn Bundesstaaten, aus denen Mitteilungen über diesen Zeitraum vorliegen, 1.066.722 Personen an der Tuberkulose, also jährlich im Mittel 118.525 oder von je 100.000 Lebenden etwa 242 Personen. Diese Durchschnittsziffer wird jedoch in einzelnen deutschen Landesteilen weit überschritten, während sie in anderen erheblich kleiner ist. Sie betrug im Königreich Sachsen etwa 329, im Staat Preußen etwa 337, im Großherzogtum Hessen etwa 311, dagegen in der Provinz Pommern 179, in Westpreußen 149, Ostpreußen 146.

Was die Frage nach der Zunahme oder Abnahme der Tuberkulose-Sterbeziffer anlangt, so sind an der Tuberkulose gestorben während der 4 Jahre 1892 bis 1895 490.335 Personen, während der 4 Jahre 1897 bis 1900 460.070 Personen, also trotz der Zunahme der Bevölkerung in jedem Jahre des zweiten Zeitraumes 7666 Personen weniger als durchschnittlich in jedem Jahre des ersten Zeitraumes. Jedoch ist eine Zunahme in Hamburg (um 1.05 Prozent), im Königreich Sachsen (um 0,8 Proz.) und in Berlin (um 0,9 Proz.) nachzuweisen, doch bilden diese Gebiete, wie die Denkschrift sagt, infolge des sehr erheblichen Bevölkerungswachstums nur eine scheinbare Ausnahme.

Ihre Opfer holt sich die Krankheit in den meisten Fällen unter der Zahl derjenigen, die mitten im harten Daseinskampf stehen. Von je 1000 Gestorbenen, deren Todesursache bekannt war, waren im Durchschnitt der Jahre 1897 bis 1900 der Tuberkulose jährlich erlegen: im Alter von 1 Jahr 10,9, von 1 bis 15 Jahren 84,3, von 15 bis 60 Jahren 316, über 60 Jahren 523. „Die Haupt-todesursache“ sagt die Denkschrift, bildet sie für das erwerbsfähige Alter vom 15. bis zum 60. Lebensjahre. Gerade in diesem Alter ist die Sterblichkeit an Tuberkulose und, wie man wohl annehmen darf, die Verbreitung der Krankheit in einer die Arbeits- und Erwerbstätigkeit beschränkenden Form weitest am größten. Jede Abnahme der Sterblichkeit bedeutet einen Gewinn für die Volkswirtschaft.

Besonders schrecklich wüthet natürlich die Tuberkulose in den Großstädten mit ihrer massenhaft zusammengehaufenen Bevölkerung. Es starben in den Jahren 1897, 1898 und 1899, auf die betreffende Altersklasse berechnet, von je 100.000 Bewohnern im Mittel jährlich an Tuberkulose:

im Alter von 1 bis 15 Jahren	in den 28 Großstädten	außerhalb der Großstädte
15 bis 60	140,4	73,2
	293,6	277,1

Auch die einzelnen städtereichen Verwaltungsbezirke zeigten im ganzen eine höhere Tuberkulose-Sterbeziffer als städtarme. Sie betrug z. B. für das Alter von 15 bis 60 Jahren

bei einer städtischen Gesamtbevölkerung von:	auf 100.000 Lebende dieser Altersklasse
im Reg.-Bez. Düsseldorf . . . . . 64,1 Proz.	355
„ „ „ Köln . . . . . 53,8	332
„ „ „ Wiesbaden . . . . . 46,7	344
„ „ „ Aachen . . . . . 27,6	190
„ „ „ Marienthal . . . . . 24,6	171
„ „ „ Gumbinnen . . . . . 16,6	173
im Bezirk Mannheim . . . . . 43,1	394
„ „ „ Konstanz . . . . . 29,5	298

Ueber die sozialen Ursachen der Tuberkulose-Erkrankung drückt sich nun die Denkschrift sehr vorsichtig aus. Sehr begreiflich! Würde sie hier schamlos die Wahrheit enthüllen, dann müßte sie auf das schreckliche Verbrechen, welches die kapitalistische Ausbeutung an der Volksgesundheit verübt, hinweisen und für die deutsche Arbeiterklasse — denn sie ist es, die in erster Linie der große Würger Tuberkulose heim sucht — verkürzte Arbeitszeit, gesündere Arbeitsräume, mehr Arbeiterlohn, höhere Löhne, billigeres Lebensmittel, bessere Wohnungen verlangen. Zwar kann sie nicht umhin, dies zu verlangen, aber sie thut es doch in sehr allgemeiner und vorsichtiger Form, so daß hier die Socialdemokratie um so nachdrücklicher fordern muß.

Besondere Erwerbszweige werden in geradezu schrecklicher Weise von der Tuberkulose heim gesucht, während andre wieder vorzugsweise schwindstüchtfrei sind. Ein solcher Unterschied läßt sich besonders deutlich bei den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes anerkannten Rentenempfängern nachweisen. Unter je 1000 Fällen bildete die Tuberkulose bei männlichen Rentenempfängern aus der Berufsgruppe der Landwirtschaft, Gärtnerei und dergleichen 21,8 mal, dagegen bei den in der Industrie, einschließlich Bauwesen, Bergbau und Hüttenwesen beschäftigt gewesenen Männern 85,7 mal die Invaliditätsursache, bei weiblichen Rentenempfängern sind die entsprechenden Zahlen 14,5 und 35. Einige Versuche haben sich ganz besonders durch die Häufigkeit der Todesursache hervor. Nach den Untersuchungen von Odendorff starben auf je 1000 Lebende im Durchschnitt von den Schleifern 23,8, von

den übrigen gleichartigen männlichen Bewohnern derselben Gegend 9,0 und nach den Erhebungen unter den Mitgliedern des Verbandes der Steinmetzen Deutschlands von 497 in den Jahren 1886 bis 1892 überhaupt verstorbenen Steinbauern 44,1, d. i. 89,93 Proz. an Lungenschwindsucht.

Von besonderem Interesse sind nun die Mittel und Wege, welche die Denkschrift zur Vorbeugung und allgemeinen Bekämpfung der Krankheit vorschlägt. Eine sinnliche Volksgesundheitspflege, die keinerlei Rücksicht auf das kapitalistische Ausbeutungsinteresse nehme, müßte hier mit der Verkürzung der Arbeitszeit beginnen. Die Vorschläge des Reichs-Gesundheitsamts aber beginnen mit dem bekannten Rezept von Wasser und Seife. Nun sind wir gewiß die letzten, welche die Bedeutung der Erziehung des Volkes zu besserer Körperpflege unterschätzen. Nicht Wasser und Seife machen noch lange keinen Kranken gesund. Die lange Arbeitszeit bewirkt gerade, daß sehr große Teile des Proletariats sich körperlich nicht genug pflegen, und in einem durch lange Arbeitszeit ausgemergelten Körper wird die Tuberkulose immer reichen Boden finden und wenn der Mensch noch so reichlich ist. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß sich neben den Volkshäusern immer mehr die Jahreshäuser entwickeln. Hier würde ein gesetzlicher Zwang not thun. Auch der Lebensübungen der Jugend, Turnen usw., gedenkt die Denkschrift mit empfehlenden Ausführungen.

Auf Schritt und Tritt zeigen sich jetzt die sozialen Hemmnisse für eine durchgreifende Volks-Gesundheitspflege. „Zu einer regelrechten Körperpflege gehört auch eine zweckmäßige Kleidung, zumal die Tätigkeit des Hautorgans in vielen Beziehungen von ihr abhängig ist.“ So sagt die Denkschrift. Aber welcher Proletarier hat die Mittel, die notwendige Sorgfalt auf seine Kleidung, namentlich hinsichtlich des häufigeren Wechsels, der Lüftung und Reinigung zu legen. Derselbe Arbeitsanzug wird täglich wieder auf den Leib gezogen, und viele Tausende laufen gar in stinkenden Lumpen umher, ohne sich andere Bekleidung verschaffen zu können.

Unzweifelhaft ist ferner für den Gesundheitszustand des Menschen die Art der Ernährung von hervorragender Bedeutung. . . . der schlecht genährte Körper erliegt dem Angriff der Krankheitserreger leichter als derjenige, welcher durch regelmäßige genügende Nahrungszufuhr die Stoffe erhält, deren er zu seinem Wachstum und zum Erfolge des durch die Tätigkeit der Körperorgane erfolgten Verbrauchs bedarf. . . . Schlechte Ernährung in dieser Zeit (nämlich den Pubertätsjahren) begünstigt ganz besonders die Entwicklung der ausgenommenen Tuberkulose.“ Diese Sätze der Denkschrift läßt dieselbe Regierung dem Reichstage zur Beachtung empfehlen, die soeben die Lebenshaltung des Volkes durch die Hintertreibung der Löhne in der empfindlichsten Weise verschlechtern und die Arbeiterfamilien im Interesse des Junkertums zu systematischem Hungerleiden verurteilen will.

Uebrigens bedeutet die Denkschrift verschiedentlich geradezu eine Verurteilung der Laissez-faire und Unachtsamkeit unserer Reichs-Socialpolitik. So z. B. in der Wohnungsfrage. Sie stellt fest, daß nach Kubners Ermittlungen in Berlin, Breslau, Hamburg 10 bis 14 von je 100 Wohnungen als überfüllt gelten, d. h. in ihnen mehr als 5 Personen auf die Benutzung eines einstufigen Zimmers angewiesen sind. Sie anerkennt, daß in der That durch den Andrang der Bevölkerung nach den Städten ein Wohnungsnotstand vorhanden sei. Aber was hat denn die Regierung zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungsverhältnisse getan? Die Denkschrift weiß nichts anzuführen, als den Bau von Arbeiterwohnungen u. a. durch die Gelder der Landesversicherungs-Anstalten sowie die Arbeiterwohnungs-politik verschiedener Großunternehmer à la Strupp.

Bei den Maßnahmen in Bezug auf Arbeit und Beruf rühmt die Denkschrift u. a. die Wirksamkeit der Gewerbe-Aufsicht, muß aber gleichzeitig zugeben, daß die Berichte der Gewerbe-Inspektoren beweisen, „daß die Durchführung aller jener gesundheitslichen Anforderungen an zahlreichen Stellen großen und mannigfaltigen Schwierigkeiten begegnet“. Der größte Teil des von ihr angeführten Arbeiterlohnes und der Bundesratsbestimmungen ist erst durch die jahrelange Kritik der Socialdemokratie hervorgerufen worden.

Ein großer Teil der Denkschrift beschäftigt sich mit der Forderung für die Tuberkulösen durch die Versicherungs-gesetzgebung, Krankenhäuser, Volkshospitäler, Lungenheilstätten, Genußgenüsse durch Vereine und Unternehmer. Sie weiß darüber ein langes Loblied zu singen.

Gewiß sind alle diese Schöpfungen von hohem Wert und wir sind der Ansicht, daß hier noch weit mehr geschehen müßte. Aber sie müssen doch so lange Palliativmittel bleiben, wie die Gesetzgebung es vermag, durch Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse an den Fesseln des Übels zu geben. Der gesunde Menschenverstand, Verbesserung der Volksernährung durch Verbilligung der Lebensmittel, mehr Arbeiterlohn und Reichs-Wohnungsgesetzgebung, das sind die großen Wege, die bei Bekämpfung der Tuberkulose in erster Linie beschritten werden müssen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

#### Reichstag.

Herr v. Derken, der medlenburgische Bundesrats-Bevollmächtigte, der am Freitag bei der Kritik, die unser Genosse Herzfeld an den medlenburgischen Schulzuständen übte, nicht im Hause anwesend war, erklärte am Sonnabend, es mache ihn kein Vergnügen, täglich 5-6 Stunden im Reichstage zu sitzen, er stelle wieder einmal die Forderung einer vorherigen Benachrichtigung auf, wenn irgend ein Abgeordneter den Wunsch hegt, sich mit einem Bundesrats-Bevollmächtigten auseinanderzusetzen. In seinem Falle

wäre die vorherige Benachrichtigung allerdings ganz zwecklos gewesen, denn Herr v. Derken hält mehr auf Kompetenz und will dem Reichstag nicht das Recht lassen, über medlenburgische Schulzustände zu verhandeln, wozu das vormärzliche Reglement in Mecklenburg selbst keine Möglichkeit bietet. Der Humor dabei ist nur, daß Herr v. Derken im vorigen Jahre selber eine recht lange Rede zur Verteidigung der medlenburgischen Schulzustände gehalten hat.

Die Verhandlungen brachten die Beratung des Etats des Innern nur um einen kleinen Schritt vorwärts. Beim Statistischen Amt entspann sich eine weitläufige Debatte, die mit einer agrarischen Rede des Grafen Kanitz einsetzte. Die Kritik, die Graf Kanitz an der Preisstatistik des Statistischen Amtes übte, der er vorwarf, daß sie die niedrigen Auslandspreise unserer Eisen- und Drahtstiftstunde nicht zum Ausdruck bringe, mag berechtigt sein. Seine wirtschaftspolitischen Ausführungen, in denen sich ein Haß gegen Handelsverträge wieder einmal entlud, gehörte zwar nicht zur Sache, rief aber doch eine große Debatte hervor. Genosse Sadekm kritisierte die Zusammenfassung des Verlags für Arbeiterstatistik, der an sich willkommen zu heißen sei, bei dem aber das bureaukratische Element zu stark vertreten wäre. Er bedauerte dann weiter, daß man bei der Bildung einer amtlichen Organisation der Arbeitsmarkt-Verichterstattung nicht mit Herrn Dr. Jostrow, dem Herausgeber des „Arbeitsmarktes“, Fühlung genommen habe, und daß infolgedessen eine bedauerliche Wunde in der Arbeitsmarkt-Verichterstattung entstanden sei. In gleichem Sinne äußerte sich Herr Köpcke von der Freiwirtschaftlichen Vereinigung, während die Bundesratsmitglieder Dr. Fischer, v. Schöler und Graf Posadowski unter Anerkennung der Leistungen des Dr. Jostrow das gewählte Verfahren verteidigten. Besonders Interesse beanspruchte die Anregung Sadekms, im Jahre 1903 eine neue Berufs- und Gewerbezählung vorzunehmen und dabei für die Landwirtschaft nicht mehr allein nach Betriebs-einheiten, sondern auch nach Besitz-einheiten zu zählen, um auf diese Weise die Frage, ob eine Konzentration der Betriebe der Landwirtschaft stattfinde, zur Entscheidung zu bringen. Leider sind die Aussichten für diese Statistik sehr gering. Für derartige Kulturzwecke hat das Deutsche Reich keine Mittel. Graf Posadowski stellte es als sehr ungewiß hin, ob schon im Jahre 1905 gezählt werden würde, und führte vor allen Dingen ins Treffen, daß eine solche Zählung einige Millionen kosten würde. Ja, wenn es sich um einen kleinen Kreuzer handeln würde, dann wären die Gelder schon aufzutreiben!

Zum Schluß wurde die Lage der Bureaubeamten des Reichs-Statistischen Amtes vom Antisemiten Werner zur Sprache gebracht. Genosse Singer nahm sich der berechtigten Wünsche dieser Beamten-kategorie kräftig an.

Am Montag gehen die Verhandlungen weiter. —

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. die Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung. Es handelt sich um eine Ergänzung des Eisenbahn-Garantiegesetzes, dem der Gedanke zu Grunde lag, die Verzinsung und regelmäßige Amortisation der Staatsbahn-Kapitalschuldsicher zu stellen und den Staatshaushalt gegen die störenden Wirkungen wechselnder Ueberschüsse der Staatsbahnen zu schützen. Diese Absicht ist nicht erreicht. Infolgedessen wurde 1897 das Staatsschuldenentilgungsgesetz erlassen, das eine gleichmäßige Tilgung der Staatsschulden vorsieht, dagegen das Verhältnis der Eisenbahnüberschüsse zu den allgemeinen Staatsausgaben unregelmäßig läßt. Das Haus nahm damals eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wurde, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Leistungen der Eisenbahnen für die allgemeinen Staatszwecke abgegrenzt werden sollen. Von einer solchen Abgrenzung sieht die Regierung ab; sie begnügt sich mit der Bildung eines Ausgleichsfonds. Derselbe soll aus den Etatsüberschüssen gebildet werden und eine Höhe bis zu 200 Millionen erreichen. Zunächst sollen 60 Millionen bereit gestellt werden, mit der Maßgabe, daß in einem und demselben Etatsjahre nicht mehr als 30 Millionen Mark verwendet werden dürfen zur Bildung oder Ergänzung eines außeretatmäßigen Dispositionsfonds der Eisenbahn-Verwaltung zur Vermehrung der Betriebsmittel, Erweiterung und Ergänzung der Bahnanlagen, sowie zu Grunderwerbungen behufs Vorbereitung derartiger Erweiterungen im Fall eines nicht vorhergesehenen Bedürfnisses bei zu erwartender Verkehrserweiterung. Weitere Mittel sollen verwandt werden zur Ausgleichung eines rechnungsmäßigen Runderüberschusses der Eisenbahn-Verwaltung und zur angemessenen Ausgestaltung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung.

Nach längerer Debatte, die sich in der Hauptsache auf finanziellen Boden bewegte und in der namentlich Abg. Richter (fr. Sp.) energisch gegen diesen neuen Versuch einer weiteren Einschränkung des Budgetrechts des Landtages protestierte und in der deutlich das Bestreben der Regierung zum Ausdruck kam, die Eisenbahnen nach wie vor als ergiebige Einnahmequelle für den Staat zu betrachten, wurde die Vorlage der Budgetkommission überwiesen. Ob sie Gesetzeskraft erlangt, ist bei den erheblichen Bedenken, die Redner fast aller Parteien erhoben, sehr fraglich.

Am Montag soll die zweite Lesung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung durch eine große Programmrede des Ministers Budde, des Nachfolgers Thielen, eröffnet werden. —

**Eine Festsitzungsverhandlung.**

—St. Wien, 20. Februar.

Am 1/3 Uhr nachts hat gestern das österreichische Abgeordnetenhaus die Verhandlung der Wehrvorlage beendet und die Vorlage ganz unbedenklich angenommen. Warum diese Eile, was erklärt die unverständige Hast? Das Gesetz gilt nicht, wenn es nicht auch in Ungarn beschlossenen wird, das geht aus seinem Charakter als eines Gesetzes für die gesamte Monarchie hervor und ist übrigens eigens beschloffen worden. Nun ist die Verhandlung im ungarischen Abgeordnetenhaus noch nicht über die Generaldebatte gelangt, und da die Unabhängigkeitspartei keine Miene macht, von ihrer obstruktionellen Taktik abzulassen, vielmehr entschlossen ist, die Gesetzgebung der Vorlage durch Fortreden zu verhindern, so hat es gute Wege, bevor der beschlossene Gesetzentwurf sanktioniert werden wird. Thatsächlich wird sich das Herrenhaus auch Zeit lassen, es werden mindestens acht Tage vergehen, bevor dort die Vorlage verhandelt werden wird. Warum mühte also die Verhandlung im Abgeordnetenhaus so beschleunigt werden, was war der Grund, daß die Sitzung bis in den Morgen dauerte? Mit der Sitzung im deutschen Reichstage, wo die dritte Lesung des Vollzuges durchgepeitscht wurde, ist diese Nachtigung nicht zu vergleichen; da das österreichische Abgeordnetenhaus schon beschlußfähig ist, wenn von den 425 Abgeordneten 100 anwesend sind, und wo die Mehrheit für die Vorlage ganz unzweifelhaft feststand, so war gar keine Gefahr vorhanden, für die standalöse Eile sein Grund zu sehen. Aber doch: das Abgeordnetenhaus wollte auf Festsitzungsferien gehen, und damit die Herren Abgeordneten ihre Amusement schon heute beginnen können, mußte gestern die Verhandlung einer Vorlage, die so viel Gut und Mut in Anspruch nimmt, als eine tierische Art von Festsitzung zu Ende gebracht werden! Die nächste Sitzung hält das Haus erst am 27., damit die sauberen Vollvertreter morgen nicht strapaziert werden, wurde gestern nach um 12 Uhr die dritte Lesung der Vorlage begonnen! Die Annahme des Gesetzes ist ein Skandal, aber die Art und Weise, wie es verhandelt worden ist, war eine elende Komödie.

Die Annahme der Vorlage, die die Zahl der jährlich auszubehenden Rekruten von 103.100 Mann auf 125.000 Mann erhöht, erfolgte mit einer noch nie dagewesenen Mehrheit: mit 218 gegen 108 oppositionelle Stimmen. Und unter diesen befanden sich die Junggehehen, die dagegen nur stimmten, weil sie den Anschluß an die große Patriotenmehrheit veräumten hatten, die sich zur Ehre des Oesterreichers anlässlich der im Wesen so unpopulären Vorlage gebildet hatte. Für die Vorlage stimmten alle deutschen Fraktionen: teils Herr von Stoerber zuliende, dessen Einfluß auf das Parlament zusehends im Wachsen begriffen ist, teils der Krone willen, deren Gunst sich niemand verschmerzen mag, der zuliende jede der vielen bürgerlichen Parteien ihre Principien und ihre Uebereinstimmungen bedenkenlos preisgibt. Die widerwärtige Art dieses österreichischen Staates zeigte sich da mit größter Deutlichkeit. Bald ist dieser Staat bei allen Rationalitäten verhaßt und „Oesterreicher“ genannt zu werden, betrachtet jede als Schimpf und Verrückung. Dann kommen aber wieder Zeiten der „patriotischen Flut“, wo das große Kennen um den Preis des letzten Oesterreichers anhebt. Nicht zu verlernen ist, daß die Dinge in Ungarn, der Aufsturm der ungarischen Chauvinisten gegen die Einheitslichkeit der Armee, zu der Reaktion in Oesterreich wesentlich beigetragen haben, daß sich die Abneigung gegen die Ansprüche der Magyarer zu einer Begeisterung für das Oesterreich, „das ewig stehen wird“, verdichtet hat.

Im Mittelpunkt der Verhandlung stand der Antrag der Socialdemokraten auf Einführung der zweisehrtigen Dienstpflicht; er wurde von den Rednern des Socialdemokratischen Verbandes, den Abgeordneten Schummeier, Eidersch und Daszynski mit einer Energie vertreten, die sich allgemeine Anerkennung erzwang. Eine Episode für sich war das Auftreten des Wiener Bürgermeisters, der sich als Scharfmacher erster Güte vorstellte. An dieser Rede des entarteten Lueger kam der Verfall Wiens deutlich zum Ausdruck; selbst der verblüffteste Zeudale, der ordinarste Kommissariats würde Worte scheuen, wie sie der Führer der Christlich-Socialen, das freigewählte Oberhaupt der Hauptstadt des Reiches, unter dem stürmischen Beifall seiner Parteigenossen vortrug. Herr Lueger, der einst die Mission des Heeres als Schächerin des Eigentums mit dem diffusen Worte „Rechtschaffenheit“ verspottet hatte, jagte Mittwoch wörtlich:

Das Heer ist dazu bestimmt, das Vaterland gegen den äußeren und gegen den inneren Feind zu verteidigen. Es hat einmal ein Minister nicht den Mut gehabt, auf die Frage zu antworten, wer der innere Feind ist. Ich sage Ihnen offen (zu den Socialdemokraten): Sie sind der innere Feind und sie müssen bekämpft werden! Die Armee ist dazu da und wird auch in der Beziehung ihre Pflicht erfüllen, das Leben und das Eigentum ruhiger Staatsbürger zu schützen gegen gewisse turbulente Elemente. Wenn mir das Militär zur Verfügung steht, werde ich auch kommandieren.

Es ist das zwar nur die Maulschere, aber für den sittlichen Gehalt dieses Menschen ist sie ganz bezeichnend. Von dem Abgeordneten Schummeier ward „Karl Großmann“ die richtige Antwort zu teil; in seiner satirischen Weise antwortete ihm der Socialdemokrat:

Hinter Lueger steht das Volk von Wien und teilweise von Niederösterreich. Nach Budweis darf er mit seiner Fahne nicht mehr kommen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wie der Dieb in der Nacht, kann er durch die Gasse Oesterreichs schleichen. Nicht einmal in St. Pölten geht die Sache ganz glatt ab. Dr. Lueger sagt, das Volk steht hinter ihm. Die Stimmen haben wir, aber die Stimmzettel hat Dr. Lueger mit seiner Partei. (Stürmische, allgemeine Heiterkeit und Beifall.) Wenn Stimmzettel voll sein können, steht wirklich das Volk hinter dem Bürgermeister von Wien, hat aber wenig in den Sälen des Wiener Magistrats. (Heiterkeit.) Karl Großmann sollte er heißen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Der Bürgermeister von Wien war auch einmal sehr turbulent. Es war dies die Zeit, als man ihn nicht als Bürgermeister bezeichnete. Als er die Sprosse erklimmen hatte, wurde er sehr geehrt, bis er das geworden ist, was er heute ist: soldatlicher als der Landesverteidigungsminister. Wenn er Kommandant wäre, würde er auch schiefen lassen. Jemand, der anfänglich von Gemüt ist, könnte das in Schrecken versetzen, wir lachen aber dazu. Der große Bismarck hat auch gemeint, gegen Socialdemokraten helfen nur Kanonen. Bismarck ruht in der Gruft seiner Väter, und die Kanone ist noch nicht gegossen, mit der auf die Socialdemokraten geschossen werden sollte. Die Socialdemokraten sind frisch und munter, und was der große Bismarck nicht erreicht hat, das will der kleine Lueger durchsetzen?

Der Kaiser hat die Soldaten gekiegt, aber denen, die sie Demütigt haben, wird es noch recht ungemütlich werden. . . .

**Deutsches Reich.**

**Politische Ausichten in Bayern.**

Der Sturz des Grafen Crailsheim wird vielfach in der liberalen Presse als Anzeichen einer erheblichen politischen Schwächung der bayerischen Regierung auf die Seite des Centrumswillens aufgefaßt.

Zunächst aber ist kein Zweifel mehr, daß der Sturz Crailsheims unmittelbar durch sein Verhalten in der Ewinenländer Deppeschen Angelegenheit verursacht ist. Darüber, ob zugleich ein Systemwechsel und etwa ein socher, wie ihn die liberale Presse annimmt, zu erwarten ist, bestehen jedoch mindestens erhebliche Zweifel. Unser Münchener Korrespondent übermittelt uns eine wesentlich andere Auffassung der bayerischen Situation. Er führt an:

Während die liberale Presse den Sturz des Grafen Crailsheim — und zwar wohl mehr unter dem Eindruck der ersten Ueberzeugung, als der Kenntnis der thatsächlichen Vorgänge — als einen Triumph des Centrums bezeichnen, ziehen es die nicht minder liberalen Organe des Centrums vor, die Entlassung nicht ohne weiteres als einen Erfolg ihrer Politik zu reklamieren. Sie handeln darin sehr klug, denn die Demission des Ministerpräsidenten wurde keineswegs durch das Gefährt der Ultramontanen erzwungen.

Das Demissionsgesuch Crailsheims wurde veranlaßt durch eine — wie sich jetzt herausstellt — künstlich heraufbeschworene Differenz im Ministerrat. Der Graf rechnete aber bestimmt darauf, daß der Regent, der in seiner Umgebung Veränderungen nicht liebt, sein Gesicht zuckeln werde. Um so peinlicher war dann die Ueberzeugung, als der Regent die Demission annahm. Dies geschah noch dazu in einer Form, die keinen Zweifel bestehen läßt, daß sich Graf Crailsheim die Ungnade des Regenten zugezogen hat.

Das Centrum hat dem Ministerium Crailsheim bei dem Sturze Landmanns offen den Krieg erklärt und seit jenen Tagen tobt die katholische Volksseele ohne Unterlaß. Crailsheim dachte aber gar nicht daran, zu demissionieren. Der aalglatte Höfling hat es seit Jahren verstanden, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Er hätte sich zwar stets auf die Liberalen und es war ihm als eifrigem Protestanten — was er indessen immer gut zu verbergen wußte — gewiß sehr unangenehm, mit dem Centrum arbeiten zu müssen. Aber er fand sich mit Anstand auch in diese Situation. Ja, noch mehr: Im Jahre 1894 beauftragte er seinen damaligen bewährten Leibjournalisten, in die liberale Presse einen Artikel zu lancieren, welcher die Gründung einer aus Liberalen und ultramontanen Elementen bestehenden bürgerlichen Mittelpartei zur gemeinsamen Bekämpfung der Socialdemokratie propagieren sollte. Die im Jahre 1893 zum Schrecken aller staatsrechtlich orientierten Elemente ihren Einzug in den bayerischen Landtag gehalten hatte. Der betreffende Artikel wurde aber nur von der „Passauer Zeitung“ aufgenommen, die dabei die Karten in so plumper Weise aufdeckte, daß jedermann den eigentlichen Urheber sofort erkannte. Crailsheim ließ sich damals als weitsichtigen Staatsmann feiern, der mit kundigen Blick die Gefahren des Socialismus erkannte. Später wäre der landige Socialistenführer wahrscheinlich sehr gern bereit gewesen, sich auf auf die socialdemokratische Partei zu stützen, wenn diese sich dazu hergegeben hätte.

Das Ministerium Crailsheim war kein parteipolitisches, sondern nur ein Geschäftsministerium, das sich bemühte, mit dem Strom zu schwimmen. Die Hauptvorlage Crailsheims ging dahin, möglichst gute Freundschaft mit Preußen zu halten. Er kam deshalb auch ausserordentlich rasch in den Besitz aller möglichen preussischen Ordensdecorationen. Die intensive Betätigung dieser freundschaftlichen Gefühle hat ihn freilich auch auffallend plötzlich seines Portefeuilles beraubt.

Graf Crailsheim hätte wohl auch, was er bekanntlich nicht that, eine fortschrittliche Politik getrieben, wenn er sich dabei auf eine Unterstützung des entschiedenen Liberalismus hätte verlassen können. Aber wenn sogar der bayerische Preussens für den agrarischen 6 Mark-Zoll stimmte, so ist es klar, daß jenes schwammige Gebilde, das sich in Bayern liberaler Partei nennt, eine solche Stütze nicht sein kann. So mußte denn Crailsheim schlecht und recht mit der Centrumsmehrheit zu wirtschaften und wenn er nicht nervös geworden wäre und sich durch seine unvorsichtige Publikation der Deppesche des Regenten an den Reichstagen nicht selbst in die Falle begeben hätte, so würden ihm die übrigen Dinge kaum etwas geschadet haben. Er würde zweifellos Mittel gefunden haben, den ultramontanen Sturm zu beschwichtigen.

Konkret ist das Erlaunen der Centrumspreise, die sich nun so ganz unvermutet am Ziele ihrer angeblichen Wünsche sieht. Sie bietet ungefähr das Bild jenes Jägers, der nach vorne schreht und mit Bewunderung bemerkt, daß hinten ein Bod gefallen ist. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob es dem Centrum nicht unangenehm gewesen wäre, wenn es noch einige Zeit hätte gegen das verurteilte Ministerium Crailsheim toben können. Das schwere Centrumsblatt sagt: „Man ist von einer schweren Belastung in der Landespolitik befreit und normale Zustände kehren wieder zurück.“

Diese Hoffnung wäre allerdings eine trügerische, wenn die liberale „Augsb. Abendztg.“ richtig unterrichtet wäre. Diese behauptet nämlich: „Graf v. Crailsheim geht nicht, weil er dem Centrum unbecom ist und weil dieses seine Entfernung kategorisch verlangte, sondern er geht, weil er eine entschiedenere Politik dieser Partei gegenüber nicht billigt, bezw. sie zu inaugurieren nicht gewillt ist.“

Wenn einzelne Centrumsblätter die Ernennung des jetzigen Kultusministers v. Bodewils mit Befriedigung aufnehmen, so setzen sie sich damit offen in Widerspruch zu den Anschauungen, welche die Mehrzahl der Delegierten des bayerischen Centrumsabgesandten in München besetzen. In einer der geschlossenen Sitzungen des Centrumsabgesandten forderte Dr. Heim zu energischem Kampfe gegen das Ministerium auf und betonte dabei unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß namentlich auch Herr v. Bodewils auf keinen Fall geschont werden dürfe. —

**Gesinde-Wechsel.** Es wird berichtet, daß der Regierungspräsident von Zepper-Laski in Köslin seine Entlassung nachgesucht hat. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu dieser Meldung: „Es scheint, daß noch mehrfach Veränderungen in Präsidenten- und anderen politischen Verwaltungen Kämtern bevorstehen. Nach der Art, wie die Neubestellung erfolgt, wird man einigermassen die Stellung der Regierung zu der jüngsten Bestimmung der agrarischen Agitation beurteilen können.“ Glaubt das nationalliberale Organ wirklich noch immer, daß die preussische Regierung eine andre Politik als die des mutigen Juristenwagens vor den Agrariern betreiben könnte? Der Gesinde-Wechsel ist in Preußen kein Systemwechsel. —

**Presse und Kurpfuscherthum.**

In unseren Betrachtungen über den Prozeß Kardentöter haben wir bereits nachdrücklich auf die Mißthat der Presse an den Erfolgen der Kurpfuscher hingewiesen. Die Kardentöter-Inserate bilden eine Haupterwerbungsquelle für die bürgerlichen Blätter. Im redaktionellen Teile entwirft man sich über den gemeingefährlichen Lufst, hinten lebt man von ihm.

Ein hübsches Beispiel für dieses kapitalistische Doppelseelentum veröffentlicht das „Hygienische Volksblatt“. Etwa zwei Jahre lang konnte man in Berliner Tageblatt eine Annonce lesen, die mit der Verbeugung begann: „Es giebt keine Taubheit mehr“ und einen wunderbaren Pariser Apparat empfahl, der die Grundfrage der auripolstischen Methode bilde. Uebrigens nährte dies Inserat an hervorragender Stelle fast die gesamte bürgerliche Presse, wenn wir nicht irren, auch das Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Am 25. Juli 1902 nun veröffentlichte das selbe „Berliner Tageblatt“ eine Warnung des Polizeipräsidenten vor dem Schwindel.

„Ich hätte das Gesicht des Herrn Redakteurs sehen mögen“, — schreibt der Verfasser des erwähnten Artikels, Dr. J. Hirschfeld — als er gezwungen war, diese Warnung zu veröffentlichen vor einem Schwindel, welchen er durch unzählige Veröffentlichungen in seinem weit verbreiteten Blatte gemüßwillig gemacht, wenn auch unbewußt — unterschützt hatte. Man denke! Nachdem Hunderte Leser im Vertrauen auf die Renommiertheit ihres Leit-Blattes auf diesen

Schwindel hineingefallen waren, müssen sie plötzlich von eben diesem Blatte hören, daß es einem großen Schwindel-inferat seine Spalten geöffnet. Muß da nicht das Vertrauen wanken, muß da nicht der biedere Spiechbürger, der bisher alles, was er in seinem Leiborgan schwarz auf weiß las, für absolut wahr und treu hielt, plötzlich etwas schwankend werden, und die Meinung in ihm aufdünnern, daß in der Welt alles nach Geld und nicht nach Treu und Glauben geht! Und ich empfand tiefes Mitleid mit Herrn Rudolf Maffie und den Herren Redakteuren, speciell mit meinem werten Kollegen in der Redaktion. Und von heißen Bestreben, den Schmerz über die erlittene Blamage etwas zu lindern, schrieb ich folgenden Brief an die geehrte Redaktion des „Berliner Tageblatts“:

Sehr geehrte Redaktion!

Sie haben sich durch die Warnung vor dem Audiphon-Schwindel den Dank aller unglücklichen Kranken erworben, welche an einem derartigen Uebel leiden. Leider kommt Ihre Warnung etwas zu spät. Denn Sie werden sich wohl noch erinnern, daß bis vor kurzen dieselbe Annonce, vor der Sie jetzt warnen, in Ihrem werten Blatt inseriert war, und so der Schwindel erst in die breiteste Öffentlichkeit kommen konnte. Ich will aber annehmen, daß Sie auch durch die vollstündigen Worte getäuscht worden sind, daß Sie tiefen Schmerz darüber empfinden und daher mit Freuden die Gelegenheit ergreifen werden, den Schwindel in seiner ganzen Größe und Blumpheit aufzudecken, um den Schaden, welchen Sie durch Verbreitung der Annonce sicherlich in der kranken Menschheit angefügt haben, wenigstens einigermaßen wieder gut zu machen. Ich kann Ihnen hierzu auf billige und bequeme Weise Gelegenheit geben, indem ich Ihnen einen Artikel in welchem ich bereits vor einiger Zeit den Audiphon-Schwindel in seiner ganzen Raffinerie und Blumpheit aufgedeckt habe, zum unentgeltlichen Abdruck für Ihre Zeitung zur Verfügung stelle. Ich zweifle nicht, daß Sie von diesem freundlichen Anerbieten Gebrauch machen werden und meine

hochachtungsvoll  
Dr. J. Hirschfeld.

Darauf erhielt ich nach einigen Tagen folgenden Brief, welcher charakteristisch ist für die Kuffassung und Handlungsweise der Zeitungsredaktionen in Betreff der Kurpfuscher-Annoncen:

Sehr geehrter Herr Doktor!

Für Ihre Mitteilung besten Dank. Der Vorwurf gegen uns ist ganz ungerichtet, da die Redaktion in keinem Konnex steht mit der Inseratenannahme.

Hochachtungsvoll

Die Redaktion.

Sehr gut, geehrter Herr Redakteur! Die bekannte Anrede! Redaktion und Inseratenannahme haben nichts mit einander zu thun, folglich kann hinten genau das Gegenteil von dem Inhalt stehen, der vorn im Text verzapft wird. Zu fassen ist dann immer. Die Redaktion schiebt es auf die Inseratenannahme, und diese wieder auf die Redaktion! Wie aber, Herr Redakteur, wenn ich mal folgendes Inserat zur Aufnahme schicke:

„Das „Berliner Tageblatt“ nimmt schwindelhafte Annoncen von Kurpfuschern auf und unterstützt somit wirksam den Schwindel. Vor dem Abonnement des Blattes ist daher zu warnen!“

Wären Sie da auch „in keinem Konnex“ mit der Inseratenannahme stehen! Ich glaube, da würden Sie aber ganz energisch dreinschreiben und die Aufnahme des Inserats zu verhindern wissen.“

Herr Dr. Hirschfeld fügt dann noch hinzu, daß allein der „Vorwärts“ als „weiser Rabe unter den Zeitungen“ seine Spalten „fast gänzlich den Kurpfuscher-Inseraten gereinigt hat“, während die übrige Presse, allen voran Herr Scherl mit seinem „Lokal-Anzeiger“, das Volk durch die Kurpfuscher-Inserate verdummen hilft. Wie möchten hinzufügen, daß die Kurpfuscher im „Lokal-Anzeiger“ sogar gegen die Socialdemokratie in ihren Inseraten losgehen, offenbar weil ihnen unser Blatt verhasst ist; so konnte man neulich im Scherlsblatt ein Inserat von einem dieser Heilkundigen lesen, in dem die Effener und Breslauer Kaiserreden in Verse gebracht worden waren.

In den „Vorwärts“ kann allerdings nur insoweit eines Verlebens ein derartiges Inserat eindringen. Denn in unserem Blatt hat die Redaktion das Recht und die Pflicht, auch über den Inseratenteil zu wachen. Natürlich kann die Redaktion nicht für die Wahrheit jedes Inserats garantieren, daß aber bestimmte Kategorien von gefährlichen Schwindel- und gemeinen Stumpel-Inseraten ausgeschlossen werden, das ist eine Angelegenheit der Ehre unseres Blattes, und wie halten es für unvermeidbar mit der Würde eines Redakteurs, wenn er in dieser Hinsicht keinen Einfluß ausüben darf. Es beweist nur die jämmerliche Abhängigkeit der bürgerlichen Journalisten von den Geldinteressen ihrer Unternehmer, daß sie auf diesem Gebiete nichts dreinzureden haben. Die Redakteure werden so zu Wirtschaftigen der Kardentöterei.

Obwohl nun der „Vorwärts“ auf einen sauberen Inseratenteil hält, und dies allgemein bekannt ist, belahen kürzlich doch eine Reihe von Kurpfuscher-Inseraten-Blättern die Schamlosigkeit, zu behaupten, auch der „Vorwärts“ bringe derlei Inserate, nämlich in seiner „Sonntagsbeilage“. Man unterließ es absichtlich, mitzutheilen, daß es sich um ein vom „Vorwärts“ vollständig getrenntes Blatt handelt, um die Sonntags beilegte „Neue Welt“. In deren Inseraten-Beilage haben allerdings zweifelhafte Inserate leider Aufnahme gefunden. Darüber wurde auch auf dem Münchener Parteitage schon Klage geführt. Aber in diesem Fall trägt weder die Redaktion noch der Verlag die Schuld, sondern das Vertragsverhältnis zu einer bürgerlichen Inseratenagentur. Obwohl durch den Vertrag die Aufnahme solcher anfälligen Inserate ausgeschlossen ist, so hat die bürgerliche Firma eben ein abweichendes Urteil darüber, was anständig und nicht anständig ist, und so finden sehr gegen die Absicht und den Willen von Redaktion und Verlag, auch solche Inserate Platz, die im „Vorwärts“ niemals aufgenommen werden würden.

Der Widerspruch zwischen redaktioneller Theorie und Inseraten-Praxis ist eine Eigenart der kapitalistischen Presse, die von dem lebt, was sie belämpft. —

Die „Freisinnige Zeitung“ zur Wahrheit zu veranlassen, ist ein unmögliches Beginnen. Sie thut noch immer so, als ob unfre Veröffentlichung über das Wahlartell eine Erfindung sei. Wir reagierten nicht auf die Aufforderung der „Germania“, die angeblichen Schriftstücke zu veröffentlichen usw.

Alles Schwindel. Wir vermuten, daß die „Freisinnige Zeitung“ jetzt im Centralbureau der nationalliberalen Partei angefragt hat und daß sie jetzt wider besseres Wissen ihre Verdrängung aufrecht erhält. Das klingt aus der Schlussbemerkung des verlegenen Blattes heraus:

„Die Mitteilungen des „Vorwärts“ stehen aber derart im Widerspruch mit den Verlautbarungen aus den einzelnen Wahlkreisen, daß man bei der Ausarbeitung eines solchen Planes, wie ihn der „Vorwärts“ der nationalliberalen Partei zuschreibt, im Centralbureau derselben völlig ohne Kenntnis und Zustimmung mit den Parteigenossen im Lande sein müßte.“

Für die „Antennnis“ im Centralbureau der nationalliberalen Partei sind wir aber doch nicht verantwortlich.

Alle andren Blätter, „Germania“, „National-Zeitung“ usw. geben nach unfern getriggen unzweideutigen Erklärungen das Spiel des Ablenkens auf. Keines besitzt freilich den Anstand, zu widerstehen.

Nur die „Frei. Bl.“ wird fortfahren — wie im Zollkampf — die „Uneinigkeit“ der Parteiparaden zu beweisen, um dann, wenn der Fall geschloffen, auf die plumpe Taktik der Socialdemokratie die „Schuld“ der plötzlichen Einigung zu schieben.

**Neue preussische Gesetze** wurden in der Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses angekündigt, nämlich ein Wohnungsgesetz, bei dem auch das heutige Baufluchtgesetz geändert werden soll, ferner ein Kreissteuer-Gesetz und eine Neuordnung des Gebirgs- und Jagdwesens.

**Das Centrum und die rheinischen Bauern.** (Fig. Ver.) Der Streit im rheinischen Centrumslager entwickelt sich weiter. Wie aus der neuesten Nummer des „Rheinischen Bauer“ zu ersehen ist, hat der Organisationsausschuss des Rheinischen Bauernvereins beschlossen, den Redakteur Schreiner von der „Rheinischen Volksstimme“ in seiner Eigenschaft als Kommissar des Bauernvereins zu beurlauben und ihm eine Thätigkeit für den Verein bis auf weiteres zu untersagen. Der Gemahregelte ist der Vorsitzende der extrem-agrarischen Richtung im Rheinischen Bauernverein, dieser mächtigsten Organisation von annähernd 50 000 meist katholischen Landwirten. Wenn es auch außer Zweifel ist, daß die große Mehrzahl dieser Bauern zur Zeit die zuverlässigste Gefolgschaft des Centrums bildet, so erfreut sich Herr Schreiner aber doch eines ganz erheblichen Ansehens, umso mehr, als der Einfluß des Bundes der Landwirte, mit dem Schreiner zollpolitisch fast übereinstimmt, im Rheinland wächst. Und dieser Anhang hat es durchgesetzt, daß eine Generalversammlung des Bauernvereins einberufen werden muß, um über die Maßregelung Schreiners zu verhandeln. Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Graf von Spee, hat bereits Vorstand, Aufsicht und Mitglieder zu Versammlungen einberufen, die letztere auf den 10. März nach Köln. In der Bekanntmachung richtet er „im Interesse des ganzen Vereins an alle Mitglieder das Ersuchen, sich durch keinerlei von anderer Seite kommende Mitteilungen beeinflussen zu lassen“; auf den Versammlungen werde „volle Aufklärung über die schwebende Angelegenheit gegeben werden“.

Das Verschiedene Schreiners, der übrigens beteuert, entschiedener Centrumsmann zu sein, besteht darin, daß er unangelegentlich, nahezu in jeder Nummer der „Rhein. Volksstimme“, an der zollpolitischen Haltung des Centrums herumstänkert, das er durch die noch begehrlicher zu machenden katholischen Bauern in die Bahnen des Bundes der Landwirte drängen will. Er fordert, daß vom Centrum in allen ländlichen Wahlkreisen nur ländliche Reichstagskandidaten aufgestellt werden; andernfalls seien agrarische Sonderkandidaten, aber nur Angehörige des Centrums, anzustellen. Zu diesem Zweck hat er die Gründung von „ländlichen Centruvereinen“ und eines Wahlfonds ins Werk gesetzt. Es steht jetzt schon fest, daß eine ganze Anzahl von Ortsgruppen des Rheinischen Bauernvereins völlig auf Seiten Schreiners steht. Und wenn es dem Centrum wirklich gelingt, den Unbequemeren abzujagen, so ist damit nicht das mindeste geändert; denn der agrarische Brand ist entfacht, und an allen Enden züngeln die Flammen. Das Centrum hat von seinem Prototypen und Volkverrat so gut wie keinen Dank.

**Anreizung zu Polizeimeisterei.** Die „Frankf. Volksztg.“ ist in der Lage, einen Beitrag dazu zu liefern, wie — natürlich unbeeinträchtigt — Polizeibeamte zu Mißgriffen angereizt werden. Sie ist in der Lage, folgenden Befehl des Polizeikommissars des 17. Polizeiregiments zu veröffentlichen:

„Das Revier liefert monatlich die wenigsten Anzeigen von sämtlichen Revieren. Das ist ein Zeichen der grenzenlosen Faulheit der Beamten, nicht der Qualität des Publikums. Demjenigen Beamten, welcher die vorgeschriebene Zahl von Meldungen nicht erreicht, dem werde ich vom 1. März ab Gelegenheit geben, Anzeigen zu machen, daß ich demselben 1. Unterrevierdienst mit Treppentritten gebe; 2. wird der betreffende Beamte täglich fünf Probearbeiten machen; 3. wird er die Straßenpolizei-Verordnung und die Patrouillen- und Posteninstruktion zu seiner „Belohnung“ zweimal im Monat abschreiben.“ (Unterdruck.)

Es ist äußerst interessant, zu erfahren, daß Polizeibeamte eine „vorgeschriebene Zahl von Meldungen“ zu erfüllen haben und daß, wenn dieser ganz mechanische Durchschnitt nicht erreicht wird, der vorgeordnete Polizeikommissar die ihm unterstellten Unterbeamten gleich Schuldbuden zu allerhand Strafgerichten kommandieren kann!

**Aus Hessen, 19. Februar.** (Fig. Ver.) Landtag. Die Beratung des Kapitels „Eisenbahneinnahmen“ gestaltete sich zu einer Verhöhnung über die preussische „heftige Eisenbahngemeinschaft“. Abg. Gramer führte an der Hand reichlichen Materials den Nachweis, daß nach dem Uebergang der Rhein-Ruhr-Bahn in die Gemeindefinanzverwaltung die Accordsätze der Werkstättenarbeiter um 20—30 Proz. herabgedrückt worden seien. Den Arbeitern, die in einer Verformung Schritte zur Abwehr dieser Maßregeln unternahmen, wurde durch einen Maß der Direktion das Recht der Versammlung und Organisation in rigorosster Weise eingeschränkt. Insbesondere wurde ihnen die Zulassung von „Agitatoren“, zu denen auch socialdemokratische Landtags-Abgeordnete zu rechnen seien, strengstens untersagt. Gramer verlangte, die Regierung solle solchen gesetzwidrigen, das freie Koalitionsrecht und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung antwortend Maßnahmen entgegenstellen. Der Erfolg war, daß der Finanzminister Guaitz die Erklärung abgab, der heftigen Regierung sei durch den Eisenbahn-Bertrag mit Preußen jede Möglichkeit genommen, auf die Verwaltungsgrundlagen irgend welchen Einfluß auszuüben. Abg. David Kempf schenkte das Beschämende dieses Zustandes für die heftige Regierung, die demnach den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitsangehörigen nicht einmal mehr den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte angeheißt lassen könne oder wolle. Es sei gut, daß dies möglichst weit bekannt werde, damit andere süddeutsche Bundesstaaten, die Preußen in die Gemeinschaft hineinziehen wolle, gewarnt seien. Zur Charakterisierung der mangelnden Humanität gegenüber den Arbeitern wies David weiter auf das Verbot des längeren Aufenhaltens in den Wartehäusern für die mit den Frühzügen in Mainz eintreffenden Arbeiter sowie auf die Verlängerung der Arbeitszeit und Verlängerung der Sonntagsruhe für die Rangierarbeiter hin. Abg. Verthold rügte den Mangel an genügenden Unterhaltungsstellen auf ländlichen Bahnhöfen. Abg. Hirsch brachte weitere Beschwerden vor und wies das von national-liberaler Seite gestellte Verlangen, die Arbeiter in besondere Wagen zu separieren, scharf zurück. Auch von bürgerlichen Abgeordneten wurde noch ein ganzer Saal voll Klagen ausgesprochen. Die Regierung aber begnügte sich mit einigen nichtsagenden Redewendungen und amteie erleichtert auf, als das ihr so peinliche Thema erschöpft war.

### Wahlvorbereitungen.

Berlin.

Die „Krenz-Zeitung“ meldet: Der Kreisverband des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins im 2. Reichstags-Wahlkreis hat sich, nachdem der frühere Kandidat, Ober-Postassistent Stockmann, die ihm angetragene Kandidatur in diesem Kreise abgelehnt hat, auf den Kandidaten Professor Dr. v. Wendtstein geeinigt und „bittet alle national-gemeinnützigen Wähler, für diesen einzutreten“.

Die Socialdemokratie im 2. Berliner Wahlkreis ist den konservativen sehr dankbar für die Kandidatur Wendtstein, dessen „nationale Bestimmung“ sich nicht nur in der Empfehlung der gewähltenen Wähler, sondern des Wahlscheiters gegen die Arbeiterklasse belohnt hat.

Im 5. Berliner Wahlkreis stellt der „Deutsche Antisemitenbund“ und der Wahlverein der deutsch-socialen Reformpartei den Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ Wilhelm Bruhn als Kandidaten auf. Die Antisemiten rechnen auf die konservativen und christlich-socialen Stimmen in diesem Wahlkreis und wollen dafür in den andern Berliner Wahlkreisen die Kandidaten dieser Parteien unterstützen.

Herr Bruhn, der eifrige Entdecker der Ritualmorde, will sich also am Bruhn, Ahlwardts Kandidatenachfolger in Friedeberg-Krenswalde zu sein, nicht genügen lassen, sondern sich in Berlin einer kläglichen Absahrt aussetzen. 1893 hatten die Antisemiten im 5. Wahlkreis 5143 Stimmen, 1898 nur noch 3286, allzu viel über Null dürfte für 1903 für Herrn Bruhn nicht übrig bleiben.

### Ausland.

#### Eine siegreiche Obstruktion.

Brüssel, den 17. Februar.

Die drei Tage der Obstruktion sind für Belgien von einer historischen Wichtigkeit. Dies nicht nur, weil der Versuch, das absolutistische Regime der Merikalen zu etablieren, zurückgeschlagen wurde, sondern auch, weil die Opposition eine Energie und Ausdauer gezeigt hat, die für die Zukunft zu besseren Hoffnungen berechtigt. Gewiß, das Zurückschlagen eines Gewaltreiches einer Regierung ist anderswo auch schon gelungen und fünfzehn- bis zwanzigstündiges Ringen hat man auch schon gesehen. Allein man darf an das belgische Parlament nicht den Maßstab des deutschen oder gar österreichischen legen. Das belgische Parlament tagte nämlich seit Menschengebenden nur drei Stunden, die nur äußerst selten und dann nur um ein Geringes überschritten wurden. Auch in außerordentlichen Zeiten, selbst in den heftigsten Wahlrechtskämpfen trat regelmäßig um die fünfte Nachmittagsstunde Waffenstillstand ein. Aber niemals haben die kühnsten Träume davon Dauererfordernis ernstlich freitig machen.

Ferner bietet die belgische Geschäftsordnung nicht die Möglichkeit, das Feuer der Obstruktion mit derselben Leichtigkeit wieder zu halten wie die österreichische, ja selbst nicht wie die deutsche der Zeit vor der Karborferei.

Im belgischen Parlament kann jederzeit beantragt und sofort abgestimmt werden, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken; und von dieser Freiheit macht die Regierung bezw. deren Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Gebrauch, wenn sie es für gut befinden. Gestützt auf ihre kompakte Majorität dringen sie in der Regel durch.

Dann kann einem Redner, wenn er vom Präsidenten zweimal zur Sache gerufen, für die ganze Sitzung das Wort entzogen werden.

Weiter sagt der Artikel 26: Wenn zehn Mitglieder den Schluß der Diskussion verlangen, läßt der Präsident vorüber abstimmen; es ist erlaubt, für und gegen den Schluß zu sprechen. Diese letztere Bestimmung bietet eine Klippe, den Obstruktionshebel anzufügen, aber nur eine sehr kleine, denn der Präsident hat es immer in der Hand, die Kammer zu fragen, ob sie sich für genügend unterrichtet hält. Und nur, wenn nach zweimaliger Abstimmung noch Zweifel obwalten, wird die Diskussion fortgesetzt.

Das eheerste Mitzug der Obstruktion ist die namentliche Abstimmung. Diese muß von fünf Mitgliedern verlangt werden und bringt doch immer eine halbe Stunde ein. Hiermit ist in den letzten Kampftagen auch gehörig hantiert worden.

Ein andres erfolgversprechendes Mittel, das aber mehrwürdigerweise kaum ausgenutzt wird, bildet die Verpflichtung, bei Stimmenthaltung diese zu begründen.

Nachdem die Linke die Unterbreitung der Vorlagen nach Recht und Gesetz erzwingen konnte, war die Fortsetzung der Obstruktion hinfällig geworden.

Gegen die nun regelmäßig eingebrachten Entwürfe kämpfte die Opposition nur noch mit gründlicher, sachlicher Diskussion. Nun noch weiter das letzte Mittel der parlamentarischen Kampfes anzuwenden, konnte ihr, ganz abgesehen von den prinzipiellen Bedenken, schon deswegen nicht in den Sinn kommen, weil der eventuelle Siegespreis in umgekehrten Verhältnis zum Kampfmittel stand.

Die Kosten des Kampfes wurden in erster Linie von unsren Genossen, dann auch von den Liberalen getragen. Die Majorität verbarnte, von einigen kurzen Unterbrechungen während der 42 Stunden abgesehen, in eisigem Schweigen; sie überließ es dem Premier de Smet de Naeyer, die Schläge zu parieren, welche die Linke applizierte.

#### Die macedonischen Unruhen.

**Konstantinopel, 21. Februar.** Brieflich hier eingetroffene Konsularberichte aus Konstantinopel melden übereinstimmend, daß die macedonischen Komitees trotz des Winters eine außerordentlich rege Thätigkeit entwickeln. Die Berichte äußern sich ferner über die Organisation der Banden; 16 Führer von Banden, welche in der Umgegend von Monastir haufen sollen, werden namentlich aufgeführt. Eine Art Oberkommandant soll ein bulgarischer Reserve-Offizier, der Boywode Davidow, sein. Als besorgniserregend bezeichnen die Berichte den Umstand, daß die Beteiligung der bulgarischen Bevölkerung an der Thätigkeit der Banden und die Erregung der ganzen Bevölkerung über die Zustände im Vilajet zunehmen.

**London, 21. Februar.** (Bureau Laffan.) Dem „Morning Leader“ wird aus Sofia gemeldet: Bei Kastoria hat ein Gefecht zwischen einer Abteilung aufständischer unter der Führung des Hauptmanns Tschalalaroff und den türkischen Truppen stattgefunden. Die Aufständischen hatten sich in dem Dorfe Duben verlost. Ein Spion verrät dies den Türken, welche 3000 Mann abmachten, um das Dorf zu umzingeln. Tschalalaroff, der davon rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte, zog sich nach einer Brücke zurück, welche sich vor einem Engpaß nahe bei dem Dorfe Verik befand, und erwartete dort die Türken. Es entspann sich ein äußerst heftiger Kampf. Die türkischen Truppen wurden decimiert, viele ertranken in dem Fluß. Die Aufständischen erlitten eine Verfassung von 70 Mann, die es ihnen ermöglichte, sich nach den Bergen zurückzuziehen. Aufständischer Seite wurden 90 Mann getötet, viele verwundet. Die Nachricht von dem Gefecht hat bei den Macedoniern großes Aufsehen hervorgerufen.

#### Marokko.

Dem „Morning Leader“ wird aus Tanger gemeldet: Bei Jhura fand am 14. Februar eine große Schlacht statt. Der Verlust der Aufständischen betrug 600, der des Sultans 1000 Mann. Auf beiden Seiten wurden viele Gefangene gemacht.

Der „Heraldo“ meldet aus Melilla, der Präsident habe am 13. Januar eine neue Niederlage erlitten. Das Gefecht sei zwischen den kaiserlichen Truppen und dem Matasstamm gegen den Stamm der Senhaca, zu dem sich der Präsident geflüchtet habe, geschlagen worden. Nachrichten aus jüdischer Quelle in Melilla fügen hinzu, daß der Präsident gefallen sei.

In Hamara ist nun schon beinahe ebenso oft geschlagen und totgesetzt worden, wie seiner Zeit De Wet. Wenn ihm das Kriegsglück ebenso hold ist, wie dem Boerenführer, steht es noch immer sehr bedenklich um den Thron des Sultans.

#### Niederlande.

**Ein neuer Eisenbahnerstreik?** Die Versammlung der Vorstände der Arbeitervereinigungen, die 90 000 Arbeiter vertreten, hat beschlossen, die Eisenbahngestellten zu unterstützen, die in den Ausstand treten werden, um der Annahme des Gesetzes, das einen Ausstand an den Bahnen untersagt, vorzuzuführen. Es wurde ein Komitee gebildet, um die Agitation zur Aufrechterhaltung des Rechts auf Ausstand zu betreiben, und ein Aufruf erlassen, der alle Arbeiter auffordert, sich solidarisch zu verhalten.

### England.

#### Wohnungsreform und Arbeitslosigkeit.

London, 19. Februar. (Fig. Ver.) Die Adressdebatten in vollem Gange und hat bis jetzt einen ernsten Charakter getragen. Neben den unermüdlichen Diskussionen über auswärtige Politik kamen auch zwei der wichtigsten socialpolitischen Fragen zur Besprechung. Sie kamen in Form von Zusatzanträgen zur Adresse, d. h. zur Antwort des Unterhauses auf die Thronrede. Dr. Macnamara (Lib.) bedauerte, daß die Thronrede mit keinem Worte die Notwendigkeit der Wohnungsreform erwähnte. Alle Redner, die nach ihm sprachen, waren der Ueberzeugung, daß die Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land in hohem Grade reformbedürftig seien. Mr. Long, der Präsident der Lokalregierung, gab zu, daß die Uebel ohne Uebertreibung geschildert wurden, aber „diese Frage ist mit so vielen Schwierigkeiten verbunden, daß noch viele Jahre vergehen werden, ehe das Parlament im Stande sein wird, drastische Maßregeln zur Anwendung zu bringen“. Hier ist ein offenerherziges Geständnis, daß die kapitalistische Gesellschaft unfähig ist, die von ihr erzeugten Uebel zu beseitigen. Mr. Long konnte nur einige unbedeutende Verbesserungen zu den bestehenden Wohnungsgesetzen versprechen. — Genosse Keir Hardie stellte über die Arbeitslosenfrage folgenden Zusatzantrag: „Wir bedauern, daß die Regierung es nicht für notwendig hielt, in der Thronrede eine Maßregel aufzunehmen, die die lokalen Behörden ermächtigt hätte, Grund und Boden zu erwerben, um bei dessen Bebauung die Männer und Frauen zu beschäftigen, die außer Arbeit sind.“ Zur Begründung seines Antrags sagte er: „Die Zahl der britischen Arbeiter wird auf 12 Millionen geschätzt. Davon sind 4 Millionen in steter Beschäftigung. Von den übrigen 8 Millionen sind gegenwärtig über 5 Proz. (nach der „Labour Gazette“ vom 15. Februar: 5,1 Proz.) ohne Beschäftigung, d. h. rund 400 000. Die Gewerkschaften veranlagten im vorigen Jahre an Arbeitslosen-Unterstützung die Summe von 265 000 Pf. Sterl. (5,3 Millionen Mark). Diese Unterstützungen wurden von den Arbeitern zum größten Teile auf Zahlung von Wohnungsmieten verwendet. . . Die Arbeitslosen sind Opfer des industriellen Systems. Gegen die Arbeitslosigkeit giebt es heute zwei Hilfsmittel: entweder eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Zahlung von besseren Löhnen und durch Kürzung der Arbeitszeit oder die Vornahme von Kostlandsarbeiten. Als letztere würden sich empfehlen: Aufforstung weiter Landstrecken und Dammbauten zum Schutze der Küsten. Derartige Kulturarbeiten würden Tausenden von Arbeitern gute und nützliche Beschäftigung auf Jahre hinaus gewähren. Aber als Socialist sage ich, daß die heutige Gesellschaft die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen kann. Arbeitslose wird es geben, so lange die Triebfeder der Produktion der Profit ist.“ Die Debatte über diesen Punkt wurde vertagt. — In den Auseinandersetzungen über auswärtige Politik wurden besonders China, Persien, Macedonien berührt; ebenso wurde die Regierung scharf kritisiert wegen ihres Zusammengehens mit Deutschland gegen Venezuela. Die Politiker des Unterhauses: Gibson Bowles, Henry Norman, Joseph Walton, Sir Charles Dille und Sir Edward Grey waren für eine friedliche Auseinandersetzung mit Ausland, d. h. für eine Abgrenzung der Einflusssphären beider europäischen Großmächte in Persien.

#### Amerika.

##### Anarchistengesetzliches.

Das Repräsentantenhaus stimmte dem Bericht des Ausschusses über den Gesetzentwurf zum Schutze des Präsidenten zu. Der Gesetzentwurf sieht in der von dem Ausschusse angenommenen Form die Todesstrafe für jedermann vor, der vorsätzlich und böswillig den Präsidenten oder Vizepräsidenten oder irgend einen Beamten tötet, auf den die Pflichten des Präsidenten übergehen könnten; desgleichen, wenn der Mord an irgend einem Botschafter oder Gesandten verübt wird, der bei den Vereinigten Staaten akkreditiert ist. Jeder Mordanschlag auf die erwähnten Personen wird mit dem Tode oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft. Jeder, der bei einem Mordanschlag auf die erwähnten Personen Hilfe leistet, Rat schlägt erteilt oder denselben fördert, wird als Thäter angefaßt und als solcher bestraft. Jede Person in den Vereinigten Staaten, welche die Lehre verbreitet, es sei Pflicht oder Notwendigkeit, einen oder mehrere Würdenträger der Vereinigten Staaten oder irgend einer andern zivilisierten Nation zu töten, wird mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Dollar oder mit einer Gefängnisstrafe bis zu 20 Jahren bestraft, oder es können auch beide Strafen eintreten. Die Einwanderung aller Personen, welche gegen die Regierung feindselige Gesinnung hegen oder irgend einer Organisation angehören, welche solche Gesinnung belohnt, in die Vereinigten Staaten ist verboten. Wenn solche Personen nach den Vereinigten Staaten einzuwandern versuchen, machen sie sich strafbar. Schließlich bestimmt der Gesetzentwurf, daß keine Person, welche einer geordneten Regierung verneinend gegenübersteht oder irgend einer Organisation angehört, welche solche Verneinung lehrt, in den Vereinigten Staaten naturalisiert werden kann.

Wie können trotz der Wolffschen Meldung nicht gut glauben, daß der Gesetzentwurf solche Bestimmungen enthält, wie sie in dem in fester Schrift gedruckten Passus wiedergegeben sind!

Der Niederwerfung der Revolution in Venezuela scheint Präsident Castro nunmehr alle Kräfte zu widmen. Ueber neuere Kämpfe liegen folgende Meldungen vor:

**Caracas, 21. Februar.** (Meldung des „Kreuz-Zeitung“.) Die Aufständischen haben 2800 Mann stark, 20 Meilen südlich von Caracas eine starke Stellung eingenommen. Die Truppen der Regierung stehen gleichfalls in starken Stellungen. Die Regierungstruppen haben nahe bei Calobozo 1800 Aufständische, die unter dem Kommando von Antonio Fernandez standen, geschlagen.

**Paris, 21. Februar.** Nach einer Depesche des „Matin“ aus Caracas ist in Maracaibo die Nachricht von einer neuen Niederlage der venezolanischen Aufständischen eingegangen. Die Regierungstruppen hätten ein Gefecht sowie viel Waffen und Schießbedarf erbeutet.

### Immer noch Rotschen.

Die Nr. 41 des „Staatsanzeigers für Württemberg“ enthält eine fast drei Spalten lange, anscheinend offizielle Erklärung der württembergischen Regierung, in welcher behauptet werden soll, daß die in Nr. 37 des „Vorwärts“ von mir gegebenen Darstellungen bezüglich der Sozialdemokratie beim Gewerkschaftskongress in Stuttgart nicht richtig seien.

In dieser umfangreichen Erklärung sind die folgenden Punkte für die Sache von Bedeutung.

1. „Das Ministerium des Innern hat die Beteiligung der Regierungsvertreter an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft, diese Bedingungen sind von der Kongressleitung eingegangen und erfüllt worden, und erst nachdem ihre Erfüllung nachgewiesen war, haben die Vertreter der Regierung einem Teil der Verhandlungen angeteilt.“

2. Der mit den Verhandlungen beauftragte Gewerbe-Inspektor Hardegg hat am 16. Juni an das württembergische Ministerium des Innern einen Bericht erstattet, in dem es heißt:

Am 12. Juni d. J. erhielt ich von Herrn Ministerialdirektor v. Hoff das Auftrags, den für die Veranstaltung des Kongresses maßgebenden Persönlichkeiten in vertraulicher und durchaus unverbindlicher Weise die Mitteilung zu machen, daß das l. Ministerium nicht abgeneigt wäre, bei einzelnen Fragen von allgemeiner Bedeutung außer den Gewerbe-Inspektoren noch einen besonderen Vertreter auf den Gewerkschaftskongress zu entsenden, wenn seitens der Veranstalter des Kongresses die bindende Erklärung abgegeben werden könne, daß jede sozialdemokratische Demonstration, sei es in Form von Reden oder Reden, streng unterbleibe.

Es wird dann in dem Bericht weiter gesagt, daß der Arbeitersekretär Mattutat und der Gewerkschaftssekretär Räder diesbezügliche Zusicherungen gemacht hätten. Wörtlich heißt es dann weiter:

3. Daraufhin nahm ich Gelegenheit, im Gewerkschaftshaus mit dem Leiter des Kongresses, Herrn Reichstagsabgeordneten C. Legien, mit dem Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart, Herrn Haußen, und mit dem Stuttgarter Gewerkschaftssekretär, Herrn Räder, über nachstehende mir direkt bezeichnete Punkte zu verhandeln.

1. In Dekoration und äußerer Veranstaltung ist jeder demonstrative Charakter zu vermeiden.

Zu Punkt 1 wurde von sämtlichen drei Herren die wiederholte Zusicherung gegeben, daß bei der Dekoration alles unterlassen bleibe, was die Empfindungen der Herren Regierungsvertreter, die man wohl zu würdigen verleihe, verletzen könnte.

Dann wird über Audienzen mit dem Vertreter der Reichsamt des Innern und der Württembergischen Regierung berichtet und noch folgend:

4. Die am Sonntag am Gewerkschaftshaus zur Begrüßung der auswärtigen Gäste angebrachte provisorische einfache Dekoration, bei welcher unmerklich rote Draperien an der Außenwand des Gewerkschaftshauses vorwiegend verwendet waren, ist am Montag früh einer anderen Dekoration, bei welcher das Rot vollständig in den Hintergrund tritt, gewichen.

Zu Punkt 1 wiederhole in den Worten des Schreibens, welches das württembergische Ministerium des Innern am 24. Mai an die Generalkommission richtete:

„Das Ministerium hat Einleitung getroffen, daß mindestens einer der Gewerbe-Inspektoren bei den Verhandlungen des Kongresses anwesend sein wird und behält sich vor, soweit dies die Geschäftslage gestattet, auch den Referenten für Sozialpolitik oder einen anderen Beamten des Ministeriums zu beauftragen, den Beratungen behufs Information anzuhören.“

Am 24. Mai werden also Regierungsvertreter an dem Kongress teilnehmen soweit die Geschäftslage es gestattet und am 12. Juni erhält der Gewerbe-Inspektor den Auftrag, sich wegen der Saaldekoration zu erkundigen, die nunmehr ausschlaggebend für die Teilnahme von Vertretern der württembergischen Regierung gewesen sein soll.

Zu Punkt 2 erklärt Genosse Räder, daß er dem Gewerbe-Inspektor gesagt habe, es bestehe nicht die Absicht, eine ausschließlich rote, sondern eine dem Geschmack entsprechende Dekoration anzubringen.

Zu Punkt 3 ist zu bemerken, daß diese Unterredung in den Nachmittagsstunden des 15. Juni, als die Saaldekoration nahezu fertig war, stattfand. Davon, daß etwas unterlassen bleiben soll, konnte keine Rede sein, weil das zu Unterlassende schon fertig war. Genosse Räder schreibt sehr richtig zu den Schlussfolgerungen aus dieser Unterredung „es kommt mir so vor, als wenn jemand von mir zum Mittagessen eingeladen wird, auf seine Anfrage, ob er Schweinefleisch essen müsse, die Antwort erhält, es giebt kein Schweinefleisch, und dann verliert, auf seinen Wunsch sei das Schweinefleisch von dem Menü entfernt.“

Zu Punkt 4 erklärt Genosse Mattutat, daß auf seine Anordnung die Dekoration an dem Ballon des Hauses am Montag früh geändert sei, nicht aber weil sie zu rot, sondern weil sie nicht geschmackvoll war. Da Mattutat bei der Unterredung am 15. Juni nicht zugegen war — wenn ich nicht irre, war er an diesem Tage gar nicht in Stuttgart —, so kann aus dieser Vorgang nicht so gedeutet werden, als wäre auf Anforderung der Regierung eine Veränderung in der Dekoration vorgenommen.

Worauf kommt es nun bei der ganzen Angelegenheit an? Von den Regierungen wird behauptet, die Arrangements des Gewerkschaftskongresses hätten die Saaldekoration so gestaltet, wie es von den Regierungsvertretern gewünscht wurde, nur um sich die Teilnahme dieser Vertreter zu sichern. Von den Kongressarrangements wird demgegenüber gesagt, daß die Dekoration so, wie sie war, von vornherein beabsichtigt worden ist und daß diese Dekoration der Würde eines Arbeiterkongresses entspreche, was von allen beteiligten Arbeitervertretern bestätigt wird.

Die Regierung verlangt, daß die Saaldekoration die Gefühle ihrer Vertreter nicht verletzen solle. Eine solche Absicht besteht in Arbeiterkreisen auch nicht, aber die Arbeiter fordern, daß die Säle, in welchen sie ihre Kongresse abhalten, den Gefühlen der Arbeiter entsprechend dekoriert werden. Das ist für uns das ausschlaggebende und dieser Anforderung ist in Stuttgart vollkommene Genüge geleistet. Verlangt die Regierung Rücksicht auf die Gefühle ihrer Vertreter bei Arbeiterkongressen, so verlangen die Arbeiter auch mit demselben Recht, daß auch ihre Gefühle volle Berücksichtigung finden. Vermag die Regierung diesen einfachen rechtlichen Grundsatz noch nicht anzuerkennen, so muß sie mit der bringend notwendigen Entsendung von Vertretern zu Arbeiterkongressen warten, bis sie zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Wie auf diesen anderen Gebieten wird sie auch auf diesem zu lernen genötigt sein, man muß ihr nur Zeit lassen.

E. Legien.  
Mit dieser Erklärung dürfte nun die heitere Roschen-Romandie ein Ende haben. Will man eine Lehre aus dem gleichzeitigen Zwischenfall ziehen, so ist es die Erkenntnis, daß Regierungsvertreter unfähig sind, genützlich besänftigende Bemerkungen richtig zu verstehen, offenbar weil in der höheren Rangklasse derartige Entsetzungen Haupt- und Staatsaktionen von so furchtbarer Wichtigkeit sind, daß dagegen das Interesse an sozialpolitischer Klärung verschwindet. H. d. S.

## Sociales.

Die Verwendung der Invalidengelder zu gemeinnützigen Zwecken nach dem Stande vom 31. Dezember 1902 hat das Reichs-Versicherungsamt eine Uebersicht angefertigt über die Verletzung von Geldern der Versicherungsanstalten und Anstaltseinrichtungen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Bedürfnisses sowie zum Bau von Arbeiterwohnungen und ähnlichen, vorwiegend den Versicherung zu gute kommenden Einrichtungen und über die für eigene Veranstaltungen zu Gunsten der Versicherten aufgewandten Kapitalien. Danach wurden verlichen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses rund 67,5 Millionen Mark, für den Bau von Kranken- und Genesungsbäusern, für Volksheimstätten, Gemeinde-Pflegeanstalten, Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien, Volkshäuser, Blindenheime, Kleinrentenanstalten, für Schlachthäuser, Wasserleitungen und Kanalisationsanlagen, für Spar- und Konsumvereine und ähnliche Einrichtungen 127,7 Millionen, für Arbeiterwohnungen 108,5 Millionen und für eigene Veranstaltungen der Versicherungsträger 24,4 Millionen. Der Prozentsatz für die dargelegenen Gelder schwankt zwischen 2 Proz. und 4 1/2 Proz.

An Wurmkrankheit waren im Hospital in Boshum 40 Bergarbeiter behandelt worden, die vor einigen Tagen als geheilt entlassen wurden. Bei der Nachuntersuchung in der Parade der Heide „Jalla“, zu der sie gehörten, stellte sich heraus, daß 17 der „Geheilten“ noch wurmkrank sind und erneuter Behandlung bedürfen.

## Entschädigungspflichtige späte Folge eines Betriebsunfalls.

Der Metallarbeiter B. hatte sich im Betriebe am Schienendein getroffen, so daß dort ein kleiner blauer Fleck entstand. Nachdem B. neun Monate geardet hatte, entstand an derselben Stelle eine kleine Wunde, die sich trotz längerer ärztlicher Behandlung nicht ganz schloß und B. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkte. Er beantragte darauf eine Unfallrente und machte geltend, die Wunde sei eine späte Folge jenes Stoßes, d. h. eines Betriebsunfalls. Das wollte aber die Berufsgenossenschaft nicht gelten lassen. Sie wies den Anspruch ab und stützte sich auf ein Gutachten vom Dr. Habra, der eine vom Unfall unabhängige Krampfaberbildung für die Wunde verantwortlich machte. Der Kläger habe ausgebeutet, schon lange bestehende Krampfaber. An der wunden Stelle befand sich eine kleine Schwellung. Bei so ausgebeuteten Krampfaber seien aufreißende Geschwüre nicht selten. Es wäre höchst unwahrscheinlich, daß die geringe Verletzung, die B. 9 Monate vorher erlitten, den Anlaß zu dem Ausbruch gegeben habe. — B. legte Berufung ein und das Schiedsgericht veranlaßte den Professor Oberst zu einem Obergutachten. Der Professor führte aus, daß sich bei vorhandenen Krampfabern nach leichten Verletzungen häufiger Geschwüre bildeten, die aufgingen und schwer heilten. Er nehme an, daß hier das vorhandene Krampfaberleiden durch jenen Betriebsunfall in der erwähnten Weise verschärft worden sei. Auf Grund dieses Gutachtens haben das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt in der Wunde die Folge eines Betriebsunfalls und verurteilten die Berufsgenossenschaft zur Rentengewährung.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Rohrleger und Heiser.** Die Firma Schuppmann, Kaiserstr. 31, ist für Heizungrohrleger, Hülsmonteur und Heiser gesperrt. Die Ursache der Differenzen ist Nichtumsetzung des Tarifs.

**Wahung, Forster und Vieherei-Arbeiter!** Die Sperre über die Giecherei von Eitner, Sebastianstraße, dauert unverändert fort.

**Wahung, Mechaniker, Uhrmacher, Dreher, Schlosser!** Der Streik bei der Firma Reyer u. Schmidt dauert unverändert fort.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.**  
Die Abmachungen der Jungbierkäufer mit ihren Arbeitgebern sind von einigen der letzteren nicht innegehalten worden. So hat das „Deutsche Brauhaus“ (Inhaber Reiser) zwei Auslöser gemahnt. Drei Auslöser, welche ebenfalls vertragsmäßig die Arbeit aufnehmen, haben ihren Austritt aus dem Verbands erklären müssen. Die Brauerei Lehmann, Oranienstraße 4, hat ihre sämtlichen Auslöser ausgesperrt und verbreitet unter den Kunden die unwahre Behauptung, die Auslöser hätten trotz der Bewilligung die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Mit dieser Behauptung soll vielleicht der Glaube erweckt werden, als streikten die Arbeiter nur zum Vergnügen. Uebrigens hat Herr Lehmann den von den Ringbrauereien anerkannten Tarif nicht bewilligt. Auf der Brauerei Rosenthal, Gräsestraße 8, ist ein Auslöser vertragswidrig nicht eingestellt worden, ebenso hat die Brauerei Kantini, Kolbergstraße, sämtliche alten Auslöser entlassen und dafür neue Leute eingestellt.

**Zum Tarifvertrag der Rabispuyer, Spanner, Cementierer und Hülfsarbeiter** wird von der zuständigen Organisation mitgeteilt, daß unsere gestrige Notiz nicht ganz zutreffend ist. Es handelt sich vorerst um einen von den Unternehmern aufgestellten Entwurf, der in der Verammlung der Rabispuyer beiproben, aber noch nicht angenommen worden ist. Die Spanner, Cementierer und Hülfsarbeiter waren an jener Verammlung nicht beteiligt, und unterliegt die endgültige Beschlußfassung über den Tarifentwurf einer gemeinsamen Verammlung der betreffenden Berufsgruppen.

**Die Neue Photographische Gesellschaft** sendet uns ein Schreiben, worin sie die von uns gekennzeichnete unbillige Zurückweisung der Vermittlung des Vertreters des Buchbinderverbandes zu entschuldigen oder doch zu erklären sucht. Vergessen habe — so wird in dem Schreiben gesagt — in einer Verammlung der Buchbinder der Neue Photographische Gesellschaft deren Wohlthätigkeits-Einrichtungen schlecht gemacht. Wenn das wirklich so wäre, so würde die Kleinlich-geschäftige Form, in der die Direktion der Gesellschaft die angebotene Vermittlung im Streik zurückwies, durchaus nicht rechtfertigen. Aber, wie uns Vergmann mitteilt, hat er in jener Verammlung die ihm nachgesagten Ausführungen gar nicht gemacht. Hierdurch fällt also jeder Grund für die Handlungsweise der Direktion fort. Nachdem diese Klärung erfolgt ist, könnte die Direktion die angebotene Verhandlung mit dem Vertreter des Buchbinderverbandes aufnehmen.

**Maßregelung organisierter Arbeiter.** Aus den Kreisen der Arbeiter der Oberberger Holzindustrie wird uns geschrieben: Bekanntlich haben die Arbeitgeber der Holz- und Steinindustrie von Oberberg-Brailly-Neuenhagen ihren Beschluß vom 22. Dezember 1902 betreffend die allgemeine Aussperrung aller Arbeiter, die noch bis zum 15. Januar der gewerkschaftlichen Organisation angehören, am 10. Januar laug- und langlos zurückgezogen. Man war daher allgemein der Ansicht, daß darin das stille Zugeständnis der Anerkennung unserer Organisation, wenn auch mit Widerwillen, ausgedrückt war. Dessenungeachtet wird ein regelrechter Feldzug gegen unsere Vereinigung von mehreren Firmen strapellos ins Werk gesetzt. Die dabei angewandte Methode besteht darin, daß mit Vorliebe die älteren Arbeiter, die schon bereits 18-20 Jahre ununterbrochen im Betriebe tätig waren, entlassen werden. Diese Arbeiter haben ihre Gesundheit bei ihrer gefährlichen Beschäftigung an den Holzbearbeitungsmaschinen und Schneidmühlen geopfert.

Ein charakteristisches Beispiel, womit die Arbeitgeber glauben, sich an ihren Arbeitern rächen zu können, ist folgendes ungeheuliche Zeugnis:

„Dem Kreidhäger-Schneider . . . aus Brailly bestätige hiernit, daß derselbe seit dem 17. April 1877, also über 25 Jahre lang, in meinem Betriebe tätig gewesen ist. Zu meinem lebhaften Bedauern kam ich ihn aber nicht länger beschäftigen, da ich seinen Einfluß auf die Ruhe meiner Arbeiter für schädlich halte.“

Unterfahrt.  
Die angebliche Gefährdung der Ruhe bestand eben darin, daß fast alle Arbeiter der betreffenden Firma, etwa 200, sich in aller Ruhe organisiert haben. Daher die unbegreifliche Wut der Unternehmer. Fragen die Arbeiter um Beschäftigung an, so erfolgt mit Lächeln die Antwort: „Wenn Sie dem Verein nicht angehören, können Sie anfangen.“ Hingzu kommen die rüchrischlofen Verhandlungen und Zumutungen derjenigen, die in Arbeit stehen, eine Herausforderung folgt der andern und zwar durch Lohnreduktion und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dadurch soll unter den Arbeitern der Glaube erweckt werden, daß sie ohne Organisation wirtschaftlich besser gestellt waren. Gerüchte, wonach die hiesigen Arbeiter bis zu einem gewissen Zeitpunkt durch polnische Arbeiter ersetzt werden sollen, werden durch die Unternehmer und deren Handlanger verbreitet.

Daß die Bedrohung der Existenz des Arbeiters und seiner Familie, die gezwungen sind, infolge der erbärmlichen Löhne (1,75-2,25 M. pro Tag bei eifrigster Arbeitszeit) von der Hand in den Mund zu leben, die beschlossene Wirkung nicht verfehlt, leuchtet am Ende wohl jedem ein.

Die berüchtigte Schwarzmaçerei, die ihren Wiederhall in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ findet, hat hier schon einen gemeingefährlichen Charakter angenommen. Die eifrigste Tätigkeit der Behörden gegenüber den Streikposten, der anbringliche Säug, welcher den Arbeitswilligen, die von außerhalb herangezogen worden sind, zu teil geworden ist, bietet den besten Beweis. Auch das Streben und Demagogentum findet unter den jetzigen Verhältnissen, wo Hunger und Pein regiert, keine Nahrung. Anfragen folgen auf Anfragen, jede sachliche Kritik der Verhältnisse in den Betrieben wird geahndet mit einem Verhör, oder auch mit der Entlassung.

Dieser veränderte Zustand hat sich innerhalb einiger Monate herausgebildet. Bis dahin hat hier die Ruhe des Arbeiters geherrscht. Heute ist die überwiegende Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeiter organisiert und getauft, trotz aller Quälerien in dem aufgedrungenen Kampfe auszuhalten.

Doch groß ist die Zahl der gemahrgestellten und ausgesperrten Kollegen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation nicht eingestellt werden. Diese großen Opfer erfordern große Verpflichtungen, die wir angesichts der kurzen Zeit, in der wir organisiert sind, nicht tragen können.

Wir wenden uns daher an die so oft bewiesene Solidarität der gesamten Arbeiter. Nur durch sie waren wir im Stande, den Hochmut der Unternehmer, die im Interesse ihres Profits den Kampf um die Vernichtung unserer Organisation mit den verwerflichsten Mitteln führen, trotz und Andauer entgegenzubringen.

Darum, Genossen, helft und in dem Kampfe, den wir zu führen bezwingen sind!

Gelder sind an den Kassierer Wilhelm Rasch, Oberberg (Mark), Berlinerstr. 44a, zu senden.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Deutsches Reich.

**Der Arbeitsnachweis der Flaschenfabrikanten** bildet bekanntlich eines der Kampfobjekte in dem großen Flaschenmacherkrieg, weil dieser Arbeitsnachweis, der seinen Sitz in Hamburg hat, seine Wirksamkeit über über ganz Deutschland erstreckt, nichts anderes ist als eine Einrichtung, durch die — gerade so wie in der Metallindustrie — alle Arbeiter, welche sich durch Wahrnehmung ihrer Interessen „mischelig“ gemacht haben, trotts gemacht werden. Die Fabrikanten haben natürlich stets bestritten, daß ihr Arbeitsnachweis ein Regierungsorgan ist, und ein sachlicher Fabrikinspektor hat sich — wie Genosse Horn kürzlich im Reichstage ausführte — in dieser Hinsicht zum Verteidiger der Flaschenfabrikanten aufgeworfen, indem er in seinem Bericht sagte, daß der von den Flaschenmachern geforderte paritätische Arbeitsnachweis durch den bestehenden Arbeitsnachweis der Fabrikanten bereits verwirklicht sei. Angehends solcher Verteidigungsvorwürfe von amtlicher Stelle ist es recht interessant zu hören, wie die beruflichen Nachbarn der Fabrikanten den Charakter des verachteten Arbeitsnachweises beurteilen. Die „Chemiker-Zeitung“, ein Unternehmerorgan, brachte in einer ihrer letzten Nummern einen zweifelslos von einem Eingeweihten her rührenden Artikel über die Flaschenindustrie. Der Artikelschreiber führt aus, daß der Abzug der deutschen Flaschenfabriken zurückgegangen sei, daß infolge dessen verschiedene Glätten die Produktion eingeschränkt und die Löhne herabgesetzt haben. Die Absatzförderung habe auch auf die gewerkschaftliche Bewegung der Flaschenmacher einen schwächenden Einfluß ausgeübt. Dann heißt es:

Von dieser (der Arbeiterorganisation, Red. d. B.) ist nur zu oft die Flaschen-Glasindustrie bisher im nachteiligen Sinne beeinflusst worden (soll heißen, die Arbeiter haben willkürliche Lohnherabsetzungen mit Erfolg abgewehrt, Red. d. B.), jedoch ist dem Bestreben des gewerkschaftlich organisierten Jahvereins, Einfluß auf die Betriebe zu gewinnen, gründlichst vorgebeugt worden durch die seit dem 1. Januar 1901 seitens der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken“ getroffenen Einrichtung eines die Glasmacher angehenden, nicht etwa paritätisch gehandhabten, sondern lediglich im Interesse der Arbeitgeber geregelten Arbeitsnachweises, durch welchen der beständige Fuktierung der Glasmacher von einer zur andern Glätte mit Erfolg ein Ende bereitet worden ist, so daß letztere, wenn auch in vielen Fällen unfreiwillig, dort sessigen müssen, wo sie sind. Die Schaffung dieses in Hamburg ansässigen Arbeitsnachweises ist die eigentliche Ursache des im Vorjahre sich vollziehenden Ausstandes der Flaschenglasmacher gewesen.

Hier wird also von Unternehmerseite ohne Umschweife zugegeben, was die Arbeiter übrigens längst wußten, daß der Arbeitsnachweis des Fabrikantenringes einzig und allein den Interessen der Unternehmer dient, während er die Arbeiter mit rüchrischloser Brutalität unter den Willen der Fabrikanten zwingt. Selbst die Bewegungskraft der Arbeiter, das gleichmäßig anerkannte Recht der Freizügigkeit wird durch den verachteten Arbeitsnachweis beseitigt. Die Arbeiter müssen festhalten, wo sie sind. Sie sollen nicht dahin gehen, wo ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Aussicht stehen. Wie die Leibeigenen der Junker in früheren Jahrhunderten, so sollen die angeblich „freien“ Arbeiter im 20. Jahrhundert dem „Fabrikherren“ zeitweilens dienstbar sein, und sich den Bedingungen fügen, die der „Herr“ diktiert, und eine so schmachvolle Vergevaltigung der Arbeiter kann offen betrieben werden, ohne daß Gesetz und Rechtsprechung eine Handhabe bieten, dagegen einzuschreiten. Aber es wird schon noch die Zeit kommen, wo die Arbeiterorganisation stark genug ist, solche Bedrückungen abzuwehren.

Die Zahl der deutschen Gewerkschaftskartelle bzw. Gewerkschaftskommissionen beträgt nach der neuesten Aufstellung der Generalkommission 407. Die Zunahme seit Oktober 1902 beträgt 15 und zwar sind seit jenem Zeitpunkte 16 Kartelle neu ins Leben getreten, während 1 Kartell eingegangen ist. Die neu errichteten Kartelle befinden sich in Bärzel a. M., Hellinghausen bei Kreuzthal, Geweiler, Gleiwitz, Kronach, Landau i. P., Rauen, Raumburg, Solingen, Seiffemersdorf, Siaggard, Tangermünde, Thorn, Unna, Weichsen und Zuffenhausen, während das frühere Kartell zu Dilsdorf aufgelöst worden ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Kein Belagerungszustand.

**Haag, 21. Februar.** Dem „Vaderland“ zufolge erklärte der Kriegsminister die von dem sozialistischen Blatte „Het Volk“ gebrachte Nachricht, daß die Regierung beabsichtige dieser Tage über Amsterdam, Rotterdam und den Haag den Belagerungszustand zu verhängen, für durchaus unbegründet.

### Deputiertenkammer.

**Rom, 21. Februar.** (S. I. S.) Chiesi richtet eine Anfrage an die Regierung wegen der Geldzuwendungen, welche der italienische Polizeitag in London, Briss, dem dieser Tage in Brüssel verurteilten Rudino gemacht habe, wie aus den Berichten über die Prozeßhandlung hervorgeht. Unterrichtsminister des Innern Ronchetti erklärt, der Minister wisse über die Sache nichts, als was die Zeitungen behaupten. Der Minister könne dem Treiben der Anarchisten nicht teilnahmslos gegenüberstehen; wenn überhaupt solche Geldzuwendungen stattgefunden hätten, so seien sie eine Folge der dem Minister obliegenden Pflicht, sich Informationen über diese Dinge zu verschaffen.

### Rußland will in diesem Jahre nicht kumpfen.

**Petersburg, 21. Februar.** Die „Russische Telegraphen-Agentur“ veröffentlicht folgende Mitteilung des russischen Finanzministeriums. In der ausländischen Presse treten beständig Gerüchte auf, daß Rußland die Absicht habe, an einem der ausländischen Märkte dieses Jahres eine neue Staatsanleihe abzugeben. Man kann nach dem Budget für 1903 ersehen, daß eine derartige Anleihe nicht nötig ist, in Anbetracht dessen, daß alle Ausgaben des laufenden Jahres, ebenso wie die ordentlichen wie die außerordentlichen, sich mit dem Ueberflusse aus den mit großer Vorsicht berechneten eventuellen Einnahmen sowie aus dem verfügbaren Bestande des Schatzes decken. Um alle Mißverständnisse hinsichtlich dieser Gerüchte zu vermeiden, hält es der Finanzminister für nötig, zu erklären, daß während des laufenden Jahres die russische Regierung keine Anleihe auf ausländischen Märkten abschließen wird.

### Streuzettel.

**Caracas, 21. Februar.** (Nachung des „Reuterschen Bureau“) Der deutsche Konsulordere teilte den Behörden in Puerto Cabello mit, daß der „Restaurador“ am kommenden Montag zurückgegeben werde

Reichstag.

264. Sitzung. Sonnabend, den 21. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Sosadowitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Mecklenburgischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Dercken: Ich war gestern dienstlich verhindert, hier anwesend zu sein. Ich habe keinen Specialkollegen, der mich vertritt, und ich würde meinen übrigen Dienst vernachlässigen, wenn ich hier täglich 5-8 Stunden sitzen wollte. Wenn es den Herren ersichtlich ist, dass ich nicht kommen kann, so brauchen sie ihn nur vorher benachrichtigen. So wäre es auch den Herren Dr. Bachmide und Dr. Herzfeld ein Leichtes gewesen, mich zu veranlassen, hier zu erscheinen. Ich lehne aber über Fragen, die nicht zur Kompetenz dieses hohen Hauses gehören, jede Diskussion ab, und würde auch gestern darauf verzichtet haben, auf die zahlreichen, über die mecklenburgischen Schulverhältnisse vorgebrachten Uebertreibungen einzugehen.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Statistisches Amt“.

Abg. Graf Kanitz (Konf.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Statistischen Amtes darauf hinlenken, daß die inländischen Kartelle ihre Produkte vielfach zu viel billigerem Preise nach dem Auslande verkaufen als im Inlande. Ist es dem Statistischen Amt bekannt, daß ein sehr großer Teil der Kohlen, die für die Beleuchtung der Stadt Paris verwendet werden, von deutschen Zechen geliefert wird? Reines Wissen sind die Kohlenpreise in Paris sehr niedrig. Deutsche Kohle wird für 6 und 7 M. nach dem Auslande verkauft, das ist ungefähr die Hälfte des Preises, die das Statistische Amt in seinen Veröffentlichungen annimmt. Deutsche Coales werden nach dem Auslande für 8,10 M. verkauft, im Inlande kosten sie 17 M. Befähigtes gilt für Eisen und Schienen. Aus Deutschland nach dem Auslande exportiertes Halbeisen ist nach Deutschland zurücktransportiert und dort inklusive Fracht noch mit Vorteil wieder verkauft worden! Drahtstifte wurden von dem Spinnfabrik für 50-70 Proz. unter dem Inlandspreis an das Ausland verkauft. (Hört! hört! rechts.)

Am liebsten wäre es mir, wenn unsere Handelsbeziehungen zum Auslande lediglich durch Reifebegünstigungs-Verträge geregelt würden. Da wir aber einmal vor dem Abschluß von Handelsverträgen stehen, so wünsche ich, daß diese Verträge möglichst bald zu Stande kommen, damit der gegenwärtige heillose Zwitterzustand möglichst bald aufhört. Redner erörtert im weiteren die Disparitäten in der deutschen und der russischen Statistik über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Nach unserer Statistik haben wir eine passive Handelsbilanz gegenüber Russland, nach der russischen Statistik ist es gerade umgekehrt. Unsere Unterhändler sollten diesen Punkt bei den Handelsvertrags-Verhandlungen nicht außer acht lassen. Die Regierung sollte auch Sorge treffen, daß uns im Falle eines Krieges nicht die Getreide-Einfuhr vom Auslande abgeschnitten wird.

Wohl selten hat ein Wort vom Regierungstische im Lande so deprimierend gewirkt, wie die Erklärung des Grafen Sosadowitz, daß bei dem unbestrittenen Rückgang der ländlichen Bevölkerung die Landwirtschaft auf manche Forderung verzichten müsse. In den Jahren 1890-1900 hat allerdings tatsächlich eine große Verschiebung in der Bevölkerung stattgefunden, die Landwirtschaft treibenden Distrikte haben einen großen Prozentsatz ihrer Bevölkerung an die industriellen Distrikte abgegeben. Die Schuld daran trägt aber lediglich die falsche Wirtschaftspolitik der früheren Regierung. Die Landwirtschaft ist ganz unschuldig daran und sollte für diesen Zustand nicht dadurch bestraft werden, daß man selbst ihre berechtigten Forderungen nicht erfüllt. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, seine Erklärung doch noch etwas zu modifizieren und dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft wieder auf ihren alten Stand gebracht wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soc.):

Auch wir sind Gegner der Kartellwirtschaft, die nach dem Auslande zu Schlanderpreisen verkauft und den inländischen Konsum stark belastet. Graf Kanitz sollte doch aber diesen Gedanken bis zu Ende denken. Eine Kartellwirtschaft ist nur möglich bei hohen Schutzzöllen. (Sehr richtig! links.) Graf Kanitz weist darauf hin, daß in England sich ein Komitee gebildet habe, um über Maßnahmen für die Getreideversorgung Englands für den Fall eines Krieges zu beraten. Das ist richtig. Das Komitee hat aber nicht etwa hohe Zölle vorgeschlagen, sondern die Bildung von Kornhäusern. Sei uns jetzt inbesseren die Tätigkeit der Agrarier gerade dahin, durch Aufhebung der gemischten Transzilläger die Aufspaltung von Getreide in Deutschland unmöglich zu machen. (Sehr richtig! links.) Die Verschiebung innerhalb der Bevölkerung, von der Graf Kanitz sprach, ist allerdings zu verzeichnen, ist aber nicht zurückzuführen auf die böse noire der Agrarier, den Grafen Capriv. Zu einem Teile hat die deutsche Landwirtschaft selbst daran Schuld. Denn das phylogologische Moment, daß die Leute von dem Lande in die Stadt treibt, liegt zweifellos darin, daß sie sich auf dem Lande nicht wohl fühlen. Warum bewilligen Sie nicht das Koalitionsrecht den Landarbeitern, warum heben Sie nicht die Besinde-Ordnung auf, gegen die die Leute mit Recht rebellieren? Wir sind nicht der Meinung, daß der politische Einfluß der Landwirtschaft zu gering sei, wie Graf Kanitz meinte. Im Gegenteil, die Debatten über den Antrag auf Veränderung der Wahlkreis-Einteilung haben Ihnen gezeigt, daß die industriellen Wahlkreise politisch außerordentlich benachteiligt sind.

Ich möchte nun an den Herrn Staatssekretär die Anfrage richten, ob in Aussicht genommen ist, im Jahre 1905 eine neue Gewerbe- und Berufszählung stattfinden zu lassen. Die letzten Zählungen haben in den Jahren 1882 und 1895 stattgefunden. Eine solche Zählung bildet das Rückgrat unserer großen sozialpolitischen Literatur und Gesetzgebung. Alle Parteien sind gleichmäßig interessiert daran, zu erfahren, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Die Hauptfrage ist aber, daß solche Statistiken regelmäßig wiederkehren. Die letzte ist zusammengefallen mit einer Volkszählung. Es haben sich da interessante Vergleichsmomente ergeben, die man nicht wieder aufgeben sollte. Es wäre deshalb das Richtige, alle zehn Jahre diese Zählung zu wiederholen. Fünf Jahre würden für die detaillierte Bearbeitung ausreichen, und dann blieben noch fünf Jahre für die Vorarbeiten zur Wiederholung dieser Zählung. Sehr wünschenswert wäre es, wenn diesmal in der Landwirtschaft nicht nur nach Betriebseinheiten, sondern auch nach Besitzheiten gezählt würde. Nur dadurch wäre es möglich, die Frage zu entscheiden, ob in der Landwirtschaft eine Konzentration zu verzeichnen ist oder nicht.

Die Bildung der Abteilung für Arbeiterstatistik und den Beirat, den Sie begonnen haben, haben auch wir willkommen geheißen. Wegen die Zusammensetzung des Beirates bestehen aber noch gewisse Bedenken. Die Vertretung des Reichstags in diesem Beirats ist eine viel zu geringe. Außer den 7 Mitgliedern des Reichstags sitzen im Beirats noch 7 Vertreter des Bundesrats und der Präsident des Reichs-Verfürungsamts. So hat das bürokratische Element im Beirats die absolute Mehrheit. Es hat bereits eine Sitzung des Beirates stattgefunden, wo der Reichstag nur durch ein einziges Mitglied vertreten war und vertreten sein konnte, und zwar während der langen stürmischen Sitzungen im Reichstage. So etwas ist doch nicht möglich. Es wäre Pflicht

des Präsidenten gewesen, die Beirats-Sitzung ausfallen zu lassen. Der Beirat hat auch das Recht, dem Reichskanzler Vorschläge zu machen für die Vornahme von Erhebungen. Infolge seiner Zusammenziehung ist es aber den Reichstagsmitgliedern ganz unmöglich, solche Vorschläge zu veranlassen, wenn sie nicht von vornherein die Zustimmung der Bundesratsmitglieder dazu haben.

In das Ausbleiben des Beirates hat sich eine sehr wenig erfreuliche Diskussion geknüpft. Der Beirat hat ganz richtig eine seiner Hauptaufgaben darin gesehen, daß er auch über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte regelmäßig Auskunft erteilt. Es war aber nicht nötig, daß man in dem Bestreben, diese Aufgabe zu lösen, eine bereits bestehende private Organisation der Arbeitsmarkt-Berichterstattung lahmgelegt hat. Seit 1896/97 haben wir in Deutschland eine private Organisation, die sich mit der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt befaßt, wir haben auch eine Zeitschrift, in der das gewonnene Material wiedergelegt wird, und eine Korrespondenz, die das Wichtigste den politischen Tageszeitungen reich und zuverlässig übermitteln. Wenn man sich mit dem Begründer und Leiter dieser Unternehmungen, Dr. Jastrow, nicht rechtzeitig ins Einvernehmen gesetzt hat, ist jetzt in der Berichterstattung eine Lücke entstanden. Herr Dr. Jastrow steht mir politisch völlig fern, ich habe gar kein persönliches Interesse daran, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen, aber ein um so größeres jährliches Interesse. Dr. Jastrow hat in der 7. feiner Zeitschrift selbst mitgeteilt, über die Absicht des Statistischen Amtes, die bisher private Organisation in eine amtliche umzugestalten, sei ihm eine Mitteilung erst zugegangen, als die Entscheidung bereits gefaßt war. In der zweiten Sitzung des Beirates für Arbeiterstatistik vom 13. Dezember vor. Jz., in der man nach dem Protokoll ausführlich über diese Angelegenheit diskutiert hat, hat man es im Anschluß an einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ so dargestellt, als ob Dr. Jastrow sich darüber beschwert gefühlt hätte, daß man ihm sein geistiges Eigentum gestohlen hätte. Darüber aber hat sich Dr. Jastrow nicht beklagt, sondern nur darüber, daß man mit ihm nicht rechtzeitig in Verbindung getreten ist. So ist eine Lücke in der Berichterstattung entstanden, da das Statistische Amt, dessen Zeitschrift vom 1. April erscheinen soll, sich mit der Bitte um Auskunft fast durchgehendes an dieselben Stellen wie bisher Dr. Jastrow gewandt hat, und die betreffenden Behörden und Organisationen infolge dessen vielfach dem Dr. Jastrow das Material nicht mehr eingekauft haben. Diese Störung ist bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes besonders empfindlich. In der betreffenden Sitzung des Beirates für Arbeiterstatistik hat man dem Dr. Jastrow großenteils eine Art gnädigen Wohlwollens entgegengebracht, die fast noch peinlicher wirkt als völliges Ignorieren. Dr. Jastrow hat die amtlicherseits bisher für ganz unmöglich gehaltene Organisation der Arbeitsmarkt-Berichterstattung erst aus dem Nichts schaffen müssen, er hat die ganze Terminologie dieser Statistik festgestellt. Dr. Jastrow, der Privatdocent an der Berliner Universität ist, würde seinem Dienstalter nach schon längst Referendar sein, wenn er sich vom Standpunkte der Bürokratie besser geführt hätte. Aber seine sozialpolitischen Anschauungen scheinen den Behörden wenig genehm zu sein. Hätte er, statt einmal einem preussischen Minister auf die höchst eigenartigen Vorkommnisse zu treten (Heiterkeit links), lieber in Flotten-agitation oder in der Art des sehr erheiternden Leb von Halle (Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.) in nationaler Politik gemacht, so genosse er wohl bei den Behörden denselben guten Ruf, wie sonst in der ganzen gebildeten Welt, auch des Auslandes. Ich bedaure, daß ein von allen Seiten mit Sympathie begünstigtes Unternehmen — die amtliche Berichterstattung über den Arbeitsmarkt — nicht besser und fairer seine Tätigkeit eröffnet hat. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Hücher: Als stellvertretender Vorsitzender des Beirates der Kommission für Arbeiterstatistik möchte ich dem Herrn Dr. Südekum erwidern, daß sämtliche Mitglieder des Beirates, mögen sie vom Bundesrat oder vom Reichstag gewählt sein, wenn sie in den Beirat eintreten, sich doch einheitlich als Mitglieder dieser Körperschaft fühlen. An der Sitzung vom 12. Dezember hat allerdings nur ein einziges Mitglied des Reichstages eine Zeit lang teilgenommen. Aber als die Einladung erging, konnte man doch nicht vorhersehen, daß an diesem Tage eine so wichtige Sitzung des Reichstages stattfinden würde. Ausfallen lassen sowie man die Sitzung nicht, weil auch aus Süddeutschland Bundesratsmitglieder gekommen waren. Wir haben uns in dieser Sitzung nicht mit den Beschwerden des Dr. Jastrow beschäftigt, da uns dieselben gar nicht bekannt waren, sondern lediglich mit dem Artikel der „Frankfurter Zeitung“. Darin war klar und klar gesagt, daß man dem Herrn Dr. Jastrow sein geistiges Eigentum genommen habe. Davon kann aber doch, wo es sich um sozialpolitische Fortschritte handelt, gar nicht die Rede sein. Was Dr. Jastrow selbst für Beschwerden auf seinem Herzen hatte, haben wir gar nicht gewußt.

Abg. Roskoff-Deffau (fr. Vg.):

Die Ausführungen des Herrn Grafen Kanitz über die Preisstatistik können wir natürlich nicht im Augenblick nachprüfen. Sie bedeuten auch einen so schweren Vorwurf für das Statistische Amt, daß wir die Erweiterung diesem Amte überlassen können. Selbstverständlich kann auch der Beirat nur an einer richtigen Preisstatistik liegen. Seinem Wunsche, daß die Statistik in den verschiedenen Ländern nach denselben Grundsätzen vorgenommen werden möge, können wir uns anschließen. Ich wundere mich übrigens, daß die Herren Agrarier ihre gestrige Forderung einer Getreidepreis-Statistik nicht bei diesem Titel vorgebracht haben. Die graphischen Darstellungen über die Getreidepreis-Schwankungen, von denen gestern Graf Schwerin-Löwis sprach, können für uns nicht maßgebend sein, sie gehen von keiner amtlichen Stelle, sondern von privater Seite aus, und die Herren der Rechten haben sich bei ihren Feststellungen bisher nicht als so zuverlässig erwiesen (Who! rechts), daß wir solche Tabellen von dieser Seite aus unbedingt als richtig annehmen sollten. Sehr wichtig wäre eine Statistik, wie sie der badische Regierungsrat Dr. Moritz Hecht unternommen hat, die darlegt, welche Landwirte überhaupt ein Interesse an einer Erhöhung der Getreidepreise haben. — Das Statistische Amt hat ja nun auch die Absicht, eine Zeitschrift für Arbeiterstatistik herauszugeben. Ich begrüße das mit Freuden und hoffe, daß ihr Preis möglichst billig bemessen wird. Der erste, der auf diesem Gebiete vorgegangen ist, war ja, wie das schon Dr. Südekum betonte, Dr. Jastrow. Ich kann mich zugleich im Namen meiner Freunde nur der Anerkennung anschließen, die Herr Dr. Südekum diesem Manne gezollt hat. In der Streitfrage, die Herr Dr. Südekum berührt hat, siehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Jastrow, daß die Einzelinteressen vor den Interessen der Allgemeinheit zurückstehen. Ich erkenne an, daß das Reich unmöglich auf die Herausgabe eines solchen amtlichen Blattes verzichten konnte. Ich kann es aber nicht billigen, daß in der betreffenden Sitzung des Beirates eine recht herbe Kritik an der Arbeit des Dr. Jastrow geübt worden ist, indem man betonte, daß sie sowohl quantitativ wie qualitativ von wesentlichen Mängeln nicht frei sei. Es wurde sogar gesagt, gewisse Schlüsse aus den Berechnungen müßten als irreführend angesehen werden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die graphischen Darstellungen über die Bewegung des Arbeitsmarktes keine besondere Erfindung des Dr. Jastrow seien. Es sei ein ganz selbstverständlicher Gedanke gewesen, zu diesem Zweck die Zahlen der Arbeitsnachweise zu benutzen. Das kommt mir gerade so vor, wie die Geschichte mit dem Ei des Columbus. Nachher ist die Sache ja immer sehr einfach. (Sehr richtig! links.) Doch übrigens die Feststellungen des Herrn Dr. Jastrow nicht falsch gewesen sein können, beweist die Thatsache, daß er das Herannahen der Krisis viel früher, bereits im Jahre 1900, gemerkt hat,

als noch an der Börse ein gewisser Optimismus herrschte. Den Wunsch auf Vornahme regelmäßiger Berufszählungen kann ich nur unterstützen. Durch solche Zählungen wird sich immer mehr erweisen, daß die ländliche Bevölkerung zurückgeht, und daß daher die Landwirtschaft nicht mehr Rechte beanspruchen dürfte, als die industriellen Bezirke jetzt haben. (Bravo! links.)

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. v. Schöler befreitet, daß in dem Beirat für Arbeiterstatistik Herrn Dr. Jastrow irgend ein persönlicher Vorwurf gemacht worden sei.

Abg. Frhr. Dehl zu Herrnsheim (natl.):

Der kleine Beirats am Rhein könnte ohne Jollschuß nicht existieren, darum werden die Herren der Linken auch die Bayern niemals für sich gewinnen. Leider haben diese Bayern infolge der Diätenlosigkeit hier keine genügende Vertretung. — Die Zusammensetzung des Beirates für Arbeiterstatistik halte ich für durchaus berechtigt. Der Reichstag berät doch meist die Materien vorher durch, hat also in der That einen großen Einfluß auf den Beirat.

Im Falle Dr. Jastrow hat Herr Dr. Südekum zu meiner Freude die Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ völlig fallen lassen. Im Hintergrunde der erhobenen Beschwerden aber schlummert doch der Gedanke, daß Dr. Jastrow zum Professor ernannt oder in das Reichsanthropologisches Institut berufen werde oder eine Entschädigung erhalte. Wenn eine neue Zeitung von Reichs wegen herausgegeben wird, kann man doch nicht sämtliche Redakteure einer bestehenden Privatzeitung zu Geheimräten machen oder zu Professoren an der Universität ernennen. Der Präsident des Statistischen Amtes, Herr Wilhelm, hat in jeder Beziehung korrekt gehandelt.

Staatssekretär Graf Sosadowitz:

Mit den Disparitäten zwischen der deutschen und der russischen Handelsstatistik hat sich das Statistische Amt selbst schon eingehend befaßt. Unser Statistisches Amt ist bemüht, die wahren Werte auf das sorgfältigste festzustellen. Die Auslandspreise der Spinnstoffe werden zum Teil geheim gehalten. Wir werden bei der bevorstehenden Enquete hierüber vielleicht näheres erfahren. Das Statistische Amt liefert objektives Jahrbuchmaterial. Die dieses dann von der Parteien und sonst ausgenutzt wird, ist nicht seine Sache.

Was die Zusammenziehung der arbeitsstatistischen Kommission anlangt, so können schon sechs Mitglieder beantragen, daß eine Sitzung abgehalten wird. Auf Antrag von sechs Mitgliedern müssen Sachverständige vernommen werden usw.

Ich komme zu der Angelegenheit des Herrn Dr. Jastrow. Die durch die Presse gegangene Nachricht, das Januar-Fest seiner Zeitschrift hätte deswegen nicht vollständig erscheinen können, weil das Material von denselben Stellen auch seitens des Präsidenten des Statistischen Amtes eingefordert sei, kann nicht richtig sein. Der Präsident hat das Material erst zum 10. Februar eingefordert. Das Unternehmen, das jetzt seitens des Reiches beabsichtigt wird, geht erheblich weiter als die Organisation Dr. Jastrows. Dr. Jastrow erhält Berichte der Kassen aus 50 Städten, das kaiserliche Statistische Amt hat sich an etwa 250 Städte gewandt. Ich bedaure es, wenn das Unternehmen Dr. Jastrows durch die amtliche Arbeiterzeitung geschädigt wird, ich selbst aber habe schon vor längerer Zeit angekündigt, daß die Regierung die Herausgabe eines solchen Organs plane. Man war also allseitig darauf vorbereitet. Dr. Jastrow selbst, dessen hohe Verdienste ich durchaus anerkenne, hat die Notwendigkeit mehrfach ausgesprochen, daß seine private Arbeit durch eine umfangreiche amtliche Arbeit ersetzt werde. Er selbst hat die Herausgabe eines solchen amtlichen Organs befürwortet. Ich hoffe, daß damit die Mißverständnisse aufgeklärt sind.

Darüber, wann die nächste Berufs- und Gewerbe-zählung stattfinden soll, haben sich die Reichsinstanzen noch nicht schlüssig gemacht. Man hält Zwischenräume von etwa 10-15 Jahren für geboten. Es wird jedenfalls auch die Kostenfrage — solche Zählungen erfordern mehrere Millionen — eine Rolle spielen.

Gegenüber einer Heftigkeit des Grafen Kanitz bemerke ich, daß ich allerdings wiederholt gesagt habe, daß die städtische oder durch städtische Arbeiter sich ernährenden Bevölkerung im Verhältnis zu der ländlichen fortgesetzt steige. Auch Graf Kanitz hat diese Prämisse als zutreffend anerkannt. Ich habe daraus gefolgert, daß selbstverständlich mit der Zeit diese Verschiebung sich auch in der Zusammenziehung der gesetzgebenden Körperschaften äußern werde und daß es für die Regierung immer schwieriger werden würde, selbst berechtigten Forderungen der Landwirtschaft zu erfüllen. Das ist kein Urteil, sondern eine Thatsache. Der Zweck meiner Ausführungen war lediglich der, daß die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen in der That befriedigt sein könnten über die Art, wie die Regierung im jetzigen Augenblick einen höheren landwirtschaftlichen Jollschuß beim Reichstage beantragt und den Jolltarif zur Verabschiedung gebracht hat. Wenn ein Barometer unsicheres Wetter anzeigt und jemand sicheres beständiges Wetter abliest, so kann er entweder den Barometerstand nicht erkennen, oder er will ihn nicht erkennen. Beides nehme ich vom Grafen Kanitz nicht an.

Abg. Dr. Südekum (Soc.):

Die letzten Worte des Grafen Sosadowitz bedeuten das Eingeständnis, daß ein so agrarischer Jolltarif nur noch in diesem Reichstage durchgesetzt werden konnte. Sie beweisen auch die Berechtigung unseres Verlangens, den Tarif dem neu zu wählenden Reichstage vorzulegen.

Was die Veranstaltung einer neuen Gewerbe-zählung anlangt, so hoffe ich, daß die Regierung recht bald ihren Entschluß kund thun wird, ob sie ein Gesetz im Jahre 1905 einbringen will, damit sich die Wissenschaft bei Zeiten mit der Frage befassen kann, wie die Zählung verbessert werden kann. Vor allem aber darf die Höhe der Kosten kein Grund gegen die zehn-jährige Wiederholung der Zählungen sein. — Graf Sosadowitz behauptet, das Statistische Amt habe die Lücke in der Berichterstattung nicht verschuldet. Er hat aber vergessen, daß die betreffenden Stellen selbst mitgeteilt haben, sie könnten eine doppelte Arbeit nicht leisten. Es ist ganz zweifellos, daß versäumt worden ist, Uebergangsbestimmungen zu vereinbaren. Man hat offenbar mit dem Herrn Privatdozenten nicht auf dem Fuße der Gleichberechtigung verkehren wollen. Man sah in ihm den jungen Mann, aus dem noch einmal etwas werden könnte, der sich aber sehr geehrt fühlen müßte, wenn wirkliche Geheimräte ihm ihre Wohlwollen in einer Kommission aussprechen. Wenn die Herren vom bürokratischen Standpunkt aus korrekt gehandelt haben, so liegt die Schuld eben im System, nicht an den Personen.

Staatssekretär Graf Sosadowitz: Ich habe lediglich festgestellt, daß die Unterredungen im „Arbeitsmarkt“ des Herrn Dr. Jastrow im Januar nicht beruhen kann auf Einfordern seitens des Statistischen Amtes zum 10. Februar.

Abg. Roskoff-Deffau (fr. Vg.): Es ist Herrn Dr. Jastrow niemals eingefallen, eine Entschädigung vom Reiche zu verlangen. Davon ist nirgends die Rede gewesen. Ob es sich empfiehlt, die Erfahrungen des Dr. Jastrow auf dem Gebiet der Arbeitsmarktstatistik in irgend einer Form dem Reiche dienstbar zu machen, ist eine Frage, deren Entscheidung an anderer Stelle, als im Reichstag zu treffen ist. Redner polemisiert gegen den Abg. v. Hehl, der zwei Seelen, eine agrarische und eine industrielle im Uten hege. (Heiterkeit.) Allerdings habe die agrarische Seele das Uebergewicht.

Abg. Frhr. Dehl zu Herrnsheim (natl.): Die Angelegenheit Jastrow ist sehr auf das persönliche Gebiet hinübergewälzt worden, wie es ja heute in der Presse leider fast überall geschieht. Wollte ich persönlich alle Angriffe der Presse auf mich verfolgen, so hätte ich nicht weniger als 365 Prozeßverfahren im Jahre zu führen.

Herrn v. Hehl läge es nahe, zunächst nur einen einzigen Preßprojek zu führen, zu dem ihn die „Wormser Volkszeitung“ aufgefordert hat.

Damit schließt die Debatte über Titel I des Kapitels Statistisches Amt. Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. v. Hehl zu Herrnsheim (nat.): Es entspricht nicht meinen Gewohnheiten, Zeitungen von der Qualität der „Wormser Volkszeitung“, auf die sich Herr Abg. Hoch berufen hat, gerichtlich zu verfolgen.

Abg. Hoch (Soe., persönlich): Ich habe mich für meine Behauptung, daß Frhr. v. Hehl seinen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht gewährt, keineswegs auf die „Wormser Volkszeitung“ berufen, sondern ich habe diese Mitteilungen in Worms selbst von glaubwürdigen Arbeitern persönlich erhalten.

Abg. Frhr. v. Hehl zu Herrnsheim (nat.): Die ehrenrührigen Angriffe der „Wormser Volkszeitung“ habe ich hier mit Recht als verleumderisch bezeichnet. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Abg. Werner (Ant.): für Verrücktheit der Bureaubeamten des Statistischen Amtes ein.

Gesamtrat Neumann stellt fest, daß in den Einzelstaaten die Bureaubeamten nicht besser gestellt seien, als beim Reichsstatistischen Amt.

Abg. Singer (Soe.):

Der Reichstag hat in seiner Kommission die Petition der Bureaubeamten der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen und das Plenum wird dem Beschluß jedenfalls beitreten.

Abg. Werner (Ant.) polemisiert gegen die Ausführungen des Gesamtrats Neumann.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels „Statistisches Amt“.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluss 5 1/4 Uhr.

Erklärung.)

Herr Stöder hat bei seinem verunglückten Debüt im Reichstage als Anwalt des schlichten Mannes einen Artikel der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. November 1901 zu einem persönlichen Angriff auf mich auszunutzen gesucht.

„Meine Kritik der „Salonsozialisten“ hat, wie ich lese, Herr Hofprediger a. D. Stöder in der Sitzung des Reichstages vom 12. auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Herrn Ledebour bezogen.

Herr Stöder behauptete verlausuliert, die betreffende Artikelstelle habe sich auf Herrn Ledebour bezogen. Das ist un wahr!

Damit ist Herr Stöder auch der letzte Scheingrund zu seinem gehässigen persönlichen Angriff auf mich genommen.

Was Quö anbetrifft, so verübele ich es ihm weiter nicht, daß er in seine Erklärung auch eine abfällige Bemerkung über meine vorjährige Agitationstour im Ruhrgebiet einschleift.

Sehr bedauern muß ich es aber, daß Quö sich in der Stöderfache auf die Erklärung beschränkt, daß auf mich persönlich seine Bemerkungen über angebliche „Salonsozialisten“ unter den Parteiführern nicht bezogen werden könnten.

Wie man den Offizieren das Studium erleichtert.

Man schreibt uns:

Will ein Offizier wirklich tüchtig und nicht nur eine Kommandiermaschine sein, so muß er selbstverständlich auch militärwissenschaftliche Bildung besitzen.

In Anbetracht der Wichtigkeit der militärtheoretischen Ausbildung sollte man doch glauben, daß das Kriegsministerium dafür sorgt, daß militärwissenschaftliche Werke möglichst billig kommen.

Über das preussische Kriegsministerium scheint hierfür leider gar kein Verständnis zu haben, denn es sieht mit einer wahrhaften Engelsgebild zu, wie die I. Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler u. Sohn, die Hauptverlegerin militärischer Werke, geradezu horrenden Preise beliebt.

Wie soll sich nun ein mittelloser Lieutenant oder Oberleutnant die benötigten Werke anschaffen? Wenn er nicht einmal zufällig das eine oder andre bei einer Versteigerung erwirbt, bei Mittler u. Sohn wird er es niemals kaufen können.

Einem weiteren schlagenden Beweis für die hohen Preise der Firma Mittler u. Sohn bildet z. B. der von ihr verlegte „Leitfaden für den Unterricht in der Waffenlehre an den königlichen Kriegsschulen“.

Einige Worte seien auch noch dem „Militär-Wochenblatt“ gewidmet, das ebenfalls bei Mittler u. Sohn erscheint. Vor allem bringt dieses in der Regel wöchentlich zur zweimal erscheinende Blatt Personalnachrichten.

Aber das ist auch so eine Spezialität deutscher Ministerien, daß sie auf Kosten ihrer Ressort-Angehörigen Unternehmern Profite zuschanzen, und zwar, wohlgemerkt, nicht etwa Unternehmern, die schwer um ihre Existenz ringen, sondern Leuten, die schon Millionen im Kasten haben.

Aus der Frauenbewegung.

Was haben die Frauen von der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu erwarten? So lautet das Thema der drei Versammlungen, welche die Frauen der arbeitenden Klasse für die nächste Woche einberufen haben.

Arbeiterinnen, die eine Frage ist für uns so wichtig wie die andere. Hat man uns hinausgestoßen in den Kampf ums Dasein, so ist man sich nicht, die Fennige der Frauen für den Steuersäckel zu beanspruchen; nehmen die Unternehmer keinen Anstand, unsre Arbeitskraft gegen unsre Männer und Väter auszuspielen, so müssen wir energisch fordern, dort mit ruten zu dürfen, wo man uns zu Thoten heranzieht.

Darum erscheint in den Versammlungen nicht nur selbst, sondern agitiert bei Euren Freundinnen und Nachbarinnen für den Besuch derselben.

Die Niddorfer Polizei scheint gar keine Kenntnis davon zu haben, mit welcher Liebenswürdigkeit ihr hoher Chef, der Herr Polizeiminister v. Hammerstein, dem Versammlungsrecht der Frauen jetzt gegenübersteht.

gefogt hätte, was los sein soll. Die Vernehmung erstreckte sich auf Vorgänge, die viele Jahre alt sind und sogar auf die öffentliche Thätigkeit der Vernehmten.

Wir geben den Rat, daß bei etwaigen weiteren Vernehmungen eine Anwalt darüber verlangt wird, welches der Grund der Vernehmung ist und in welcher Eigenschaft die Geladenen vernommen werden sollen.

Ober-Schönweide. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hatte am letzten Montag eine Agitationsversammlung veranstaltet, in der Frau Emma Jhrer einen Vortrag über „Die zivilrechtliche Stellung der Frau“ hielt.

Niddorf. Montag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Mercier, Steinwegstr. 113, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. „Drei Forderungen der Sozialdemokratie“.

Litterarisches.

Dr. Hans Köppe. Die Reichs-Finanzreform. Leipzig, Verlag von C. V. Hofschfeld, 1902.

Es wird nicht mehr lange dauern, und die Frage der Reichs-Finanzreform wird ebenso lebhaften Erörterungen unterworfen werden, wie es in den letzten Jahren mit der Zollfrage geschehen ist.

Hätte Herr Dr. Köppe in seinem Buche über die Reichs-Finanzreform, eine rein objektive Darstellung des Sachverhalts geboten, so hätte er sich des Dankes aller jener versichert, die für die bevorstehenden Kämpfe Rüstzeug suchen.

Hier sieht man wieder, wie die Leute, die sich die Praktischsten dünken, eigentlich die größten Utopisten sind. Herrn Köppes Kunststück besteht darin, daß er alle Lasten, welche die Einzelstaaten nicht tragen wollen und noch einige dazu, dem Volk auf den Rücken läßt.

Zuschläge zu direkten oder indirekten Steuern existieren nun freilich auch in andren Staaten; sie werden aber nur erhoben im Falle einer besonderen Notlage und auf Grund besonderer für jeden einzelnen Falle erlassenen Gesetze.

Nicht „ausführlich“ findet Herr Köppe natürlich die Reichs-Einkommensteuer und die Reichs-Erbchaftsteuer. Gegen die erste bringt er die bekannnten lamentablen Gründe von der einseitigen Finanzhoheit und der Verschiedenheit der Finanzsysteme vor.

Eingegangene Druckschriften.

- Katechismus des Invalidenversicherung-Gesetzes. Bearbeitet von Anton Erlenz. Düsseldorf 1903. Selbstverlag des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungs-Bundes der deutschen Gewerksvereine. 33 Seiten. Preis 30 Pf.
- Weltall und Menschheit. 25. und 26. Lieferung. Herausgegeben von Hans Reimer. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin.
- Heber die Notwendigkeit einer Krankenunterstützung für Prostituierte. Von Dr. G. Repler. Berlin W. Edgar Gobleth.
- Josef Popper. Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben. 248 Seiten. Verlag von Carl Neujner, Dresden und Leipzig. 1903.
- G. Viebig und Dr. med. Hannover. Die Krankenkontrolle. 3. Aufl. 53 Seiten. Preis 60 Pf. Frankfurt a. M. 1903. Verlag von Dr. Ed. Schnapper.
- Paul Kampfmeyer. Die Mission der deutschen Krankenkassen. 72 Seiten. Preis 1,25 M. Frankfurt a. M. 1903. Verlag von Dr. Ed. Schnapper.
- Professor G. Herman. „Genes“; Gesetz der Zeugung. V. Band: 2650 und 2651. 204 Seiten. Preis brosch. 3 M., geb. 4 M. Leipzig 1903. Verlag von Alfred Strauß.
- Dr. G. Repler. Notwendigkeit einer Krankenunterstützung für Prostituierte. 32 Seiten. Preis 60 Pf. Berlin W. 1903. Verlag von Edgar Gobleth.

\*) Diese schon gestern eingegangene Erklärung ist nur infolge der Raumverhältnisse des Blattes zurückgeblieben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonntag, 22. Februar.**  
**Freie Volksbühne.** Metropol-Theater. 11. u. 12. Abteilung. Der Eindringling. Der Kammerjäger. Literatur. Anf. 7 1/2 Uhr. Dämmerung. Anf. 9 1/2 Uhr.

**Neues Opern-Theater.** Diefello, der Rühr von Benedy. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Die Zauberkiste. Montag: Tristan und Isolde. Schauspielhaus. Die Gerechtigkeit. Montag: Coriolan.

**Deutsches.** Monna Vanna. Nachmittags 2 1/2 Uhr: Die Weber. Montag: Monna Vanna.

**Berliner.** M. Heibelberg. Montag: Dornröschen. Lessing. Der blinde Passagier. Montag: Diefello.

**Neues.** Die Fliege. Vorher: Der Oberlehrer. Nachmittags 3 Uhr: Lebige Leute. Montag: Die Fliege. Oberlehrer.

**Reibenz.** Lutti. (Lotte). Mittags 12 Uhr: Ralfree. Conference. Leonarda. Montag: Lutti.

**Westen.** Der Propbet. Nachm. 3 Uhr: Der Postillon von Conjuameau. Montag: Langjähren von Wig.

**Central.** Das Mädchen von der Heilsarmee. Nachmittags 3 Uhr: Der schöne Rigo. Montag: Das Mädchen von der Heilsarmee.

**Thalia.** Der Camellenonkel. Nachmittags 3 Uhr: Romeo und Julia. Montag: Der Camellenonkel.

**Belle-Alliance.** Am Telefon. Hierauf: Cupido u. Co. Montag: Die Heidermans.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Jugendfreunde. Nachmittags 3 Uhr: Ein Ehrenwort. Montag: Wohlthätige Frauen.

**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Wohlthätige Frauen. Nachmittags 3 Uhr: Wallensteins Tod. Montag: Jugendfreunde.

**Carl Weich.** Preciosa. Nachmittags 3 Uhr: Der Leiermann und sein Pflegekind. Montag: Die Römern.

**Buntes.** Die Kinder der Excellenz. Nachmittags 3 Uhr: Jugend. Montag: Die Kinder der Excellenz.

**Luisen.** Die Maschinenbauer von Berlin. Nachmittags 3 Uhr: Der Weineidbauer. Montag: Der Weineidbauer.

**Reines.** Nachtschl. Montag: Diefello. Trianon. Die Rotbrücke. Nachmittags 3 Uhr: Die Liebeschautel.

**Apollo.** Ralfree Hochzeit. Nachmittags 3 Uhr: Frau Luna. Spezialitäten. Montag: Ralfree Hochzeit.

**Metropol.** Ralfree Hochzeit. Montag: Diefello. Casino. Cavalleria rusticana. Nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

**Wintergarten.** Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger.

**Passage-Theater.** Spezialitäten. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Palast. Berliner Luft. Spezialitäten. Urania. Taubenstraße 48/49.

**Das Land Tirol.** Montag: Diefello. Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater.** Sonntagabend. 3 Uhr. halbe Preise: Gastspiel der Wiener Oper-Gesellschaft. Der schöne Rigo.

**Abends 7 1/2 Uhr.** Gastspiel der Wiener Oper-Gesellschaft. Das Mädchen von der Heilsarmee. Morgen: Diefello.

**Thalia-Theater.** Dresdenstraße 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Camellenonkel. Morgen und folgende Tage: Der Camellenonkel.

**Luisen-Theater.** Nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen: Der Weineidbauer. 8 Uhr: Die Maschinenbauer von Berlin.

**Montag:** Der Weineidbauer. Dienstag: Der Fall Glömencau. Mittwoch: Der Fall Glömencau. Donnerstag: Der Fall Glömencau. Freitag: Der Fall Glömencau. Samstag: Der Fall Glömencau. Sonntag: Der Fall Glömencau.

**Belle-Alliance-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: Am Telefon. Drama in 2 Aufzügen. 8 1/2 Uhr: Cupido & Co. Schwan mit Gefang und Tanz in 3 Aufzügen.

## Urania.

Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Das Land Tirol. Montag: Diefello.

**Sternwarte.** Invalidenstrasse 57/62. CASTANS Panoptikum. Friedrichstrasse 165. Neu! Miss Karri die schöne Titowierte. Neu ausgestellt: Otto Reutter. Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.** Letzter Sonntag. des sensationellen Februar-Programms. Anfang 3 Uhr, Ende 11 Uhr. AGA die schwebende Jungfrau. Wettfahrt im Todesring. Willy Prager. 14 erstklassige Nummern.

**Berliner Aquarium.** Unter den Linden 68a. Eingang Schadow-Strasse No. 14. Heute Sonntag: Eintrittspreis 25 Pfg. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden See- und Reptilien etc. 60/18

**Metropol-Theater.** Mit glänzender Ausstattung: Neuestes! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer. Gastspiel Julius Spielmann. Emil Thomas a. G., Henri Bender, Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichberg. 300 Mitwirkende. Grandioses Ballett. Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.** Nachmittags 3 Uhr, kleine Preise: Frau Luna mit dem elektrischen Ballett. Vorher: Sechs neue Spezialitäten und die Original-Cake-Walk-Tänzer. Abends 7 1/2 Uhr: Ralfree Hochzeit. Um 9 1/2 Uhr: 8 glänzende Spezialitäten. Um 10 1/2 Uhr: Orig.-Cake-Walk-Tänzer.

**Kleines Theater.** Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nachtasyl. Montag: Nachtasyl. Casino-Theater. Lothringergäßchen 37. Letzte Woche: Cavalleria rusticana. Letzte Woche: Unteroffizier Lehmann. Die neuen Spezialitäten. 8. Sonntag. 7 1/2 Uhr. Sonntagabend 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes, dazu Ralfree. Samstag. Carl Weiss-Theater. Nachmittags 3 Uhr, Parfett 60 Pfg. Der Leiermann und sein Pflegekind. Abends 8 Uhr, großes Orchester: Preciosa. Romantisches Schauspiel mit Gefang in 5 Akten von Eusebio Alexander Wolf. Morgen: Die Römern.

**Buntes Theater.** Köpnickstrasse 68. 3 Uhr nachm. zu kleinen Preisen (Parkett 1,10 M.): Jugend. 8 Uhr abends: Volkstümliche Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen (Parkett 1,00 M.): Die Kinder der Excellenz. Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. 8 Uhr, 8. Sonntag 6 Uhr.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater.) Sonntagabend 8 Uhr: Jugendfreunde. Lustspiel in vier Akten von Ludwig Fulda. Montagabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen. Dienstagabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Sonntagabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen. Lustspiel in 4 Akten v. H. v. Pirro. Montagabend 8 Uhr: Jugendfreunde. Dienstagabend 8 Uhr: Einsame Menschen. Schluss der Saison 3. März.

**Cirkus Schumann.** Sonntag, den 22. Februar 1903, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr: 2 gr. Extra Vorstellungen 2 Nachmittags Clow-Vorstellung. Höchst komisch gewählt. Progr. Pierrots Weihnachten reizende Pantomime in 2 Akten, zum Schluss die grosse Bonbonnière und der Bonbonregen. In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends: Letztes Sonntags-Auftreten des verewigten Radfahrers der Welt Mr. Diavolo mit seinem unkopierbaren Akt

**Looping the Loop,** sowie die neuen Debüts. Abends: Die lustigen Heidelberger. Morgen: Jubel-Vorstellung. Die 100. Fahrt Looping the Loop.

**Residenz-Theater.** Direktion: Sigmund Lautenburg. Mittags 12 Uhr: MATINEE. Conference von Mr. George Banor aus Paris. Hierauf zum erstenmal: Leonarda. Schauspiel in 4 Akten von B. Björnson. Abends 7 1/2 Uhr und folgende Tage: Lutti (Lotte). Schwan in 4 Akten von Pierre Veber.

**Palast-Theater.** Burgstraße 22. Früher: Jeen-Palast. 8 1/2 Uhr. Riefenerfolg. 8 1/2 Uhr. Berliner Luft. Operettenposse in 3 Akten von Rojce. Zwickel. Dir. R. Winkler. Sonntagabend, den 22. Februar 1903: Grosses Boekhler-Jubel- u. Truhelfest Ehren- u. Vorzugsarten gültig. Freitag mit Prämien. Anf. 8 Uhr, Sonn. 7 1/2. Entree 50 Pfg.

**W. Noacks Theater.** Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Die Räuber. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Montag: Herrgottskinder von Ammergan. Dienstag: Wiedergelunden. Bernhard Rose-Theater. Badstraße 58. Sonntag, den 22. Februar 1903: Das Mädel ohne Geld. Volksstück mit Gefang in 3 Akten von D. F. Berg und Ed. Jacobson. Anfang 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

**Stadt-Theater.** Will-Roach 47/49. Ein ehrlicher Makler. Volksstück mit Gefang in 4 Akten von Leon Trepton. Anfang 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

**WINTERGARTEN.** Aus dem interessantesten Februar-Programm Ciringling the Circ. Otto Reutter. Les Darts etc. etc.

## Charlottenburg.

Sonntag, den 22. d. M., im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Grosser Kunst-Abend. Nur erstklassige Künstler. 283/20

Anfang 5 Uhr. Nachher Tanz. Entree 25 Pfg.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“** Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.

Sonabend, den 28. Februar: Grosser Wiener Maskenball im großen Saale nebst Veranda des böhmischen Brauhauses, Landberger Allee 10-11. Aufführungen: Humoristische Radfahrer-Pantomime. 11/8

Türnerische Aufführungen etc. Anf. 9 Uhr. Kaffeetisch findet nicht statt. Eintritt 50 Pfg. Das Komitee.

**Arbeiter-Skathund** Berlins und Umgegend. Sonntagabend, den 28. Februar, in Cohns Festsaal, Deuthstr. 20: Großer Wiener Maskenball. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pfg. 20/306

Das Komitee. Hierzu ladet ergeht ein Die nächste Delegierten-Sitzung findet Freitag, den 6. März, abends 9 Uhr, bei 21er, Alte Jakobstr. 119, statt.

**Germania-Prachtsäle.** Chauffeestr. 103. Arnold Scholz. Chauffeestr. 103. Jeden Sonntag u. Mittwoch: Hamburger Sänger. Direktion: Otto Steidl und Wilh. Wolff. Stets wechselndes Programm. 2152

Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Jeden Donnerstag: Militär-Konzert und Familien-Kränzchen. Jeden Sonntag: Grosser Ball. von 5 Uhr ab: 8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben.

**Neues Konzerthaus** Am Alexanderplatz im Grand Hotel Täglich: Grosses Elite-Konzert. (Auser Montag und Sonnabend) Anfang 8 Uhr, (Sonntag 5 1/2 Uhr). Vereine und Gesellschaften erhalten Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen gratis. [4892] Albert Körner.

Amt IV. 1278. Creptom. Bades Volksgarten. Haltestelle d. elektrischen Strassenbahn (Simons). Jeden Sonntag: Ball. - Vereinen bestens empfohlen.

**Berliner Ressource** Kommandanten-Strasse 57. 3302\* Hochelegante Festsäle für 1000 Personen. Adolf Stein.

**Berliner Ulk-Trio.** Felix Scheuer. Stralanderstr. 1. Alhambra. Wallnertheater-Str. 15. Jeden Sonntag und Dienstag: Großer Extr. Ball bei doppelt beitem großen Orchester. Anfang 5 Uhr. [2172] A. Zameitat.

**Gesellschaftshaus** Zwillingenbergr. 12. Tägl. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Neben Sonntag: Ball. Säle für Gesellschaften, Vereine constant zu vergeben. Noch einige Sonnabende frei. 2562\*

**Scholz' Ball-Salon** Gr. Frankfurterstr. 74. Jeden Sonntag: Großer Ball. Anfang 4 Uhr. 2772\* Entree frei.

**Gesellschaftshaus „Ostend“** Weimertstraße 67. 23808

Noch einige Sonntage sow. zweiter Osterfeierling zu vergeben. G. Herzog. Café-Restaurant F. Heinisch, Dresdenerstr. 128/29. Kaffee 10 u. 15 Pfg. Gute Küche. 2 Billards, Stunde 40 Pfg., bestens empfohlen. [3082] 78. 06. 09. 18. 06. 09. 18. 06. 09. 18. 06. 09. 18.

**Sonder-Angebot** 357L\* a Meter 2,50 Mark. Von Montag bis Freitag dieser Woche bringen wir einen grossen Posten Herren-Stoffe für Anzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. zu Original-Fabrikpreisen zum Verkauf. Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland Berlin C., Rosstrasse 2.

**Braut-Hochzeit-Selbe-Ehe** Sie Selde kaufen, überzeugen Sie sich, welche bedeutenden Vorteile mein Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen an das Privat-Publikum bietet. Seiden-Damaste, schwarz, weiss, farbig von 1,20. Blusen- und Roben-Seide von 1,00. Ball- und Masken-Seide von 50 Pfg. Reinschwarze schwarze Damaste 15,00, 20,00 und 25,00 per Robe. Unerreichte Auswahl sämtlicher Seiden von den einfachsten bis elegantesten Genres. Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten. Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, jetzt nur Spandauer-Strasse 33-35, 1 Treppe, Ecke Simeon-Apotheke. 685L\* Telegr.-Adr.: Herzogsoden. Muster franco.

**Arbeiter von Artikeln für Posamenten-Engros-Geschäfte,** mittels Ihren Brief zu vergrößern, werden ersucht, Ihre Adressen mit Angabe des Artikels zu senden unter H. 1011 B. an Haasenstein & Vogler, Berlin.

## Cirkus Busch.

Sonntag, den 22. Februar 1903, nachmittags 4 Uhr: Bär und Schildwache. Höchst kom. Pantomime v. sämtl. Clowns und mehreren Damen. Abends 7 1/2 Uhr: Dahomey. In beiden Vorstellungen: Boeren, Seelöwen und Elefantenschauspiele.

**Steidl-Theater.** Linien-Druckerei 132. Druckenburger Thor. Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Urkomische Soiree der Steidl-Sänger. Neues Programm! Entree 50 Pfg. (Vorverkauf 40 Pfg.) Sperm 1 M. Täglich: Nachmittags u. Abends: Mons. Lojals Cirkus-u. Affentheater. Entree 50 Pfg., Sperm 1 M. Kinder auf allen Plätzen die Hälfte. Oberer Saal, abends 7 Uhr: Grosses Einölschofer-Konzert. 20 Ruffen. Entree 50 Pfg.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Sonntag 8 Uhr. Montag: Cavalleria schufficana. Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert, Bockbier-Fest.

**Deutsche Konzerthallen** Spandauer Brücke 3 Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei. Grosser Bock-Trübel. Um 10 Uhr abends Einz. Gambinus mit Gefolge.

**Sanssouci** Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sings. Nach jeder Soiree: Tanz-Kränzchen. Pott ist dot. Entlassensparade. Säle zu Festlichkeiten.

**Etablissement Buggenhagen** am Moritzplatz. Jeden Tag: Der schöne Max aus Franz-Budholz. Heute: Vöbierfeld. Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Sings und Tanz.

**Gratweils Bierhallen** Theater u. Variété Kommandanten-Strasse 77/79. Direktion: Carl Haverland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante februar-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ.

**Urania.** Wrangelstrasse 10/11. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel. Umfichte mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen. 2122\* C. F. Walter.



**Konfirmations-Geschenke**  
in grosser Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

**Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie.,** Königstr. 46.

Ehrenpreis und 3 goldene Medaillen für hervorragende Leistungen. Ehrenpreis und 3 goldene Medaillen für hervorragende Leistungen.

Versand gegen bar oder Nachnahme. Bruchgold wird zu Kurspreis gekauft und in Zahlung genommen.

**Neu! Internat. Arbeiter-Uhr.**

Mit 15



Uhrwerk mit 15 Abbildg. mit Aufschrift Arbeiter aller Länder vereinigt Euch zur Verteidigung Eurer Rechte und auf der Rückseite der Uhr: Wir wollen 8 Stunden zur Arbeit, 8 Stunden um uns auszuruhen, 8 Stunden um uns auszubilden. Diese neue Internat. Arbeiter-Uhr „Chronomètre du Travailleur“ ersucht sich infolge seiner kunstvollen Ausstattung mit plastischen Allegorien u. Arabesken u. seines hochfeinen präzisen auf die Minute vorzüglich regul. I. Haff. Werks der allgemeinen Beliebtheit in Hoch- u. Arbeiterkreisen u. der ungeteilten lebendigen Anerkennung. Diese Uhr ist daher nicht nur für jeden gewissenhaften Arbeiter, sondern auch für jed. Beamten, der einen unbedingt zuverlässigen Chronometer benötigen würde, unentbehrlich. Preis derselben offen mit Silber-Werk 15 M. (port- und sollet 16 M.), mit Silber-Werk 20 M., dito mit Sprungdeckel 25 M. Der hintere Deckel trägt Abbildung u. Beschriftung u. der Sprungdeckel das deutsche Reichswappen. Diese Uhr kann auch mit andern kunstvollen Dekorationen ohne Arbeiter-Aufschrift geliefert werden. Gegen Vorbestellung od. Nachnahme ausschließlich zu beziehen durch d. für d. Schweiz monopolisierte **Uhren-Gross-Versandhaus S. Kommen & Co., Basel (Schweiz).** Für jeden Ort werden Depositeure gesucht.

**H. Frey's Zahntechnisches Institut**  
Landsbergerstr. 42, I. Gegründet 1861.

Ohne jede Anzahlung. Ohne jede Anzahlung.

**Wöchentlich 1 Mark. Teilzahlung 1 Mark wöchentlich.**

Nicht ganz schmerzlos Zahnziehen ohne Narkose, 10jährige Reelle Garantie.  
aber grossmögliche Schmerzmilderung.

Um einer Täuschung des geehrten Publikums vorzubeugen, schreiben wir: **Nicht ganz schmerzlos, es wird aber unser Bestreben sein, Mittel den Schmerz soweit ein erträgliches zu mildern, dass er selbst den Schwächsten lieber ist.**

**Kein Risiko. ♦ Garantie.**

**1000 Mark**

in Worten: „Eintausend Mark“, welche ich bei einem hiesigen Notar hinterlegt habe, zahle ich denjenigen, welcher nachweist, dass ich meine im Garantieschein gegebenen Versprechungen nicht Wort für Wort halte.

**H. Frey's Zahntechnisches Institut, Landsbergerstrasse 42, I.**  
Gegründet 1861. 8-7. Geöffnet von 8-7. Gegründet 1861.  
Fahrverbindung von allen Richtungen. Fahrgehalt vergütigt. Fahrverbindung von allen Richtungen.

**J. Baer**  
Badstr. 28, Prinz-Allee Ecke Schliemannstr. 37.  
Horren- und Knaben-Moden.  
Grosso Auswahl in Palotots und Joppen.  
Elegante Einsegnungs-Anzüge in jeder Preislage.  
Allerbilligste, streng feste Preise.



**VEGETALINE**



**PFLANZENBUTTER**  
Krone aller Speisefette

Alleinige Fabrikant: Rocca, Tassy & de Roux G. m. b. H. Hamburg.

**H. Greifenhagen Nachfg.**  
Brunnenstrasse 17. (Inh.: Trapp & Morris). Brunnenstrasse 17.

**Extraverkauf wegen Erweiterungsbau.**

Alle Waren sind im Preise ermässigt mit Ausnahme weniger Artikel, bei denen eine Herabsetzung unmöglich ist.

**Blusen und Kostüm-Röcke.**

Ein Posten schwere reinesidene Taffetblusen. Wert bis 38 M., jetzt **9,75, 12,50, 14,50, 18,50 M.**

Sammetflanelblusen mit Quersäumchen, in-Qual. aparte Muster. jetzt **1,90**

Barchend-Hausblusen. jetzt **72 Pf.**

Ein Posten Kostüm-Röcke, Wert bis 21 M., Durchschnittspreis. jetzt **8,75 M.**

**Kleiderstoffe und Seidenwaren.**

Ein Posten engl. Neuheiten, schöne Melangen, mit Seideneffekten. Mtr. jetzt **85 Pf.**

Satin-Blusen-Stoffe, dopp. br. weisse durchbroch. Stoffe. **42**

Wäscheide, imit., mit Chiné-Effekten. **22**

Kleider-Barchend, selten schöne Dessins. **22**

Kleiderstoffe, orig. engl. dopp. breit, reine Wolle. **78**

Leinen mit Seide, reizende Neuheit für Blusen. **48**

schwarzer Seidenstoffe, glatt und gemustert. **1,60 M.**

**Leinen und Baumwollwaren.**

Schürzenstoffe, bunt gestreift. Mtr. jetzt **37 Pf.**

Kleider-Gingam, schöne Dessins. **33**

doppelt breit, schwere Qualität. **43**

Louisianatuch. Coupon von 10 Meter. **3,35 M.**

Hemdentuch. **17 Pf.**

Gerstenkornhandtücher, 50 cm breit, nur so lange Vorrat. **1,50**

Dimiti, ganze Breite, Meter **75 Pf.**, Kissenbreite Mtr. **50**

Züchen, 5/4 breit. **26**

extra schwer. **35**

Grosser Posten Gartentischdecken, olog. Dess. **98**

**Tischtücher und Servietten**  
besonders wohlfeil.

**Kurzwaren und Schneider-Artikel.**

Familienzwirn	12 Doochen	jetzt	10 Pf.
Halbleinenband	3 Stück		8
Schürzenband	3 Stück ca. 6 Mtr.		7
Hemdenknöpfe	Karte 3 Dtzd.		4
Wäscheknäpfe	grosse Nummern 3 Dtzd.		7
Haarhalter „Neuheit“	Wert 12 Pf.		4
Gürtelknöpfe	10 Stück		5
elegante Phantasie-Muster	12 Stück		10
Konfektionsgarn	1000 Yard-Rolle		13
Obergarn	1000 Yard-Rolle		22
Wachspnadeln	12 Stück		5
Druckknöpfe mit Spiralfeder	Wert Dtzd. 25 Pf.		15
Baumwollband	3 Stück ca. 12 Mtr.		5
Steinuss Westknöpfe	Wert Dtz. b. 25 Pf., Dtzd.		5
Rock- u. Paletotknöpfe	60 Dtzd.		10
Haken u. Oesen, alle Grössen, auch Mantelhaken, Pfund	1/2 Pfund		19
Tailfenschlösser, waschbar, m. 18 versilb. Hak. u. Oesen			8
Stahlstäbe mit Kapseln			4
Haarnadeln, gewellt. So lange Vorrat reicht Pack, 25 Stck.			3
Nadelkästchen in Metall mit Füllung			5
Kleiderschnur	Stück 6 Mtr.		5
Baumwoll- Soutache	Stück 50 Mtr.		26
Wollene	Stück 50 Mtr.		39
Sicherheitsnadeln	3 Dtzd.		5
mit Stahlkapseln	3 Dtzd.		10
Garnier- und Besatzkleiderknöpfe	Wert Dtz. bis 30 Pf.		10
jetzt Karte 2 Dtz. 5			

Ein grosser Posten Damenstrumpfhalter aus extra breitem Faltegummiband, Wert Paar 1,75, jetzt Paar **58 Pf.**

Garn-Automobile, „Neuheit“, mit 5 Rollen Maschinen-garn, Nadeln und Fingerhut. Wert 75 Pf., jetzt **27 Pf.**

Gummiband-Abschnitte, jedes Stück zu einem Paar Damenstrumpfbänder ausreichend, Wert bis 20 Pf., jetzt zum Aussuchen. **7 Pf.**

Sammet-Rockstoss in allen nur denkbaren Farben und Streifen. Meter jetzt **27 Pf.**

**Strickwolle** Wert Pfd. **2,10**  
bis 3,50, jetzt durchweg alle Sorten Pfd.

**Fertige Wäsche und Unterröcke.**

Damen-Hemden mit Spitze		68 Pf.
Stückerei, Volant	jetzt	1,35 M.
Handstickerei		1,30
Damen-Jacken in Barchend u. Dimiti mit Stickerei		1,60
Damen-Beinkleider in gutem Renforcé und Barchend mit Stickerei		1,35
Kniefagon, mit Stickerei		1,15
Herrn-Hemden, la Hemdentuch		1,30
Weisse Bettbezüge aus stark Hemdentuch, zum Knöpfen, Deckbett u. 2 Kissen		3,25
aus prima Louisianatuch, Garnitur		3,00
Bett-Tücher aus Hemdentuch		1,20
Bunte Bettbezüge Garnitur		2,95

**Baby- und Kinder-Ausstatter**  
in grosser Auswahl.

Velour-Röcke, extra stark. jetzt **1,48 M.**

Weisse Barchend-Röcke mit Languetto. **1,55**

**Weisswaren, Gürtel, Tücher.**

Elegante Damen-Vorstock-Schleifen mit Chenillepunkten	jetzt	32 Pf.
Unterrock-Spitze, schwarz, 15 cm breit		15
Seidene Ballajause in allen Farben		38
Seidene Kleiderbesätze in allen Farben Mtr.		9
Schwarze Damen-Gürtel in verschied. Façons		38
Ball-Shawls mit Seide, sehr elegant		1,48 M.
Helle wollene Taillentücher		85 Pf.

**Handschuhe und Strümpfe.**

Damen-Ball-Handschuhe, lang	jetzt	18 Pf.
Weisse Tricot-Damen-Handschuhe mit Druckknöpfen		44
Schwarzwollene Damenstrümpfe		36
Baumwollene Strumpflängen, schwarz		30

**Radfahrer-Stutzen, Wert bis 4 M. jetzt 75 Pf.**

**Galanterie und Lederwaren.**

Bilderrahmen in Visit, mit Holzlückwand	jetzt St.	5 Pf.
Glasbild „Königin Luise“, extra gross		29
Glas-Vasen, herrliche Muster		24
Hausgegen, imit. Holzbrand, mit Holzrahmen		9
Damen-Tresor-Portemonnaie m. gut. Bügel		28
Herrn-Sportbeutel, extra gross, durchaus Leder		42

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Wir verweisen auf die Annonce für die morgen stattfindende Versammlung und erwarten bestimmt zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute Sonntagabend 6 Uhr in den Arminhollen, großer Saal: Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Stadtd. Genossen Dr. Alfred Bernstein über „Öffentliche Gesundheitspflege“. Hierauf: Gefelliges Beisammensein und Tanz. Entree 20 Pf. Garderobe frei. Regge Beteiligung erwartet. Der Einberufer.

Sechster Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt. Heute, Sonntagabend 6 Uhr, findet im Jägerhaus, Schönhauser Allee 103, eine Volksversammlung statt. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Ranasse: „Berliner Missetätigkeiten“. 2. Diskussion. Nachdem gemächliches Beisammensein. Um zahlreichen Besuch ersucht. Der Vertrauensmann.

Zu Wilmersdorf findet heute abend 6 Uhr bei Witte, Berlinerstraße 40, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Pärtels einen Vortrag hält. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Wahlverein Nieder-Schönhausen, Bezirk Pantow. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr, Lindenstraße 43: Vereinsversammlung. Tagesordnung: Vorlesung. Verschiedenes.

Ober-Schöneide. Heute nachmittags 6 Uhr findet bei Kaufholt, Wilhelmshofstr. 18, eine öffentliche Versammlung statt, in der Schriftsteller Herr Wilhelm Spahr-Friedrichsagen Vortrag von Theodor Fontanes „Der Kammerrat“ hält. Nach der Versammlung: Gefelliges Beisammensein. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet. Der Vertrauensmann.

Ober-Schöneide. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Kaufholt, Wilhelmshofstr. 18, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion, Vereins-Angelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lichtenberg. Eine öffentliche Versammlung, die im besonderen für die Frauen und Mädchen bestimmt ist, findet am Dienstag in Köstlins Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 120, statt. Frau Emma Jher-Pantow spricht über die Frage: „Was erreichen die Frauen durch Beteiligung am Reichstags-Wahlkampf?“ Es wird erwartet, daß die Parteigenossen für diese Versammlung eine recht lebhaftige Agitation entfalten. Der Vertrauensmann.

Lokales.

Die Armenlädchen

haben in diesem Winter einen Julauf, wie nur je in den Zeiten des ärgsten Notstandes. Was diese Anstalten dem Armen an Hilfe bieten können, ist ja dährig genug. Wer selbst das höchst mögliche magere Suppe, das sie für die Notleidenden bereit halten, findet reichenden Absatz, und tausend Hände zugleich strecken sich danach aus.

Die Schar der Hungerigen, die sich um die Mittagzeit mit ihren vom Armenvorsteher erbetenen Suppenmarken in den Armenlädchen einfänden, setzte sich in früheren Jahren vorwiegend aus Frauen, Kindern und alten Männern zusammen. Diese brachten ihr eigenes Geschir mit und trugen in Töpfen, Kannen usw. die Suppe nach Hause, um sie dort zu verzehren. Gegenwärtig aber sind unter den Kostgängern der Armenlädchen auch die alleinstehenden jüngeren Männer, die sich ohne Arbeit und oft sogar ohne Obdach den Tag über auf der Straße umherdrücken, auffallend zahlreich vertreten, zum mindesten sehr viel zahlreicher als sonst. Vor den Armenlädchen zeugt sich's mit erschreckender Deutlichkeit, wie schwer der Arbeitsmangel in diesem Winter wieder auf einem großen Teile der Arbeiterbevölkerung lastet.

Die Armenlädchen lassen jetzt diesen arbeits- und obdachlosen Männern mehr Berücksichtigung zu teil werden als bisher. In Gemüthen dieser Leute ist eine Rennerung eingeführt worden, die im „Vorwärts“ wiederholt und seit Jahren empfohlen worden war. Früher konnten diejenigen, die kein Geschir mitbrachten, keine Suppe bekommen. Da traten dann die Obdachlosen oft mit den unmöglichsten Geschirren an, mit zerbrochenen Krügen, halben Töpfen, mit verrosteten Konservebüchsen, die sie manchmal eben erst aus einem Müllhaufen aufgeselbst hatten, usw. In solchen „Geschirren“ trugen sie ihre Suppe nach irgend einem Hausflur und tranken sie hier aus, wobei sie oft genug von einem unfreundlichen Hauswirt, einem dienstfertigen Portier oder einem peinlich berührten Mieter beim „Mahl“ gestört und auf die Straße hinausgedrängt wurden. Das ist jetzt anders geworden. Die Direktion der Armenlädchen hat für die alleinstehenden und obdachlosen Personen Schüsseln und Löffel angeschafft, und die Suppen dürfen gleich in der Stube verzehrt werden, soweit diese Platz bietet.

Noch in einer anderen Beziehung zeigt jetzt die Direktion der Armenlädchen etwas mehr Entgegenkommen. Früher wurde im wesentlichen daran festgehalten, daß ohne Karte keine Suppe gegeben werden darf. Ausnahmen wurden gemacht, aber ungeru. Ueber ließ man die etwa übrig bleibende Suppe dem Vieh vorführen. In der Nachbarschaft der Armenlädchen hat dieses Verfahren bei der Bevölkerung, die es beobachten konnte, stets großen Unwillen erregt. Aber auch das ist nun anders geworden. Wenn 1 Uhr vorbei ist und die mit Karten versehenen Armen befriedigt sind, kommen auch die anderen heran und jeder erhält seine Suppe, so lange der Vorrat reicht. Uebrig bleibt jetzt sehr selten etwas. Die Kolkereien, die mit den Armenlädchen in Verbindung stehen, bekommen fast nur noch Abfälle und ungenießbare Reste.

Es ist uns eine Freude, einmal Gutes über die Armenlädchen berichten zu können. Aber im Grunde genommen ist es recht traurig und geradezu beschämend, daß man schon diese geringfügigen Verbesserungen auf dem Gebiete der Armenfürsorge als bemerkenswerte Fortschritte buchen muß. Das kennzeichnet die Mangelhaftigkeit unserer Zustände.

„Die Volksschullehrer und die Socialdemokratie.“

In der Stadiverordneten-Sitzung vom 22. Januar war bei der Besprechung der Schularz-Vorlage unser Parteigenosse Stadtd. Dr. Bernstein auch auf die Stellung der Volksschullehrer zur Frage der schulärztlichen Aufsicht eingegangen. Er hatte dabei einen vermeintlichen Angriff der Lehrer gegen die Ärzteschaft (den Vorwurf, daß von den Ärzten die Einführung schulärztlicher Aufsicht vor allem aus eigenem, pelumiären Interesse gefordert werde) scharf zurückgewiesen und hatte seinerseits in begreiflichem Unmut eine kaum weniger unfreundliche Bemerkung über die Gesundheitswünsche der Lehrer hinzugefügt. Die Bemerkung lautete nach dem amtlichen Stenogramm: Die Lehrer sind die verhältnismäßig bestgestellten Beamtenkategorie in der Großstadt. (Hört! hört!) Ich gebe gern zu, daß wir jetzt andre Sorgen haben, als die Lehrgerechter bis ins Ungemessene aufzubessern. Die Lehrer

solten sich daran gewöhnen, nicht dem agrarischen Kammersatt nachzuahmen. (Bravo!)

Die „Freisinnige Zeitung“ hatte diese Sätze begierig aufgegriffen, hatte sie unter der dreifach verallgemeinernden Ueberschrift „Die Volksschullehrer und die Socialdemokratie“ mitgeteilt und in bekannter Unhebeligkeit sie als „bezeichnend für das Verhalten der Socialdemokratie zu den Volksschullehrern“ demüciert. Nachdenklich dann auch die „Pädagogische Zeitung“, das Vereinsorgan der Berliner Volksschullehrer, jenen Zwischenfall in einer gleichfalls nicht ganz erhellenden Weise glosiert hatte, hat sich nun der Berliner Lehrerverein zu der Sache geäußert. In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung ist nach einem informierenden Referat ohne jede Debatte einstimmig die Erklärung beschlossene worden, daß der Verein von Bernsteins Versicherungen „mit Bedauern Kenntnis nimmt“ und „die ganz unmotivierte Mahnung desselben, die Lehrer sollten sich daran gewöhnen, nicht dem agrarischen Kammersatt nachzuahmen, als eine Beleidigung der gesamten Lehrerschaft der Stadt Berlin mit aller Entschiedenheit zurückweist.“

Der Beschluß macht den Berliner Lehrern Ehre. Wir begreifen es, daß sie sich mit den in der That unerfüllbaren Agrariern nicht auf eine Stufe stellen lassen wollen. Sie sind durchaus im Recht, wenn sie es als beleidigend empfinden, mit dieser Sippschaft verglichen zu werden. Anerkennung verdient zugleich die Unparteilichkeit, mit der sie die ganze Angelegenheit behandelt haben. Weder die unerschütterliche Demuciation der „Frei. Ztg.“ noch die zweideutigen Glossen des Lehrersblattes haben einen Wiederhall in der Versammlung gefunden. Der Referent hob selber hervor, daß die von Bernstein vorgetragene Ansicht „sich schwerlich mit den Anschauungen seiner Parteigenossen deckt“. Auch die „Päd. Ztg.“ hatte die Ausführungen ihres Genossen nicht „der socialdemokratischen Partei in die Schuhe schieben“ wollen, hatte aber hinzugefügt: „Auffallend ist ja, daß von seinen Fraktionsgenossen niemand gesagt hat, es handle sich da um die Meinung lediglich der einen Person, des Stadtverordneten und Arztes Dr. Bernstein. Auffallend ist auch das „Hört, hört!“ und das „Bravo!“; doch verzeichnet das Stenogramm natürlich nicht die Stellen, von denen jene Jurafe ausgingen.“ Von unsren Parteigenossen hat deshalb niemand mehr zu der Sache sprechen können, weil unerwartet die Debatte geschlossen wurde. Was aber das zustimmende „Bravo“ angeht, so ist es aus den Reihen der Freisinnigen gekommen. Nach Schluß der Debatte hat Genosse Bernstein von freisinnigen Stadtverordneten auch privatim noch Lobeserhebungen einstecken müssen, wodurch ihm allerdings sofort klar wurde, daß er doch wohl auf einen falschen Weg geraten war.

Die Kranken des südlichen Obdachs. Die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Kommissionen wegen Entlastung des städtischen Obdachs von Hospitaliten, deren gegenwärtig achtzig dort untergebracht sind, sowie von Insassen der Geschlechtskranken-Station hat endlich dahin geführt, daß die Verwaltungen der Krankenhäuser sich bereit erklärt haben, die nicht von der Polizei überwiesenen Syphilitiden in das neue Krankenhaus in der Seefrucht aufzunehmen; auf keinen Fall will man aber die Prostituierten haben, es soll für diese Kategorie in der Probelsstraße ein besonderes Krankenhaus gebaut werden. Das Sanatorium stellt einen dementsprechenden Antrag. Es wird alsdann diese nicht zum Obdach gehörende Abteilung der Krankenhausverwaltung unterstellt. Für die Hospitaliten soll in Kummelsburg auf den Arealen des Arbeitshauses ein Neubau errichtet werden, sobald das Arbeitshaus der Kanalisation angeschlossen ist. Bis zu dem Zeitpunkt, wo dieses Gebäude fertig ist, soll als Notbehelf in oder bei Berlin ein Haus für etwa 150 Hospitaliten gemietet werden und zwar spätestens am 1. Oktober d. J. Bis dahin glaubt man sich bei der im Sommer eintretenden schmerzhaften Belegung des Obdachs und durch Aufstellung einer Parade neben dem Obdach auf der Seite der Gasanstalt für männliche Geschlechtskranke helfen zu können.

Der Magistrat hat den Oberstadtssekretär Christian zum Bureauvorsteher bei der Deputation für die südlichen Sanationswerke, den Registrarssekretär Hoffmann zum Bureauvorsteher bei der Deputation für die Gaswerke und den Sekretär Dammberg zum Bureauvorsteher bei der Deputation für die Wasserwerke gewählt.

Ein Damentag im Zeichen des Tierstuhles. Einen erregten Verlauf und ein vorzeitiges Ende nahm die Generalversammlung des deutschen Tierstuhls-Vereins, welche Freitagabend im Bürger-saale des Rathauses stattfand. Im Anschluß an den vom Freiherrn von Hülsenfeld erstatteten Jahresbericht brachte der Vorsitzende, Herr Generalmajor z. D. Köring, einen Brief der Frau Witt Lehmann-Hallisch zur Verlesung, in welchem die Dame mitteilt, daß sie ihre Schuld dem Verein entgegenbringe, falls der bisherige durch den Vorstand gewaltsam des Amtes enthobene Vorsitzende des Tierdepots, Herr Oberlehrer Reunzig, wiedergewählt würde. Es kam infolgedessen zu sehr erregten Debatten, nachdem ein Redner die Verlesung des Briefes als ein Wahlmanöver bezeichnet hatte. Herr Oberlehrer Reunzig machte darauf aufmerksam, daß er sich die Feindschaft der Frau Lehmann-Hallisch zugezogen habe durch ein von ihm in einer Wochenschrift veröffentlichtes Feuilleton, dessen Inhalt der Vorsitzende, Herr General Köring, voll und ganz gebilligt habe. Es folgten sodann die Verlesungen der Jahresberichte des Tierdepots und Tierstuhls und in der sich hieran anschließenden Debatte kam es wiederum zu erregten, oft stürmischen Szenen. Herr General Köring wies darauf hin, daß in dem Tierdepot bedeutende Schulden verursacht worden seien, unter anderem in dem Vorjahre 5000 M. und in dem verflorenen Geschäftsjahre 2000 M., und daß Herr Oberlehrer Reunzig die Klarlegung der Kassenzustände abgelehnt habe. Aus diesem Grunde habe die Amtsenthebung des Herrn stattgefunden. Herr Reunzig gab zu, daß die genannte Schuldenlast tatsächlich besonders unter Einwirkung der Hundesperre verursacht sei, daß er aber niemals eine Abrechnung verweigert habe. Kassenevisoren, Schatzmeister und Vorstand haben die Bücher zur Einsichtnahme stets zur Verfügung gestanden, er habe auch dem Vorstande eine Uebersicht über die Kassenzustände unterbreitet, sei jedoch durch seine Amtsenthebung, welche drei Tage nach einem ihm von demselben Vorstand erteilten Vertrauensvotum erfolgte, an der Vorlegung des genauen Kassenerichtes gehindert worden. Er habe sich nur dem distatorischen Auftreten des Generals gegenüber ablehnend verhalten. Es folgte ein Antrag auf Schluß der Debatte, wobei, da der Vorsitzende die Vornahme der Gegenprobe verweigerte, die Abstimmung aber sehr zweifelhaft war, es abermals zu minutenlang anhaltenden stürmischen Szenen kam. Nur mit Mühe konnte der Kassenericht vom Schatzmeister gegeben werden. Die Revisoren erklärten in ihren nachfolgenden Berichten, daß sie die Bücher des Depots und Hülsenfeld in bester Ordnung gefunden hätten. Dagegen ließe die Buchführung des Bureau zu wünschen übrig. Auch die Vereinsliste war in Ordnung, dagegen wurde von den Revisoren die Verwaltung des Mooreschen Legats beanstandet, weil die Gelber nicht den Testamentsbestimmungen gemäß angelegt und die Zinsenverbuchung nur 1300 Mark statt, wie früher, 2100 Mark betrage. Sie erklärten, Antrag auf Deckung-Erteilung nicht stellen zu können. Ein Antrag auf Jettellabstimmung hierüber wurde vom Vorsitzenden zunächst abgelehnt, dann erklärte er aber, daß Stimmzettel nicht vorhanden wären und er in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit Schluß der Sitzung beantragte. Diejenigen, die für Schluß der Sitzung seien, sollten die Hute aufsetzen. Da aber die anwesenden Damen, die beinahe alle Hute in Sälen nicht abnehmen, nicht schnell genug die Kopfbedeckung entfernen konnten,

hob der Vorsitzende, unter stürmischen Protesten der Majorität, die Generalversammlung auf.

Der Magerviehhof in Friedrichsfelde wird, wie die Centrale für Viehverwertung mitteilt, noch in diesem Sommer eröffnet werden. Die Arbeiten sind soweit vorgeschritten, daß die Rohbauabnahme der meisten Gebäude jetzt stattfindet. Der Markt dürfte der größte Magerviehmarkt in Norddeutschland werden, besonders da auch sämtliche Händler sich endgültig entschlossen haben, diesen Markt zu beschicken. Die Hypothek von 2 000 000 M., welche die Regierung der Genossenschaft gewährt hat, soll dazu dienen, auf diesem Markte in determinierter Beziehung einwandfreie Zustände zu schaffen. Der Provinzialrat dürfte deshalb kaum geneigt sein, in oder bei Berlin weitere Konzessionen für Viehmärkte zu geben. Die Hoffnung der Kummelsburger Grundbesitzer, den Kummelsburger Gänsemarkt noch längere Zeit behalten zu können, beruht, wie es heißt, auf falschen Voraussetzungen. Es sollen vielmehr jetzt auch für Viehmärkte in den Provinzen die gleichen Bedingungen gefordert werden, wie sie für den Magerviehhof in Friedrichsfelde von der Regierung vorgeschrieben wurden, nämlich geordnete An- und Abfuhrgeleise, zwischen welchen der Marktplatz nebst den Stallungen liegt. Die für den Viehhofsbau nötigen Mittel sind von der Centrale für Viehverwertung vor Inangriffnahme der Bauarbeiten dem Staate gegenüber sichergestellt worden.

Morgenpost und Postregal. Die „Berliner Morgenpost“ wurde bis zum Sommer v. J. nach Fürstentwalde und Frankfurt a. O. in der Weise befördert, daß der Expedient Keller die Exemplare halleweise als Postgiertgut mitnahm. Einen Teil, den für Fürstentwalde bestimmten, nahm er mit in das Coupee, den andern gab er als Gepäck auf. Nachdem er sich in Fürstentwalde der für diesen Ort bestimmten Exemplare entledigt, nahm er einen Teil der im Gepäckwagen befindlichen Pakete der Expedition wegen zu sich ins Coupee. Hierin hat die Postbehörde eine Beleidigung des Postregals erblickt. Nach den genannten Orten darf die Zeitung nur durch die Post oder durch erpressene Boten befördert werden. Als erpresser Vote wurde aber der Expedient Keller nicht angesehen. Das Schöffengericht hat deshalb ihn und den Expeditionschef Großkopf zu je 15 671.32 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die Berufung des Staatsanwalts änderte das Landgericht Frankfurt a. O. am 10. September v. J. das Urteil dahin ab, daß die Strafe für jeden der beiden Angeklagten auf 25 030 M. festgesetzt wurde. Im Urteil heißt es: Keller war kein erpresser Vote, da durch Aufgabe bei der Eisenbahn die Ballen während der Fahrt der Aufsicht und Uebert der Boten entzogen waren. Als Strafe wurde der vierfache Betrag des hinterzogenen Portos festgesetzt. Eine ziffermäßig genaue Festlegung des Portos war nicht möglich, da nicht feststeht, wieviel Exemplare verkauft worden sind. Aber mit Hilfe der Post hat das Gericht die genaue Anzahl der an je einem Tage jedes Monats versandten Exemplare ermittelt und dann diese Tageszahlen als Minimum angenommen. — Die Revision der beiden Angeklagten kam gestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Es wurde angeführt: Großkopf kommt nicht als Person, welche die Zeitung verkauft hat, in Betracht. Die Expedition einer Zeitung ist ein Zweig des Verlagsgeschäftes, also eine Thätigkeit des Verlegers. Keller nahm an, daß er als erpresser Vote anzusehen sei. Das war er auch nach einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts. Da das hinterzogene Porto nicht genau festgesetzt werden kann, so konnte nur auf die niedrigste Strafe, nämlich 3 M., erkannt werden. Keinesfalls gehört auch das Postgeld zum Porto. — Der Reichsanwalt beantragte jedoch die Verurteilung der Revision und erwähnte, daß das Reichsgericht in einem ganz gleichen Falle auch angenommen habe, daß es sich nicht um einen erpressen Vote handele. Der Zeitungverleger könne der Referendär sein, müsse es aber nicht sein. Im vorliegenden Falle sei Großkopf mit der Verurteilung beauftragt gewesen. Die Bestellgebühr sei ein Bestandteil des Portos, das Gericht habe also mit Recht auch das Postgeld bei der Ausmessung der Strafe berücksichtigt. Auf 3 M. müsse nun dann erkannt werden, wenn die berechnete Strafe weniger als 3 M. betragen würde. — Das Reichsgericht trat diesen Ausführungen bei und verwarf die Revision.

Ordnungskampf gegen Anarchisten. Die Anarchisten Köhr und Steinbader sind in der Nacht zum Dienstag von Beamten der politischen Polizei verhaftet worden. Im Anschluß an diese Verhaftung fanden bei verschiedenen Berliner Anarchisten Hausdurchsuchungen statt. Während Steinbader wieder entlassen worden ist, wurde sein Schicksalsgenosse Köhr in Haft behalten. Ueber die Gründe zu diesen Maßnahmen konnte bisher nichts Bestimmtes ermittelt werden. Auch der kürzlich wegen Beleidigung von Irminaldbeamen verurteilte Redakteur des „Neuen Lebens“, Gladisch, hatte eine gerichtliche Vernehmung wegen der Behauptung, Beamte der Berliner Polizei hätten sich Privatpersonen gegenüber freiwillig zu Auskünften über Anarchisten erböteten. Das Blatt wiederholt diese Behauptung und fordert die Staatsanwaltschaft auf, dieserhalb Anklage zu erheben.

Die Erfahrung zweier Jahrzehnte hat gezeigt, daß die anarchistische Weltanschauung keinen Boden im Volke findet, und so kann die Polizei in diesem Kampfe nur die Aufgabe erfüllen, die ihr sonst von der Geschichte wirklicher Volksbewegungen gegenüber vorzuziehen ist. Während jede ordnungstreibende That, die gegen die Socialdemokratie unternommen wurde, der Verbreitung unsrer Lehren förderlich war, leiden die Anarchisten unter dem tragischen Geschick, daß selbst Polizeimaßregeln und harte Richterprüche ihnen nichts nützen.

Wertwürdige Weichheiten über das Anreicher- und Schleppeiwesen in Berlin veröffentlicht der Schutzverband der Weichheits-Industriellen. Danach hat sich in Berlin ein förmlicher Stand von Anreichergehilfen herausgebildet, die recht gut von den eigentlichen Anreichern bezahlt werden. Sie werden „Schlepper“ genannt und um bei dem laufenden Publikum nicht bekannt zu werden, wechseln sie allwöchentlich ihre Stellung und verschwinden in entgegengesetzte Stadteile. So weih der Schutzverband der Weichheits-Industriellen von einer Anzahl Anreicher zu berichten, die ihre Gehilfen vor Läden der Konkurrenz placieren. Sobald Kunden den Laden des Konkurrenten betreten, tritt der Anreicher bis an die Ladentür und winkt, sobald der Kunde einmal durch das Thürfenster zur Straße hinausgeht, so lange und auffallend, bis der Käufer, der da glaubt, daß der anständig gekleidete Herr da draußen ihn sofort sprechen wolle, seinen Einkauf abbricht und hinausgeht. Im nächsten Augenblick wird er von dem Anreicher unter dem Vorgeben, ihm eine wichtige Mitteilung machen zu müssen, in die Nähe des Anreicherladens geschleppt und muß dort nolens volens kaufen. Dasselbe Manöver wird auch ausübt, wenn der Kunde vor dem Schaufenster eines Geschäftes steht. Eine besondere Junst bilden die Anreichergehilfen als „Bettelverteiler“. Während sie dem ahnungslosen Opfer die Geschäftsempfehlung des Anreichers übergeben, warnen sie vor dem Besuch des Konkurrentenladens, weil es dort nicht recht zugehe. Geradezu verbrecherisch erscheint die Geschäftshandhabung einer Damentonfellions-Firma in der Hofenhalerstraße. Aus dem reichhaltigen Sündenregister giebt der Schutzverband folgende Fälle an. Einer in den Laden „geschleppten“ Frau wurde, obwohl sie erklärte, kein Geld bei sich zu haben, ein Ladenhüter aufgebracht und zur Sicherheit für die spätere Zahlung der Trauring abgenommen! In einem andren Falle wollte eine Frau, die „angeriffen“ worden war, nicht sofort laufen. Sie erklärte gleichfalls, nicht genügend Geld bei sich zu haben. Daraufhin forderte der Anreicher eine Einschreibgebühr von 50 Pf. mit der Bemerkung: „Sie können uns doch nicht zum Vergnügen mit Ihnen auffallen!“ — In einer Versammlung im Altstädter Hof will der Schutzverband am Mittwoch gegen das Unwesen Stellung nehmen.

Der Städter hielt Freitagabend in der Tonhalle einen „Socialpolitik, Socialdemokratie und Judentum“ benannten Vortrag. Die

eigentümliche Stellung des Herrn Hofpredigers zur Wahrheit trat auch in der Wahl des Vortagesstoffs hervor, denn statt von den drei auf den Antikundigen bezüglichen Dingen zu reden, schalt Stöder weiblich auf den freisinnigen Abgeordneten Leuzmann los, weil dieser ihm im Reichstage ins Gehege gefahren ist. Die Ausführungen des Ehrenmannes wurden häufig von den im Saale anwesenden Sozialdemokraten entsprechend glossiert.

**Der Kampf gegen die Salamiwurst.** Eine italienische Salamiwurst bildete den Gegenstand eines längeren interessanten Prozesses, der jetzt auch das Kammergericht beschäftigt. Ein Berliner, Namens Reuendorf, der im vorigen Jahre nach Italien gereist war, hatte sich dort auch eine Salamiwurst gekauft. Da ihm die Wurst nicht schmeckte, packte er sie ein und sandte sie an seine Adresse in Berlin für seinen Hund. Als Reuendorf nach Berlin zurückkehrte, wurde ihm auf Grund des Reichs-Fleischbeschaugesetzes der Prozeß gemacht, da dieses Gesetz das Einführen von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch verbietet. Während das Schöffengericht den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe verurteilte, erkannte das Landgericht auf Freisprechung, da der Angeklagte nicht gewerbetreibend gehandelt und auch nur eine Wurst eingeführt habe; das Obergericht aber von Würsten. Auf die Revision der Steuerbehörde hob aber das Kammergericht, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ mitteilt, die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Landgericht mit der Begründung zurück, die fragliche Bestimmung sei im Interesse von Leben und Gesundheit ergangen. Es genüge, daß eine Wurst eingeführt werde; unerheblich sei es, ob die Wurst gewerbetreibend eingeführt worden und ob die Wurst lediglich für den Hund des Angeklagten bestimmt gewesen sei.

**Bankier Friedrich Burghalter** in Potsdam wurde Freitagnachmittag auf dem dortigen alten jüdischen Friedhofe in dem Familien-Erdbegräbnis in aller Stille zur letzten Ruhe bestattet. Nur das Personal der Firma und einige nähere Bekannte des Verstorbenen hatten sich eingefunden. Dagegen waren, größtenteils von auswärtig, mehrere prächtige Kränze eingegangen. Gewissermaßen als Entschuldigend für den Verstorbenen führt man an, daß er keine kleinen Leute, sondern nur hochgestellte Personen bei seinen Verantrugungen hineingelagert hat. Zu den Geschädigten gehört Prinz Albert von Schleswig-Holstein, der zum englischen Königs- und zum deutschen Kaiserhofe, in verwandtschaftlicher Beziehung steht und als Rittmeister im Leib-Garde-Husaren-Regiment dient. Er hatte 18 000 M. bei dem Bankier Burghalter deponiert. Noch empfindlicher geschädigt ist der Kammerherr der Prinzessin Friederich Leopold von Preußen, Ulrich von Trotha. Er hatte bei Burghalter ein Depot von 170 000 M. Der Schwiegersohn des Verstorbenen, Professor der Malerei M. Koch, verlor 150 000 M. Dazu kommen die unterschlagenen 200 000 M., die Burghalter als Vormund des einmündigen Piegelschloßbesizers W. Fröge aus Werder a. S. zu verwalten hatte. Die Potsdamer Kreditbank, Aktiengesellschaft, ist nur um etwa 50 000 bis 60 000 M. geschädigt. Der langjährige Prokurist Gladow, der selber ein Vermögen von 250 000 M. haben soll, behauptet, daß er von den Verantrugungen seines Chefs nichts gewußt hat, weil dieser häufig nach Schluß des Geschäftes allein im Comptoir arbeitete.

**Der Abriss der alten Alexander-Kaserne** gegenüber der Magazinstraße wird nun endlich erfolgen. Den Mietern des Gebäudes ist zum größten Teil per 1. April gekündigt worden, da sofort nach diesem Termin mit dem Abriss des Hauses begonnen werden soll. Allerdings wird nicht das ganze Gebäude, sondern zunächst nur ein Teil niedergelegt werden und zwar diejenige Front, die in dem stumpfen Winkel der Alexanderstraße belegen ist, und woselbst eine Verbreiterung des Straßenzuges sich als notwendig herausgestellt hat. In Verbindung hiermit dürfte die Durchführung der Magazinstraße bis zur Dirschstraße erfolgen. Die andre Hälfte des Kasernengebäudes wird allem Anschein nach trotz der Proteste der Bürgererschaft noch längere Zeit erhalten bleiben, wie daraus hervorgeht, daß er neu abgeputzt ist.

**Rechtsanwalt Lieblich.** Die Strafkammer hat gestern vormittag den Haftbefehl gegen den Rechtsanwalt Max Lieblich, der in der Angelegenheit der angeblich gefälschten rumänischen Rentenscheine stark belastet erscheint, abgelehnt. — Auch der Schwager des Rechtsanwalts, der Kaufmann Covo aus Rumänien, ist in der Angelegenheit der rumänischen Rentenscheine verhaftet worden.

**Ein leeres Nest hinterlassen** hat ein feiner Hochstapler, der in der Reichshauptstadt wieder eine Gastrolle gegeben hat. Nach der Beschreibung ist er der der Polizei wohlbekannte Kolporteur, Schriftsteller, Journalist und früherer Eisenbahnbeamte Hoffe. Als Dr. jur. oder Hauptmann v. Grabow, Dr. jur. Kurt v. Bergmann, Baron v. Hayden, Kurt v. Alvensleben, Graf Fiedland v. Völlen, Graf Hintenstein, Freiherr v. Bobeneck, Dr. Schweizer und als Graf Oldendorf und unter anderen Namen ist er in Dresden, Prag, Brünn, Wien und Leipzig aufgetreten und zuletzt von Dramenburg nach Berlin gekommen. Er pflegt sich mehrere fein eingerichtete Zimmer zu mieten und unter einem vornehm klingenden Namen aus Geschäftshäusern Waren verschiedener Art dorthin zu bestellen. Die Geschäftsinhaber wagen nicht, einem so feinen Kunden gleich mit der Rechnung auf den Hals zu rücken, warten ab und erstatten erst Anzeige, wenn der Vogel bereits ausgeflogen ist. Die eingelaufenen Bestellungen werden natürlich sofort zu Geld gemacht, und die vertrauensvollen Geschäftskunden haben das Nachsehen. Hier in Berlin hatte H., dem man nicht ansieht, daß er vor nicht langer Zeit die Maxen des Judenhauses hinter sich gelassen hat, in der Charlottenstraße als Graf Oldenburg eine Wohnung bezogen und verschiedene Betrügereien ausgeführt. Als er annehmen mußte, daß die Geldsäcke der Geschäftsleute zu Ende sei, wandte er der Reichshauptstadt den Rücken, und die Polizei fand den ledernen Vogel ausgeflogen.

**Zu einem gefährlichen Zusammenstoß** kam es Sonnabendabend 7 Uhr in der Ullandstraße zu Wilmersdorf zwischen einem Lastwagen der Firma Bernbard zu Steglitz und zwei elektrischen Kraftwagen der Linie Wilmersdorf-Spandauerbrücke. Der Straßenbahnwagen fuhr mit voller Kraft auf den Lastwagen los, als dieser das Gefährte freute; während das Führerpedal zur Seite geworfen wurde, kam ein elektrischer derselben Linie von der entgegengesetzten Richtung gefahren und zerkümmerte den Lastwagen vollends. Auch die beiden Kraftwagen erlitten erhebliche Beschädigungen und mußten außer Dienst gestellt werden. Zum Glück blieben Fahrer und Fahrgäste unverletzt.

**Der „Galanteriewaren-Händler“ Albert Zeibig** vom Tempelhofer Berg 3. dessen Verhaftung wegen Verbreitung unsittlicher Bilder und Schriften seiner Zeit gemeldet wurde, hat jetzt den Lohn für seine Taten erhalten. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und in Arbeitstadt seiner Vermögenslage und der Strafhöhe gleich in Haft genommen. Zeibig, der die unerlaubten Sachen in Kisten auf dem Boden verpackt hielt und an kleinere Händler abgab, wurde nach der Verhaftung, weil kein Rückverdracht vorlag, auf freien Fuß gesetzt. Kaum war das geschehen, so versuchte er, durch „Berichtigungen“ sich als eine verfolgte Unschuld hinzustellen.

**Ein Kind verbrannt.** Die zweijährige Tochter des Steppers Dulve, Spatzstr. 6, wurde vorgestern mittag von der von einem kurzen Auszuge heimkehrenden Mutter mit schweren Brandwunden am ganzen Körper tot aufgefunden. Die Kleider des Kindes haben vermutlich beim Spielen mit Streichhölzern Feuer gefangen.

**Zur Erweiterung und Ergänzung des Abwasserkanals** der städtischen Gaswerke ist der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage des Magistrats zugegangen. Für 1903 werden rund 1 800 000 Mark zu diesem Zweck von den Gaswerken verlangt.

**Im Circus Schwann** ist Looping the Loop dieser Tage zum 100. Male dem Publikum vorgeführt worden. Nach einigen Tagen soll eine neue Sensation an Stelle des kühnen Abfahrers treten;

Dr. Diabola tritt nur noch bis zum 28. d. M. auf. Heute wird in der Nachmittags-Vorstellung Pierrots Weihnachtsen gegeben.

**Die Papageien-Sammlung des Berliner Zoologischen Gartens** ist um einige seltene Arten bereichert worden. Aus Polynesien ist ein Fidschi-Sittich, *Pyrrhulopsis tabuensis*, eingetroffen, ein ziemlich großer Plattschweif-Sittich mit auffallend dunklen schwarzen Schmelz, schwarzlichem Gesicht, braunrotem Kopf und Leib und grünem Rücken. Er bewohnt die Tonga- und Fidschi-Inseln. Ferner hat sich auch die prächtige Sammlung von südamerikanischen Papageien wieder um zwei hübsche Arten vermehrt, den Weißschwanz-Sittich, *Protogerys virescens*, und den Goldkopfs-Sittich, *Protogerys tui*. Beide sind grün, der erstere ist durch blaue Flügel Wangen, gelbe Armbänder und einen weissen Fleck auf den Flügeln ausgezeichnet, der letztere hat die Stirn, den Scheitel und einen Strich unter dem Auge gelb.

**Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin O. S.“** spricht Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Architektenklub, Saal B, Herr Professor Dr. Kobland über „Gesundheitspflege während der Schwangerschaft“. Gäste sind willkommen.

**Im wissenschaftlichen Theater der Urania** wird von Anfang März ab zweimal in der Woche ein neuer Vortrag von Professor Dr. C. Müller: „Durch Wald und Flur“ veranstaltet. Der bildliche Teil besteht aus Photographien in natürlichen Farben, die nach dem Aufnahme-Verfahren des Professors Riecke in ausgezeichneter Vollendung hergestellt sind. In den übrigen Tagen der Woche wird der neue dekorative Vortrag „Das Land Tiro“ mit seinen prächtigen Scenerien aus der Hochgebirgswelt wiederholt.

**Feuerbericht.** Die letzten 24 Stunden brachten nur wenig Alarmierungen. In der Nacht zum Sonnabend wurde die Wehr nach der Alexandrienerstr. 120 gerufen, weil hier um Mitternacht auf nicht ermittelte Weise in einem Keller Feuer ausgebrochen war, das allerlei Gerinpel, Kisten, Verpackungsmaterial etc. ergriffen hatte. Die Wehr hatte dort über eine Stunde zu thun. Auch in der Köpenickerstr. 77/78 hatte die zweite Compagnie lange zu thun. Hier war Sonnabendvormittag in einer Wädelerei Brennmaterial, Fett, alter Sandstr. in Brand geraten, der bei Anbruch der Wehr schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. In der Strahmannstraße 14 gingen Freitagabend Kleiderstücke und Möbel in einer Wohnung in Flammen auf, die aber noch im Keime erstickt werden konnten. Außerdem hatte die Wehr noch in der Potsdamerstr. 27a mit der Ablösung eines Brandes zu thun, der in der Hauptstraße Boden und Wäschestücke beschädigte.

## Aus den Nachbarorten.

**Der 11. Schöneberger Volks-Unterhaltungsausschuß** (Leitung: Herr Garzen-Müller) Sonntag, den 22. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in der Hohenzollernschule in ein Franz Schubert-Abend. Mitwirkende sind: Frau Helene Großer, Fräulein Schot und Herr A. R. Garzen-Müller (Gesang), Frau Anna v. Pilgrim (Violine), Fräulein Marie und Herr Oscar Jankowski (Klavier).

**Was Berlin recht ist, ist Steglitz billig.** Leidet die Hauptstadt unter dem Nebel der Theaterzensur, so ist gar nicht einzusehen, warum Steglitz nicht auch daran glauben soll, und so hat denn der neue Amts- und Gemeindevorsteher B u r o w sich überaus glücklich damit eingeführt, daß er der Dramatischen Vereinigung am Orte verbietet, den Einakter „Er“ von Reimier aufzuführen, obgleich das Stück im Velealliance-Theater zu Berlin 150mal gegeben worden ist. Durch das Stück soll, nach dem gewiß verlässlichen Kunsturteil des Steglitzer Polizei-Obersten, eine Gefährdung der guten Sitten des Ortes zu befürchten sein. Der Amtsvorsteher hat ferner einen dreizehnköpfigen Schauspielertrupp den Ort gegeben, von der geplanten Aufführung von „Moma Banna“ abzuweisen, da auch die Aufführung dieses Werkes polizeilich indiziert werde. Nicht etwa weil ein Mangel an Leistungsfähigkeit bei den Darstellern zu befürchten sei, sondern ebenfalls wegen der Steglitzer Sittlichkeit. Die Dramatische Vereinigung plant eine Beschwerde und erhofft sogar einen Krug davon.

**Romanes.** Schon seit langem wird von den hiesigen Einwohnern über die schlechte Eisenbahnverbindung mit Berlin geklagt; diese Klage ist umso berechtigter, weil hierorts nur die Züge der Stadt- und Naumbachbahn halten, während auf der eine halbe Stunde entfernten Station Naumbach, einer Villenkolonie mit einigen Tausend Bewohnern, nicht nur sämtliche Vorortzüge, sondern auch Fernzüge halten. Dieser Unbefriedenheit machte sich besonders in den Morgen- und Abendstunden für die vielen in den Berliner Vororten beschäftigten hiesigen Arbeiter fühlbar. Das Gewerkschaftsfakultät nahm daher Veranlassung, eine Petition an die Eisenbahn-Direktion zu senden, in welcher bestimmte Vorschläge gemacht waren, wie diesen Unbefriedenheiten abzuhelfen sei. Die Eisenbahn-Direktion sandte darauf vor kurzem einen Vertreter nach hier, welcher mit dem Vorsitzenden des Komitees Rücksprache nahm und erklärte, daß es möglich sein würde, je einen Extrazug des Morgens zwischen 6 und 7 Uhr von Potsdam nach Berlin und abends gegen 6 Uhr von Berlin nach Potsdam abzulassen, welcher in Romanes halten soll. Hoffentlich giebt die Eisenbahn-Direktion recht bald ihre Zustimmung zu dieser in Aussicht genommenen Verkehrsverbesserung, womit der Arbeiterschaft sehr gedient wäre.

**Ueber Goethe und Schiller** hält Herr Regisseur Dr. Max Albertin heute nachmittag 5 Uhr auf dem im Volkshaus zu Charlottenburg stattfindenden Ausflugsabend einen einleitenden Vortrag, dem ein sorgfältig zusammengestelltes Programm folgt. Der Eintrittspreis ist 25 Pf.

**Bedienstetenachweis.** Der Magistrat von Charlottenburg teilt mit: In der Lehrstellenvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Ergänzungsbeitrag in ständiger Verbindung steht, ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung gelangenden Schulkinder zur frühzeitigen Angabe ihres Berufs veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Michaelis 1903 eine Lehrstelle als Schlosser, Gärtner, Schreiber, und Kunstmalerei usw. suchen. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die bereit sind, solche Dienststellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg (Kirchstr. 5) ist für beide Teile unentgeltlich.

**Nummelsburg.** Mit der Wahl der Schuldeputation hatte sich die letzte Gemeindevorsteher-Sitzung zu beschäftigen. Es wurden gewählt die Herren Frey, Riedel und Bohland, während unser Genosse Ritter in der Minderheit blieb. Die im hiesigen Rathaus eingerichtete Gasheizung soll wegen ihrer Kostspieligkeit beseitigt werden; dafür will man eine Niederdruckdampfheizung herstellen; die Kosten der Einrichtung sind auf 10 000 M. veranschlagt, doch soll gegenüber der Gasheizung eine jährliche Ersparnis von 2000 M. zu erwarten sein. Ebenfalls wurde die Vergrößerung der Räume für die höhere Mädchenschule beschlossen. Infolge der Neupflasterung sämtlicher Straßen unfern des Ortes waren durch einen früheren Beschluß der Vertretung die Grundbesitzer verpflichtet worden, eine Regulierung der Bürgersteige vorzunehmen, doch sollte denjenigen Besthern, deren Trottoirer den bisherigen Anforderungen entsprach, von Seiten der Gemeinde die Hälfte der Baukosten erstattet werden. Trotz dieses Entgegenkommens der Gemeinde herrschte große Aufregung unter den Herren Hausbesitzern und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um diesen Be-

schluß illusorisch zu machen. Jetzt will der Gemeindevorstand den Besthern noch einen Schritt weiter entgegenkommen; er unterbreitete der Vertretung den Antrag, den Besthern von Erdgrundstücken statt der Hälfte zwei Drittel der Kosten zu erstatten. Dieser Antrag gab einigen Vertretern Gelegenheit, ihrem Woll gegen den Beschluß noch einmal Lust zu machen; von unserer Seite wurde der Antrag des Gemeindevorstandes bekämpft unter dem Hinweis, daß Erdgrundstücke ungewißfalls einen höheren Wert haben und daher ruhig die Kosten tragen könnten. Mit 9 gegen 8 Stimmen wurde der Antrag des Gemeindevorstandes jedoch angenommen. Auf Anregung unferer Vertreter in der Gesundheitskommission wurde ein Antrag, die Desinfektion von Wohnungen bei ansteckenden Krankheiten kostenlos auszuführen, einstimmig angenommen. Zur Pflasterung der Holsteistraße an der neuen Schule in Vorhagen wird die Ausgabe von 12 600 M. genehmigt. Zum Schluß nahm der Vorsitzende noch Anlaß, auf die Bestrebungen eines Teils der Vorhager Anlieger hinzuweisen, welche die Einberufung von Vorhagen in Berlin befürworten. Die Vertretung erklärte diesen Plan unter den jetzigen Verhältnissen für undurchführbar, doch nahmen unter Genossen Gelegenheit, für die nächste Sitzung einen Antrag anzukündigen, wonach das Projekt, in Verbindung mit Lichtberg das Stadtwort zu erwerben, zur Besprechung kommen soll. Nach dem Ausweis des kaiserlichen Gesundheitsamtes hat Nummelsburg unter den Orten über 15 000 Einwohner die höchste Sterblichkeitsziffer mit 24,7 pro 1000; es müßte daher als der ungeündigste Ort gelten. Beeinflusst wird diese Ziffer jedoch durch das Bestehen des Waisenhauses sowie des Korrektilions- und Arbeitshauses der Stadt Berlin am hiesigen Orte, welche eine umgekehrt hohe Zahl von Sterbefällen aufweisen. Nach dem Abzug dieser Ziffern können die Sterblichkeitsverhältnisse auch hier als normal gelten.

**Zehlendorf.** Wie in der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung mitgeteilt wurde, soll nun endlich nach länger als zweijähriger Vorbereitung die Fortbildungsschule am 1. April eröffnet werden. — Nach vernünftige Ansichten äußerte Gemeindevorsteher Baumeister Janide in der betreffenden Sitzung, als auf einen Vorschlag des Gemeindevorstehers, auf dem Bauplatz des Gymnasiums eine Kantine für die Arbeiter zu errichten, der Wunsch geäußert wurde, diese Kantine ja an einen Zehlendorfer zu verpachten. Herr Janide meinte, man solle hierbei Wert darauf legen, daß die Kantine von dem eignen Pächter bewirtschaftet werde, da sonst die Arbeiter überfordert würden. Die Erfahrung hätte ihn gelehrt, daß man Unterpächter einsetze, die dann notgedrungen minderwertige und teure Waren verkaufen müßten; damit wäre den Arbeitern aber nicht gedient. Dieser Ansicht wurde von niemand widersprochen. — Für die freiwillige Feuerwehrr wurde für 1903 ein Zuschuß von 1100 M. bewilligt; für Geräte-Anschaffung sind 1000 M. eingeseht worden.

**Aus Schmargendorf.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Die geehrte Redaktion gestatte ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in der „Korrekture“ Ihres Berichtes über die letzte Sitzung der Schmargendorfer Gemeindevertretung vom gestrigen Tage (Nr. 20, zweite Beilage) sich doch ein recht bedauerlicher Irrtum eingeschlichen hat, daß vielmehr der erste den „Wilmersdorfer Nachrichten“ entnommene Bericht bis auf Kleinigkeiten durchaus zuverlässig war. Soweit meine Person in Frage kommt, so habe ich Herrn Brud freilich nicht „freund“, sondern nur „in i m e r B e k a n n t e r“ des Amtsvorstehers benannt, was aber wohl ziemlich dasselbe bedeutet. Wohl aber habe ich behauptet, daß Brud, nachdem er den zustimmenden Beschluß der Gemeindevertretung vom 28. Oktober 1901 erfahren, sich am 29. Oktober 1901 schnell in den Besitz des fraglichen Grundstücks gesetzt hat, um es einige Zeit später mit 1025 M. Gewinn an die Gemeinde abzulassen. Von der Richtigkeit dieser meiner Behauptung habe ich mich übrigens inzwischen an amtlicher Stelle überzeugt. Hochachtungsvoll und ergebend G. Jung, Gemeindevorstand.

## Vermischtes.

**Ueber ein entsetzliches Eisenbahn-Unfall** wird aus Newark im Staate New-Jersey berichtet: Am Donnerstagsmorgen raunte ein Delaware Ladewagen und Western-Jug auf eine Draisine mit Kraftbetrieb auf, in der sich Schulkinder befanden. Von diesen Kindern wurden neun getötet und fünfzehn verwundet, einige so schwer, daß keine Hoffnung vorhanden ist, sie durchzubringen. Die Kinder befanden sich auf dem Wege zur Schule. Der Zug hatte fast die volle Geschwindigkeit, als der Zusammenstoß bei Clifton Avenue, einer als gefährlich bekannten Stelle, erfolgte. Die Draisine war eine von denen, die von der Gesellschaft täglich zwischen acht und neun Uhr morgens für die Schulkinder zur Verfügung gestellt werden. Es war ein großer Wagen und voll von jungen Mädchen und Frauen, während sich Knaben auf der vorderen Plattform drängten. Der Zug fuhr unter dem Namen Delaware und Vassal-Express bekannt. Der Fahrer der Draisine sah den Zug zuerkommen und ließ mit aller Kraft die Bremsen wirken, aber der Wagen glitt von den eisbedeckten Schienen ab, so daß die Plattform über das Geleise hinausragte. Die vorderste Maschine des Zuges traf die Plattform mit derartiger Wucht, daß der Wagen umgestürzt wurde. Dabei fiel eine Anzahl der Insassen unter die Räder der Lokomotive. Der Fahrer der Draisine erlitt einen Schädelbruch und wird wohl nicht wieder aufkommen. Alle Rettungswachen Newark wurden auf die Unglücksstätte gerufen. Der Unfall war furchtlich. Ueberall lagen Arme und Beine verstreut und der Schnee war auf weite Entfernung hin rot gefärbt. Ein verflümmelter Körper war von der Lokomotive eine große Strecke weit mitgeschleppt worden.

**Bei der Feuersbrunst** im Clifton-Hotel zu Cedar Rapids (Iowa) sind 29 Personen verbrannt und 45 zum größten Teil schwer verletzt worden. Mehrere Personen sprangen aus den Fenstern. Die meisten der Opfer sind Delegierte des Verbandes christlicher Jünglinge des Staates Iowa, welche an einer Versammlung des Verbandes teilnehmen wollten. Die Namen der Verunglückten sind bisher nicht bekannt.

**Das Sittlich der Garde.** Aus London, 16. Februar, wird der „Kranz. Ztg.“ geschrieben: Die skandalösen Gebräuche im englischen Garde-Granadier-Regiment, welche kürzlich zur Entlassung des Bataillons-Kommandanten führten, beschäftigen alle Schichten der Bevölkerung und die Entrüstung darüber, daß diejenigen Kientenants und Fähnrichs des Regiments, die sich gegen Disziplin oder Standesehre vergehen, auf einen entblößten Körperteil von ihren Kameraden geschlagen werden — und sich auch dorthin schlagen lassen — ist allgemein. Zwei sehr elegante junge Herren unterhielten sich dieser Tage, im Parkett eines hiesigen Theaters stehend, laut in affektierter aristokratischer Rede, obwohl die Vorstellung bereits begonnen hatte und vom Parterre aus wiederholt gerufen worden war: „Hinsetzen! Hinsetzen!“ Da erschall plötzlich eine Stimme vom Olymp herab: „Sie können nicht! Sie sind von der Garde!“ Die beiden Herren setzten sich nun sofort nieder.

**Ein beispielloser Schneesturm** hat auf Neu-Zundland gewütet. Eine Depesche aus der Stadt St. Johns besagt, daß zwei Schnellzüge mit Hunderten von Passagieren im Innern der Insel eingeklemmt sind. Der eine dieser Züge war vier Tage lang von allen Nahrungsmitteln abgeschnitten, und die Passagiere, als alle Vorräte, welche zu erreichen, versagten, in größter Angst vor Hunger sterben zu müssen. Hilfszüge sind sofort an die Stelle abgefordert worden, obgleich der Sturm noch immer mit furchtbarem Getöse tobt. Die Schnelligkeit des Windes betrug 70 Meilen die Stunde. Die Temperatur ist jetzt 20 Grad unter Null.

**Briefkasten der Redaktion.**

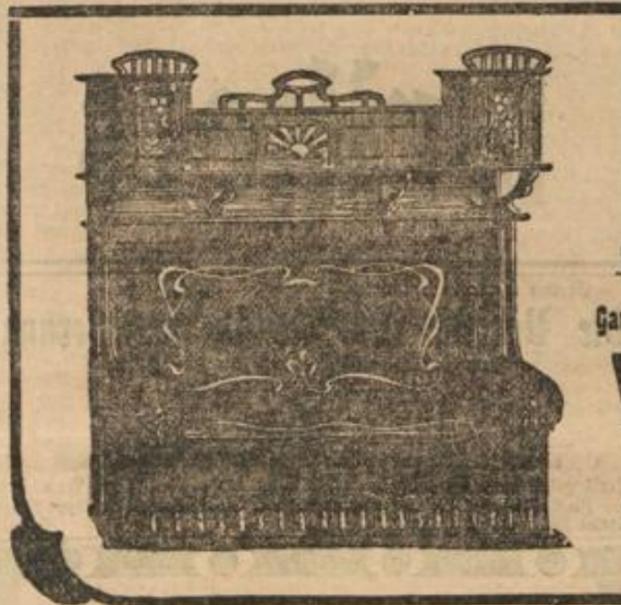
**H. K.** Wenden Sie sich wegen des kranken Kindes an den Frauenhilfsverein für Kinder-Geldsachen an den deutschen Seelstern. Vorsitzende des Vereins ist Frau Geheimrat v. Leubner, Bendlerstr. 30.  
**L. R. 7.** 1. Bitte, noch etwas Geduld. 2. Später im juristischen Teil.  
**S. K. 7.** Tragen Sie zunächst deswegen an: „Vollstimmte“, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17. — **Weser.** Deutsches Theater. — **Auffklärung.** 1. In jeder größeren Buchhandlung. 2. Später im juristischen Teil. — **Weitende.** Verbieten wegen des Cobald. — **Engel.** Zunächst die Kündigung. — **W. W.** Waschen wie nicht. Denken Sie an Nardenkötter! Suchen Sie einen zuverlässigen Arzt an. — **N. 50.** 1. Pinguin: Berlin. 2. Unklar, bitten daher mündlich. 3. Kamellen nach üblicher Vorschrift. 4. Waschen Sie sich deswegen keine Sorgen. Vielleicht benutzen Sie deswegen einmal unter juristische Sprechstunde.

**Juristischer Teil.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.  
**217.286.** Pflegt der Mann Bestellungen für das Geschäft aufzugeben, dann ist die Frau an die Bestellung gebunden und Sie können sie verlangen. Ist das nicht der Fall, dann können Sie gegen den Mann auf Erfüllung oder Schadensersatz klagen. — **Schwarz.** Wenn für die Haus- und Computereinrichtung keine besondere Kündigungsfrist vereinbart war, konnte sie nur zum 1. März er. gekündigt werden und Sie brauchen trotz der vorzeitigen Kündigung keine Rente für Februar zu zahlen. Sie scheinen sich aber mit der vorzeitigen Kündigung einverstanden erklärt zu haben. Kommen Sie zur Besprechung dieser Frage in die Sprechstunde. — **G. M. 58.** 1. Sie müssen zuziehen. 2. Sie können Anwartsrechte beanspruchen. Wenden Sie sich unter Einwendung der Kündigungsarten und eines Ihre Erwerbsfähigkeit bestimmenden Arztattestates an die Versicherungsanstalt. — **R. Adoffirade.** Das Legat fällt den Erben der Frau Z., also wohl deren Tochter zu. — **T. G. 12.** Sie haben Anspruch auf sechsmonatige Kündigung. — **Parteigenosse H. Spandan.** Schreiben Sie dem Vormundschaftsgericht, daß das Kind im Jahre 1900, wie Sie bereits damals angezeigt hätten, verstorben sei. — **W. P. 1895.** Rein. — **H. K.** Sie müssen schon für das erste Jahr Steuern zahlen, können also die bereits gezahlten Steuern nicht zurückfordern. — **M. M. 37.** So unnothwendig. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **P. P. 15.** Wenn die Kinder noch minderjährig sind, Auseinandersetzungsamt vom Amtsgericht, sonst nur die gleichen Papiere, wie bei der ersten Eheschließung. — **Gastwirt.** 1. Wenn er nicht im Stundenlohn steht, ja. 2. Ja. — **H. S.** Sie haben Mietzins für beide Wohnungen zu zahlen. — **G. G. 35.** Schreiben Sie an das Kgl. L. G. I., daß Sie aus religiösen Bedenken aus Ihrer Religionsgemeinde (genau angeben) auszutreten beabsichtigen und bitten Sie um Aenderungs eines Termins zur Entgegennahme Ihrer Austrittserklärung. Der Termin muß zwischen 4 und 6 Wochen nach Eingang Ihres Antrages beim Gericht liegen. — **H. S. 100.** Nechtlich nicht. — **3 Kesselhaus Hugo.** Ehenündig mit 30, großjährig mit 21 Jahren. Sand 30. Richtet sich nach dem Stande der Mutter. — **S. M.** Rein.

Wochen- Zielpfad.	Sonntag 22.	Montag 23.	Dienstag 24.	Mittwoch 25.	Donnerstag 26.	Freitag 27.	Sonnabend 28.	Sonntag 1.
<b>Opernhaus</b>	Die Gaubersfide	Tristan und Isolde	La Traviata Phantasten im Brem. Natstaller	Hidello	Der liegende Holländer	Wägh. u. Renarra Die Abreise Rosa von Salsras	Figaros Hochzeit	Romeo und Julia Mittags: Katinne
<b>Schauspiel- haus</b>	Die Gerechtigkeit	Coriolan	Die Gerechtigkeit	Wages und sein Kring	Die Welt, in der man sich langweilt	König Heinrich V.	Die Gerechtigkeit	Die Journalisten
<b>Schiller- Theater O.</b>	Jugendfreunde Nachm.: Ein Ehrenwort	Böthfältige Frauen	Böthfältige Frauen	Der Meister von Palmastra	Böthfältige Frauen	Böthfältige Frauen	Böthfältige Frauen	Böthfältige Frauen Nachm.: Heimat
<b>Schiller- Theater N.</b>	Böthfält. Frauen Nachm.: Wallen- steins Tod	Jugendfreunde	Einlame Kenschen	Jugendfreunde	Das zweite Gesicht	Das zweite Gesicht	Das zweite Gesicht	Das zweite Gesicht Nachm.: Renaisance
<b>Deutsches Theater</b>	Ronna Banna 2 <sup>1/2</sup> Uhr: Die Weser	Ronna Banna	Der arme Heinrich	Ronna Banna	Faust	Ronna Banna	Ronna Banna	Ronna Banna Nachm.: Es lebe das Leben
<b>Berliner Theater</b>	Al-Helidelberg	Dornroschen	Al-Helidelberg	Ueber unser Kraft I	Al-Helidelberg	Dornroschen	Ueber unser Kraft II	Al-Helidelberg
<b>Neues Theater</b>	Die Jünger Vorher: Der Oberlehrer	Die Jünger Vorher: Der Oberlehrer	Die Jünger Vorher: Der Oberlehrer	Die Lokalbahn	Die Lokalbahn	Die Lokalbahn	Die Lokalbahn	Redige Leute
<b>Theater des Westens</b>	Der Prophet Am: Postillon von Loujancour	Tanz-Johann Witz Duncan	Der Prophet	Die lustigen Weiber von Windsor	Der Prophet	Die Sparmannell	Der Sparmannell	Die Spar- mannell Nachm.: Der Troubadour
<b>Buntes Theater</b>	Die Kinder der Exzellenz. Am: Jugend	Jugend	Die Kinder der Exzellenz	Die Kinder der Exzellenz	Am: Jugend.	Die Kinder der Exzellenz	Die Kinder der Exzellenz	Winterurlaub Wer ist schuldig? Am: Jugend
<b>Quint- Theater</b>	Waldschneidauer v. Berlin. Am: D. Reinoldbauer	Der Reinoldbauer	Der Fall Clémenceau	Der Fall Clémenceau	Der Häutenbesther	Otto der Faule	Otto der Faule	Otto der Faule Nachm.: Der Häutenbesther
<b>Apollo- Theater</b>	Rafiris Hochzeit Nachm.: Frau Luna	Frau Luna Cafe-Wall	Rafiris Hochzeit Cafe-Wall	Frau Luna Cafe-Wall	Rafiris Hochzeit Cafe-Wall	Frau Luna Cafe-Wall	Rafiris Hochzeit Cafe-Wall	-

**Lesing-Theater.** Abends: Der Blinde Passagier. — **Residenz-Theater.** Abends: Lullu. Sonntag, den 22. Februar, nachmittags: Leonarda und Conférence des Herrn Venor. Sonntag, den 1. März, nachmittags: Sein Doppelgänger. — **Kleines Theater.** Abends: Nachtstuhl. Nur Donnerstag: Erdgeist. Sonntag, den 1. März, nachmittags: Don Carlos-Parodie. — **Trianon-Theater.** Abends: Die Notbräute. Sonntag, den 22. Februar und 1. März, nachmittags: Die Liebesphantasie. — **Welle-Milance-Theater.** Abends: Am Teich und Cupido u. Co. Am Montag: Die Fiebermaus. (Wasspiel des Theaters des Westens.) — **Central-Theater.** Bis Donnerstag abends: Das Mädchen von der Heilsarmee. Von Freitag ab: Gräfin Bept. Sonntag, den 22. Februar und 1. März, nachmittags: Der schöne Nigo. — **Talia-Theater.** Abends: Der Camellenonkel. Sonntag, den 22. Februar, nachmittags: Romeo und Julia. Sonntag, den 1. März, nachmittags: Charles Lanre. — **Urania.** Abends: Das Land Tirol. — **Neues tgl. Oper-Theater.** Heute: Dithelo, der Rabe von Benedig. Nächsten Sonntag: Uriei Uosfa.



# Möbel-Bartsch

**Berlin S., Oranienstr. 73.** zwischen Moritzplatz u. Alexandrinenstrasse.

Garantie 3 Jahre. Spezialität: Nur Fabrikgebäude, kein Laden.

## Wohnungs-Einrichtungen

von 200, 300, 400, 500 bis 10,000 Mark.

Besichtigung erbeten. Prachtkatalog kostenfrei. Coulante Zahlungsbedingungen.

Geöffnet Wochentags von 8 Uhr früh bis 9 Uhr Abends, Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr.

**Socialdemokrat. Lese- und Diskutier-Klub „Johann Jacoby“.** Todes-Anzeige.  
 Hiermit wird bekannt, daß das Mitglied, der Klavierarbeiter **Wilhelm Schmidt** am Dienstag, den 17. d. M., verstorben ist.  
 Seine Hinterbliebenen:  
 Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 21098 Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse d. Handschuhmacher** und verw. Gewerbe zu Berlin. Ausserordentliche **General-Versammlung der Delegierten** am Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, bei **Hirte**, Elisabethkirchstrasse 14.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wählung des Statuts, §§ 12, 20, 29, 30. 2. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht Berlin, den 22. Februar 1903.  
 Der Vorstand.  
 Herm. Hinz, Dorf, Prinzen-Allee 83.

**Segel-Club „Fraternitas“.** Sonnabend, den 28. Febr., in **Fiebig's Ballsalon**, Gross-Frankfurterstrasse 28. **Grosser Wiener Maskenball.** Eintritt a Person 50 Pf. Billets sind zu haben bei **E. Reiss**, Ackerstrasse 134, werden auch auf Wunsch gern zugestellt. Gäste herzlich willkommen. Das Komitee.  
 Mein Saal ist zum ersten Mal **frei** geworden.  
**F. Scholz**, Große Frankfurterstrasse 74.  
**!! Von 36 M. an !!**  
 Anzug nach Maß, neueste Muster, reines Stoff, feinste Zutaten, 2 Anproben, für tadelloses Sit goldene Medaille. **Ludwig Engel**, Preussenerstr. 23 II, Alexanderplatz. Komme mit Muster-Mahnnehmen, auch außerhalb. Postkarte. Geogr. 1892. 129/20  
 Anzug oder Paletot nach Maß, elegante Ausstattung, tadelloser Sitz, garantiert reines Stoffe, neueste Muster, feinste Zutaten, eleg. Hosen nach Maß 10—18 M. **J. Kuzberg**, Neue Königstr. 47 II, 6652 am Alexanderplatz.  
 Klein. Haus mit 11 Zimmern nebst Obstgarten bei gering. Anzahl. bill. verkauft. **Georg Bernan**, 6002 Zimmermann, Behnhöfenstr. 58.  
**Honig!** Unverfälscht. Deutscher Honig! Bienenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 5 Pfund, 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil**, Nordloh, Bahnhöf Auguststr. 1, Eldersb.

**Credit.** **Monatlich** — 10 Mark — liefert **Anzüge, Paletots** nach Maß. **Verleiht** alle billige Preise. **Wer selbst Stoff hat u. 20 M. an** **J. Tomporowski**, Prinzenstr. 55.  
**Baumaterialien**  
 neue und gebrauchte jeder Art, wie Kantholz, Bretter (neue Schalbretter pro qm von 15 Pf. an), Latten (neue pro Meter v. 10 Pf. an), Dachpappe (10 Rtr. Rolle v. 1,50 M. an), Leisten, Löhren, Fenster billig. **Kottbuser Damm 22.**  
**Stegdecken**  
 fault man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. **72 Balkenstraße 72**, wo auch alte Stegdecken aufgearbeitet werden.  
**S. Strohmantel**, Berlin 14. Musterkatalog gratis.  
**Für 20 Mark**  
 fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zutaten. **Weyer**, Rosenthalerstr. 67. Am III 8524.

**Rohtabak**  
 Tadellosster Brand, billige Preise. Formen. — Neueste Façons. Original-Fabrikpreise. **J. Fränkel**, Promenade 5. **Seb. Gröbel**, Brunnenstr. 181.  
 En gros. En detail.  
**Rohtabak** [2332] **Max Otto**, Neue Königstr. 6.  
**Rohtabak.** Bekannt beste Qualität. **F. Wienert Nachf. L. Lehmann**, Rosenthalerstr. 23.

Den Genossen bringe meine **Blumen- und Kranzbinderei** in empfehlender Erinnerung. 3972 **G. Gey**, Bendlerstr. 64.  
**Massage-Institut** von **Fr. H. Mania**, Massieur für sämtliche Krankheiten und Heilgymnastik. 2212 **Brunnenstr. 16.** **Seren** vorm. v. 10—12. **Tamen** nachm. v. 3—4. **Filiale: Turmstr. 46.**  
**Bücherfreunde** beziehen unter strenger Discretion Brochüren u. Bücher Leipzig, das XIX. Jahrhundert, Kaiser, Kellner u. Menschel, Naturgeschichte v. W. u. Platen, Meyers Neues Lexikon und alle anderen Werke gegen bequame Monatsraten, ohne jeden Vorauszahlung bei Francozustellung. Off. u. L. A. 716 an **Rudolf Mosse**, Leipzig erbitten. 6075

Allen Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Vater **Edmund Krest** nach langem Leiden heute nacht 1 Uhr verstorben ist. 23416 Die Beerdigung findet Dienstagnachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt.  
**Auguste Krest**, Etzelstr. 31.

**Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.** Eing. Genossenschaft m. beschr. Haftpl. Sonntag, den 22. März 1903, nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Era, Behnhöfenstr. **General-Versammlung** Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftsbericht. 2. Beschlußfassung über Verwendung des Ueberflusses. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Anträge: Bewilligung eines Dispositionsfonds. 105/17  
 Der Vorstand. Der Aufsichtsrat. **J. A. Aug. Schreiner**, Karl Aschauer.

**Charlottenburg.** Am Montag, den 23. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, hält **Fräulein Minna Kube**, Rosinenstr. 3 einen Vortrag über: „**Alte Frauenkrankheiten.**“ 23615 Nur für Frauen und Mädchen reiferen Alters.  
**Berlin SW., Alte Jakobstr. 124.**  
**Elektrotechnikum** Maschinenbau- und Bau-Schule. Werkstätten. Gegründ. 1874. Elektro-Maschinen, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbild. Vorkenntnis nicht erforderlich. Unbegabtheit kein Ausbildungshindernis. Ingenieur-Diplom.  
**„Neue Abendkurse.“** Prospekt kostenlos.

**Rohtabak.** Größte Auswahl — Billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität. **Sämtliche** 2312 **Fabrikations-Utensilien.** Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.  
**Heinrich Franck**, 185 Brunnenstr. 185.  
**Roh-Tabak** Detail-Verkauf. — Engros-Preise.  
**E. Erbe**, 5682 **Berlin C., August-Strohe 36.**  
**Roh-Tabak** 2302 **Max Jacoly**, Etzelstr. 52.  
**Rohtabak** billigste Preise **R. Schwarz**, Richthofenstrasse 31.

**Roh-Tabak,** sämtliche Utensilien zur **Cigarren-Fabrikation** offeriert in der größten Auswahl zu den billigsten Preisen **W. Hermann Müller**, 22 Alexanderstrasse 22.  
**Rohtabak!** Feinste Qualität, pro Pfd. 1,20 u. 1,00 M. **Lothar**, gelund, pro Pfund 0,85 M. **Karl Roland**, Kottbuserstr. 3a. **Gewinn auf Hausnummer achten!**  
**Dr. Simmel**, Prinzenstr. 41. Spezialarzt für 1596 **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.  
**Dr. Schünemann**, Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.** 12—1, 3, 1/2, 6—1/2, 8, Sonntag 9—11.  
**Zahn-Klinik.** Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145.  
**Olga Jacobson**, 145.

**Uhrmacher Barth'scher Konkursmassen-Ausverkauf!**  
**Uhren, Goldwaren** etc. 583L\* **Friedrich-Strasse 54.**  
**Tellzahlung!!!** Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulatoren, Broschen, Ringen, Ketten, nur wöchentlich eine Part. **Jahre & König**, Warschauerstr. 72. 3652

**Englisch. Unterricht** in und außer dem Hause, (Eingel- oder im Urtel) 2002 **G. Swienty** geb. **Liebknicht**, **Schönberg**, Sedanstrasse 57, III.  
**Wichtig für Dreher!** Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechselsräder. In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechselsräder. (In einigen Stunden zu erlernen.) 24066 **Preis nur 1,50 Mark.** Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung **Joh. Ellguth** in Rath-Düsseldorf.

**Musik.** werke mit autostreichbaren Rollenstreifen, sowie Zithern. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahlung.  
**Neue Königstr. 47 II, Alexanderplatz.**

**Masken-Garderobe** von **Carl Ernst**, Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Bezugspreis dieser Annonce enthält 10% Preisermäßigung.  
**Neue Königstr. 47 II, Alexanderplatz.**

**Rohtabak** billigste Preise **R. Schwarz**, Richthofenstrasse 31.

**Verfallene Pfänder.** Goldschmied, wie Brillanten, Kr. gold, u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, Silber u. Gold, u. in Zahl. gen. in Pfandl. Prinzenstr. 23 I, Cafe Mitterstr. 1892

**Julius Fischer, Boeckstr. 7.** empfiehlt allen Fremden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. Leipziger Volkszeitung mit Letztversteht liegt aus. 1892

# Der Grosse Fest-Saal der „Neue Welt“ Hasenhaide

ist fertiggestellt und wird am 1. März d. J.

## eröffnet!

Der neue Riesensaal, der grösste Saal Berlins und Umgebung, 4500 Personen fassend, steht dem geehrten Publikum, den geehrten Verbänden, Vereinen und Innungen zu Festlichkeiten, Versammlungen und Ausstellungszwecken vom 1. März er. ab zur Verfügung. Bestellungen werden im Comptoir daselbst, Hasenhaide 108-114, entgegengenommen.

Zur Eröffnungsfeier sind Eintrittskarten vorher in der „Neuen Welt“ sowie Chausseestr. 103 „Germania-Prachtsäle“, zu haben.

**Inventur-  
Restverkauf**  
einer besonderen  
Gelegenheits-Partie  
imit. Perser

## Teppiche

getreue echter Perser  
Copien  
von wunderbarer Farbenpracht  
auf beiden Seiten benutzbar.

90/185 cm Mk.	3,95	(bisher 6)
130/200 „	5,15	( „ 8,25)
160/230 „	7,85	( „ 12,75)
200/300 „	11,85	( „ 18,50)
250/350 „	18,75	( „ 28,50)
300/400 „	24,75	( „ 39,00)

Passende Bett- u. Pult-Teppiche  
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.  
Nach Auswärts pr. Nachnahme

Teppich-Special-Haus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Inventur-Extraktliste  
und  
Katalog 1903  
gratis  
und  
franco.  
mit 600 Illustrat.

**Ernst Riek, Optiker**  
Berlin C., Alexanderstr. 57  
(vis-a-vis der Kasernen.)



**Mathenower Neugold-  
Pincenez** Brillen und  
nicht zu unterscheiden  
Nidel-Brillen u. Pincenez 1,50 Mk.  
Nidel-Brillen u. Pincenez, feinste  
Qualität 2,00 Mk.  
Normal-Pincenez, auf jeder Seite  
passend, schon zu 2,00 Mk.  
Mathenower Stahl-Brillen und  
Pincenez 1,00 Mk. Sport-  
Pincenez 0,75 Mk.  
Pincenez ohne Einfassung in allen  
Größen zu billigen Preisen.  
Brillen und Pincenez in Gold-  
Double zu 5,00 Mk.  
Brillen u. Pincenez in echt Gold  
u. 8,00 Mk. an bis zu den schwersten.  
Sämtliche Brillen u. Pincenez sind mit  
den feinsten Mathenower Kristall-  
gläsern versehen.  
Eigene Reparatur-Werkstatt im Hause.  
Sonntags geöffnet 8-10 u. 12-2 Uhr.

**Aus erster Hand  
ff. Pflaumen-Mus**  
unübertroffen.  
Fässer v. 200 u. 300 Pfl. lnh. p. Ct. N. 13.-  
100 „ „ „ „ 14.-  
Kübel, 30 40 50 60 „ „ „ 14.-  
Holz-Eimer 40 „ „ „ 6L. 6,50  
Holz-Eimer 30 „ „ „ 5.-  
Emallie-Eimer 25 „ „ „ 4,50  
Kochtopf 25 „ „ „ 5,50  
Kochtopf 18 „ „ „ 3,90  
Postblech 8 „ „ „ 2.-  
alles incl. unfranciert gegen Nachn.  
offert die Pflaumen-Mus-Fabrik  
**Ww. Wilhelmine Klaus**  
Magdeburg-N. 12.

## Hâkim-Cigaretten

sind nach dem  
einstimmigen Urteil aller Sachverständigen  
die feinsten 2 Pf.-Cigaretten.  
—• Höchste Leistung! •—  
In den Cigarrengeschäften zu haben! 2041b\*

# Zur gefl. Beachtung!

Meiner geehrten Kundschaft in Berlin und Umgebung teile ich ergebenst mit, dass ich infolge des Brandes am 3. d. M. in der Michaelkirchstr. 23a, meine Berliner **Magendoktor-Fabrik** nach Michaelkirchstrasse 20 verlegt habe. Entsprechend der ununterbrochen steigenden Beliebtheit, welcher sich der konzentrierte Kräuterliqueur

## Wurms Magendoktor

auch in Berlin und Umgebung zu erfreuen hat, wird die neue Fabrik ganz erheblich vergrößert. Während der nächsten Monate wird hier **ausschliesslich alt abgelagerte Ware aus meiner Fabrik in Barmen zur Abgabe kommen.** Ausser diversen Eilgutsendungen sind bereits 2 Waggonsladungen von Barmen hier eingetroffen und werden weitere Waggonsladungen regelmässig folgen.

Das höchst amüsante und sehr harmlose Spiel: „Springen wir einen Wurm aus?“ (geschützt D. R. G.-M.) wird von jetzt ab in den Restaurationen verbreitet und wird dasselbe nicht verfehlen, den zahlreichen Gönnern von „Wurms Magendoktor“ manches fröhliche Viertelstündchen zu bereiten.

Selbstverständlich können die neun Reisenden, welche ich hier beschäftige, nur allmählich meine werte Kundschaft besuchen. **Diejenigen Herren Gastwirte, welche besonderen Wert darauf legen, das hübsche Spiel-Service bald zu erhalten, wollen sich daher per Karte oder telephonisch nach Michaelkirchstr. 20, Tel.: Amt VII 3745 wenden.**

Mit der Bitte an alle meine Freunde und Gönner in Berlin und Umgebung, mir das bisher geschenkte Wohlwollen auch weiterhin zu bewahren, verbleibe

Hochachtungsvoll

Apotheker A. WURM.

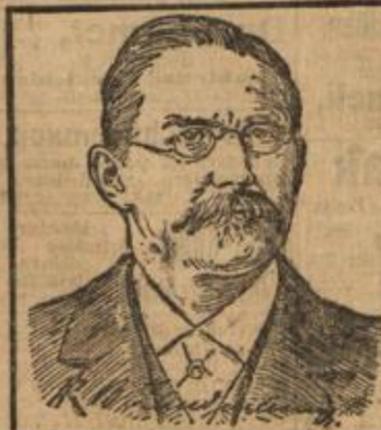
626L\*

## Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

**A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5**

empfiehlt Einrichtungen in Kirschbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.  
Streng reelle und  
getreue Bedienung.

6162\*



Chemiker Dr. phil. **Gerth. Landmann**, Inhaber der 1887 selbst gegründeten Firma  
**Dr. B. Landmann, Berlin 55,**  
langjähriger Mitarbeiter an der kaiserlich-königlichen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Karlsruhe und Leiter verschiedener Düngersfabriken, fabriziert einen konzentrierten Phosphor-Dünger, der nach wissenschaftlichen und in der Praxis erprobten Vorschriften zusammengefasst ist.  
Man verlange in Originalpackung ausdrücklich den echten  
**Dr. Landmann's Blumen-Dünger.**  
Fasset 10 und 25 Pf. — Sieblose 25 und 50 Pf.  
2<sup>1/2</sup> Liter-Flasche Mk. 3. — 5 Liter-Flasche Mk. 5.  
Meine gründliche, wissenschaftliche Bildung, mein Vertrauen, mein Stolz garantieren für eine gleichmässige, reichliche Waare, wie sie sonst nicht geboten werden kann. Der bester, gewissenhafte Kaufmann wird bemerkt sein, dass Sie für seine berechnete Kundschaf zu künden und wird hierin in erster Reihe meine echten Präparate anbieten. Tausende waren ich vor der Abgabe anderer Mittel unter meinem Namen und wollen Sie die an Stelle meiner echten Marken vorgefundenen, oft warm angebrachten, wertlosen Ersatz-Mittel sorgfältig prüfen und event. im nächsten besten Geschäft nur Dr. Landmann's echten Präparate einlösen. Selbst echten Präparate sind durch Nachahmer meiner Namen und Namenszüge gefälscht und daher sofort erkennbar.

# Anker- Brikets

6179\*

Siehe erschienen in meinem Verlage:  
**Die Vorteile der Invalidenversicherung.**  
Zum praktischen Gebrauch für Versicherte  
zusammengestellt und erläutert  
von  
**G. Hunold,**  
exped. Sekretär und Kalkulator im Reichs-Versicherungsamt.  
Preis gebunden 90 Pf., in Partien zu ermäßigten Preisen.  
Zu haben in allen Buchhandlungen und Verlag von A. W. Hayns Erben,  
Berlin SW., Zimmerstr. 29. 6482\*

## Cigarren

durch Reisende oder Agenten bezogen, kauft man viel zu teuer.  
Man muss direkt von der Fabrik beziehen. Wir empfehlen zwei  
preiswerte Marken in milder Qualität:

„La Bouquet“ a Mille 50 Mk.  
„La Bianca“ a Mille 40 Mk.

Probierendung 100 Stk. jeder Sorte Mk. 9.— franco Nachnahme.  
Bei fernem Bezug nur portofrei bei 500 Stk. 425R\*

**C. F. Harzer & Söhne,**  
Deutsch-Neudorf (Sachsen), Cigarrenfabrik, gegr. 1842.

## Neuester Aufnahme- und Wiedergabe-Apparat mit zwei Membranen.

Preis komplett 10 Mark.  
Bester Lyra-Apparat Mark 4,50.  
Preisgekrönt

## Phonographen- Walzen.

**Einzige Fabrik Deutschlands, welche unter Garantie  
preisgekrönte Originalaufnahmen herstellt. Absolute  
Garantie für laute u. klare Wiedergabe. Preis per Stück Mark 1,—  
in nur künstlerischer Ausführung.**

Es ist meine Pflicht, die Praxis solcher Firmen zu kennzeichnen,  
welche beim Kauf von 12 Walzen 1 Apparat gratis geben, sogenannte  
Künstlerwalzen anpreisen oder Teilzahlungen gewähren usw., wodurch  
der Käufer stets schwer geschädigt wird, denn solche Walzen sind  
ausschliesslich minderwertige Abzüge von Original-Aufnahmen, welche  
sich nach kurzem Gebrauche abspülen und kreischende, hohle,  
sausende und quietschende Töne von sich geben.

Prüfen Sie daher, ehe Sie kaufen.

**Hundert freiwilliger Anerkennungsschreiben.**  
Täglich erscheinen Neuheiten. Aufnahmen vom Kaiser Franz-  
Garde-Regt. No. 2 und Königin Elisabeth-Garde-Regt. No. 3 und  
von ersten Künstlern aller Länder. Neue derbkommische Gespräche  
vom urkomischen Bendix und Sohn. Allerneuestes Verzeichnis von  
Apparaten und Walzen gratis und franco. Siehe erschienen:  
„Ein Prosit der Gemütlichkeit“, urfideler Bockbiernarsch mit Gesang;  
Duett: „Roland und Victoria“; „Möchte nicht, möchte nicht mit  
mir gehn“ aus „Neuestes, Allerneuestes“; „Elterngrab“ etc. etc.  
Sämtliche Reparaturen werden preiswert und sach-  
gemäss ausgeführt, ebenso das Abschleifen und Neu-  
bespielen auf nur garantierte Originale.

**Herrmann Eisner, Berlin C.,  
Klosterstrasse 93L**

663L

Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.

Der Bundesrat hat an dem Entwurfe des Reichsamts des Innern noch einige Aenderungen vorgenommen. Die wichtigste davon ist, daß die Ausschließung der Frauen und Ausländer von Vorstandsämtern wieder befristet ist, was dadurch erreicht wird, daß in dem beantragten Zusatz zu § 34a nur noch der § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannt ist, nicht aber der § 31. Die Begründung sagt dazu auch, daß der § 31 weggelassen werden soll, weil weder Frauen noch Ausländer von den Vorstandsämtern ausgeschlossen werden sollen. Schon bald nachdem auf Grund der Veröffentlichung der Vorlage durch die „Frankfurter Zeitung“ die Ausschließung der Frauen durch die vorgeschlagenen Vorschriften lebhaft kritisiert worden war, wurde offiziös erklärt, eine solche Wirkung sei gar nicht beabsichtigt gewesen. Man scheint im Reichsamte des Innern entweder die Bedeutung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht vollständig erkannt, oder nicht gewußt zu haben, daß jetzt die Frauen an der Massenverwaltung teilnehmen dürfen und vielfach auch teilnehmen. Dann ist die Höchstgrenze der zulässigen Beiträge für die Gemeinde-Krankenversicherung noch weiter erhöht worden bis auf 3 Proz. gegen 2,4 Proz. des ersten Entwurfes und 2 Proz. des bestehenden Gesetzes bei der Erläuterung der Klassen und auf 4 Proz. gegen 3,6 Proz. des ersten Entwurfes und 3 Proz. des bestehenden Gesetzes bei späteren Aenderungen der Beitragshöhe.

Die nach § 3 des Gesetzes der Personen des Soldatenstandes u. vorgeführten Befreiung von der Versicherungspflicht soll im Gegenstand zu dem ersten Entwurf in einer für diese Personen ungünstigeren Weise geregelt werden. Jetzt sind sie von der Versicherungspflicht befreit, wenn sie für 13 Wochen Anspruch auf eine der gesetzlichen Mindestleistung entsprechende Unterstützung oder Fortzahlung ihres Lohnes haben. Da jetzt die Mindestdauer der gesetzlichen Krankenunterstützung auf 26 Wochen verlängert werden soll, änderte der erste Entwurf folgerichtig im § 3 nur die Worte 13 Wochen in 26 Wochen um, im übrigen blieben die Bedingungen für die Befreiung von der Versicherungspflicht die bisherigen. Nach der dem Reichstage gemachten Vorlage soll jedoch die Befreiung eintreten, wenn für die ersten 13 Wochen die bisher vorgeschriebenen Ansprüche bestehen, für weitere 13 Wochen aber Ansprüche auf Pension oder Wartegeld im anderthalbfachen Betrage des Krankengeldes. Da das halbe Krankengeld nicht immer die Kosten für Arzt und Arznei sowie sonstige Heilmittel bedeckt, sind diese Personen gegenüber anderen Versicherungspflichtigen benachteiligt, indem für sie nicht für volle 26 Wochen ebenso hohe Ansprüche festgestellt werden, wie für andre Versicherte. Den Vorteil davon hat der fiskalische Arbeitgeber. Die Begründung führt gegen die Vorschläge des ersten Entwurfes „Schwertwiegende dienstliche Gründe“ ins Feld; es soll dadurch die „Personierung eines Beamten, der von Anfang der Erkrankung an für dauernd dienstunfähig zu erachten war, vor Ablauf eines halben Jahres, unter Umständen noch länger und die Wiederbesetzung der Stelle unmöglich gemacht werden. Dann mag man doch diese Personen für versicherungspflichtig erklären.

Das bestehende Gesetz enthält seit 1892 die Bestimmung, daß Personen, die ununterbrochen oder im Laufe von 12 Monaten für 13 Wochen Krankenunterstützung bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, der durch die gleiche nicht gebobene Krankheitsursache veranlaßt ist, im Laufe der nächsten 12 Monate nur für eine Gesamtdauer von 13 Wochen Unterstützung beziehen dürfen. Die Bestimmung ist geschaffen nach dem Motiven „zum Schutze der Klassen gegen eine ungerechtfertigte Ausdehnung durch Personen, die mehr insalid als krank sind“.

Der erste Entwurf hatte auch die wiederholte Unterstützung „im Laufe der nächsten 12 Monate“ auf 26 Wochen bemessen; jetzt ist diese nur auf 13 Wochen bemessen. Die Begründung führt dafür kein Wort mehr an, wie die Begründung für die Novelle von 1892 sagte, obwohl man doch erwarten durfte, daß weitere Schutzmaßnahmen nicht vorge schlagen werden würden, wenn nicht besondere Gründe dafür vorliegen. Man kennt aber gewiß keine solchen besonderen Gründe, sonst hätte schon der erste Entwurf auf sie Rücksicht genommen. Der Vorschlag entspricht nur einem ganz unbestimmten Gefühl. So wie man die Anwendung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes erst vorschlug, ohne sich besondere Gedanken über die Wirkung zu machen, so akzeptierte das Reichsamte des Innern diese verschärft Schutzmaßregel, die in den meisten Fällen doch nur wirklich elende bedürftige Personen trifft, ohne viel nach Gründen zu fragen.

Ohne jede Begründung bleiben auch die Vorschläge für das erweiterte Eingriffsrecht der Behörden in die Massenverwaltung. Es heißt dazu nur, daß „ein Schutz sowohl der Klassen selbst als auch der an ihr Beteiligten, vor allem der Versicherten, gegen willkürliches, eigenmächtiges oder unrechliches Verhalten von Vorstandsmitgliedern und von Rechnungs- und Kassensführern erforderlich“ sei. Das befreit niemand. Bestritten wird aber, daß zu diesem Zweck die neuen Vorschriften nötig sind. Jetzt sind Vorstandsmitglieder sowie Rechnungs- und Kassensführer für pflichtmäßige Verwaltung haftbar wie Vormünder ihren Mündeln. Sie können zivilrechtlich haftbar gemacht werden und sind außerdem mit ehrenrührigen Strafen bedroht. Für die Hinterlegung des Vermögens der Klasse bestehen nicht nur gesetzliche Vorschriften, sondern auch ein Mißtraue- und Aufsichtrecht der Aufsichtsbehörde. Die Aufsichtsbehörde überwacht die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann sie durch Ordnungsstrafen erzwingen, sie kann die Klasse und alle ihre Älten und Würdiger beliebig revidieren, Sitzungen der Klassenorgane verlangen oder selbst anberaumen und deren Verhandlungen leiten und unter Umständen selbst Vertreter zur Wahrnehmung der Obliegenheiten der Klassenorgane bestellen. Das halten wir für vollkommen ausreichend und der Entwurf liefert nicht den geringsten Beweis dafür, daß es nicht ausreichend ist. Die bekannte läppische Umfrage der preussischen Regierung nach der Verwendung von Kassengeldern zu sozialdemokratischen Zwecken scheint demnach nicht das gewünschte Material geliefert zu haben.

Die in dem ersten Entwurfe vorgeschlagenen Uebertragungs- und Aufrechnungsmöglichkeiten der Unterstützungsansprüche sind jetzt etwas eingeschränkt worden und dann ist noch eine Aenderung vorgenommen in der Vorfrist über die Festsetzung des ursprünglichen Tagelohnes. In dem ersten Entwurfe hieß es, daß den beteiligten Arbeitgebern und Versicherten Gelegenheit zu einer Keuerung gegeben werden müsse vor Festsetzung des ursprünglichen Tagelohnes. Jetzt sind aus Versicherten „Versicherungspflichtige“ geworden. Warum diese Aenderung, erfährt man leider nicht.

Als Tag des Inkrafttretens bestimmt der Entwurf den 1. Januar 1904, woraus hervorzugehen scheint, daß die Regierung auf die Erledigung der Novelle durch den jetzigen Reichstag endgültig verzichtet hat. Sie wird deshalb die Forderungen der Vertreter der Arbeiterklasse auf eine gründliche Verbesserung des Krankenversicherungswezens, die weit über den gegenwärtigen Entwurf hinausgehen, noch ausreichend prüfen können, um den dem neuen Reichstage vorzulegenden Entwurf danach einzurichten.

Die städtische Deputation für Kunstzwecke

hat gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters nach längerer Zeit ihre Arbeiten aufgenommen und in mehrstündiger Sitzung eine reichhaltige Tagesordnung erledigt.

Zur Vorbereitung und Beschaffung der Grundlagen für die in Aussicht genommene Anfertigung von künstlerisch ausgeführten Plaketten (Medaillen), welche neben den Diplomen künftig an verdiente städtische Beamten bei Jubiläen oder Erzielung des Titels Stadtliebste, Ehrenbürger usw. verliehen werden sollen, wurde eine Kommission eingesetzt, der ein Betrag von 3000 M. zur Verfügung gestellt wurde, um die Arbeiten geeigneter Künstler honorieren zu können. Dem für die Erriehung eines Dardenberg-Denkmal bestehenden Komitees wurde, unter Vorbehalt der Zustimmung zu dem einzureichenden Entwurf, ein Platz auf der der Krausenstraße zu liegenden Seite des Dönhoffplatzes in Aussicht gestellt.

Der Vorschlag des Bildhauers Vermaun, an dem Kriegerdenkmal auf dem Kreuzberg ein Relief zur Erinnerung von „Leonore Prohaska“, welche im Jägercorps Sügows kämpfte, anzubringen, wurde abgelehnt, weil der Stadt keine Verfügung über das Denkmal zusteht.

Ein Besuch des Gemeindekirchenrats von St. Markus um Errichtung eines Schmuckbrunnens auf dem Plage an der Weberstraße, wurde abgelehnt, weil der Platz für eine monumentale Ausschmückung zu klein ist.

Die Offerte des Professor Gehger, einen „Kinder-Triumphbrunnen“, dessen Entwurf allseitig als sehr reizvoll und schön bezeichnet wurde, fand keine Annahme, weil die Deputation der Ansicht ist, daß man keine Kunstwerke auf Vorrat anfertigen lassen könne. Nicht für ein fertiges Kunstwerk einen passenden Platz zu suchen kann — Ausnahmen natürlich vorbehalten — in der Regel als Aufgabe der Deputation gelten, sondern für die des Schmuckes bedürftigen Plätze passende Werke anfertigen zu lassen entspricht dem Zweck, zu dessen Förderung die Deputation gebildet ist. Das in Frage kommende Kunstwerk würde auch durch seine zierlichen Dimensionen nicht zur Aufstellung im Freien geeignet sein, und damit die Freude an demselben dem großen Publikum vorenthalten bleiben.

Der Bildhauer Nisch offeriert eine Büste des Ehrenbürgers Vertram zur Ausführung in Marmor. Die Deputation beschloß zunächst die Büste im Atelier des Künstlers zu besichtigen und die Gelegenheit in einer späteren Sitzung zu erheben.

Bildhauer Busche ersucht um den Auftrag zur Ausführung der Gruppe „Waldkönigin“ in Bronze und legt eine Photographie des Entwurfes vor.

Die Deputation bedauert, den Erwerb des schönen Kunstwerkes nicht beschließen zu können, weil ihr das Motiv für städtische Plätze nicht geeignet erscheint — es stellt eine reitende Diana dar.

Ein Delgemälde von Friedrich Stahl — den hiesigen Matthäus-Sirchhof mit der Potsdamer Wahn um das Jahr 1802 darstellend —, welches auf einer Ausstellung in München die goldene Medaille erhalten hat, wird der Deputation zum Ankauf angeboten. Es ist beschlossen worden, vor der Entscheidung Uebersendung der Photographie zu erbitten und das Bild selbst, wenn möglich hier, sonst durch Künstler in München besichtigen zu lassen.

Die Deputation verhandelte über die weitere Bearbeitung des Entwurfes für die monumentale Ausschmückung des Eingangs zum Friedrichshain. Bekanntlich wurden der Ausführung des von der Deputation festgestellten Entwurfes durch den Kaiser Schwierigkeiten bereitet, die dazu führten, daß für die Aufstellung der sogenannten Märchenbrunnen Änderungen des Planes verlangt wurden. Abgleich feststeht, daß bei Errichtung von baulichen Schmuckanlagen in den städtischen Parks niemand wegen der Gestaltung der Kunstwerke einen im Rechtswege vertretbaren Einspruch erheben kann, so ist doch ein neuer Entwurf angebereitet worden, der — das darf hervorgehoben werden — die beauftragte Darstellung der Verleörperung der deutschen Märchen wirksamer und eindringlicher als der erste Entwurf zum Ausdruck bringt.

Der ursprüngliche Plan einer architektonischen mächtig wirkenden großen Säulenhalle als Eingang zum Friedrichshain ist festgehalten, und die Hauptfiguren der Märchen (Dornröschen, Schneewittchen, die böse Stiefmutter, der Prinz usw.) in unmittelbare Verbindung mit der Halle gebracht. Vor der Halle strömen über Terrassen hinweg reiche Wasserströme in einen neu anzulegenden See, während an beiden Seiten jeder Terrasse die steinernen Darstellungen der Märchen fließen. Das Ganze macht einen außerordentlich reizvollen Eindruck, sowohl in architektonischer als malerischer und landschaftlicher Beziehung.

Der Entwurf des Stadtbaurats Hoffmann fand den vollsten Beifall der Deputation und es wurde einstimmig beschlossen, sofort, ohne Rücksicht auf andere Stellen, mit der Detailbearbeitung des Projekts zu beginnen.

Zur Ausführung eines großen Teiles der bildhauerischen Arbeiten ist Professor Wiedemann in Aussicht genommen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 21. Februar 1903.

Banbilanzen. — Bilanz-Veröffentlichungen der Großbanken im Februar vorigen Jahres. — Hauptzüge der diesjährigen Jahresabläufe. — Die Berliner Großbanken. — Die Banken und die Krise.

Nach und nach kommen die Großbanken mit ihren Jahresabrechnungen heraus; als erste die Kommerz- und Diskontobank am 31. Januar, genau an demselben Tag wie im Vorjahr, dann am 10. Februar die Nationalbank für Deutschland, darauf vor einigen Tagen die Berliner Handelsgesellschaft und gestern zu gleicher Zeit die Berliner Bank und der Schnaffhausen'sche Bankverein.

Als im vorigen Jahr die Großbanken mit ihren Bilanz-Veröffentlichungen begannen, wurden ihre Ausweise in der Finanz- und WährungsWelt mit größter Spannung verfolgt. Nach den verschiedenen Bankzusammenbrüchen fürchtete man unliebsame Ueberschreibungen. Und an solchen sahste es, wenn auch die pessimistischen Prophezeiungen aus der schwülen Zeit des Leipziger Bankensachs sich nicht bewahrheiteten, denn auch nicht. Die Bilanz des ersten der großen Institute, das im vorigen Jahr mit seinem Geschäftsabluß an die Öffentlichkeit trat, die Kommerz- und Diskontobank zeigte zwar nur geringe Veränderungen gegenüber dem Jahr 1900, der Reingewinn blieb um nun ca. 666 000 M. gegen den des Vorjahres zurück und der Status zeigte eine größere Liquidität, einen geringeren Acceptenlauf und eine Abnahme der Vorkasse, aber die Kommerz- und Diskontobank nimmt im Kreise der großen Kreditbanken eine besondere Stellung ein, so daß ihre Bilanz nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf den Status anderer Banken gestattet. Obgleich sie durch Uebernahme des früheren Bankhauses J. Dreys u. Co. zu einer bedeutenden hiesigen Niederlassung gekommen ist, liegt doch ihr Schwerpunkt noch immer in Hamburg. Das Effektengeschäft ist bei ihr reines Nebengeschäft. Sie dient speziell dem aus dem Hamburger Warenhandel sich ergebenden Kreditverkehr und bezieht ungefähr vier Fünftel ihrer Einnahmen aus dem sogenannten „regulären“ Bankgeschäft. Ihr Ausweis konnte also nicht zur Verfügung dienen, da sie unter speziellen Verhältnissen stand.

Und die zweite Großbank, die im vorigen Jahre ihre Bilanz veröffentlichte, die Nationalbank für Deutschland, schien denn auch mit ihrer Abrechnung alle träben Ähungen bestätigen zu wollen. Ueberall zeigten sich in ihrer Bilanz die Spuren der Krise. Mehr als der gesamte Reingewinn (5,2 Millionen Mark) ging für notwendige Abschreibungen, Verwaltungskosten, Steuern usw.

drauf, so daß das Institut, um nicht auf die Ausschüttung jeglicher Dividenden verzichten zu müssen, sich zur Heranziehung ihres Spezialreservfonds im Betrage von 2 1/2 Millionen Mark genötigt sah. Dennoch konnten nur 3 Proz. verteilt werden, während bei 1898 = 8 1/2, 1899 = 8 1/2 und für 1900 = 6 1/2 Proz. ausgeschüttet worden waren.

Das war ein von Vielen nicht erwartetes Resultat. Günstiger zeigte sich jedoch alsbald wieder die Abrechnung der Berliner Handelsgesellschaft, die trotzdem sie bekanntlich in 1901 die Firma Brest u. Gelphe ganz übernommen hat und ihr Kommissionsgeschäft auszuüben sucht, doch noch immer als Gründungs- und Effektenpekulationsbank par excellence gelten kann. Der Druck der Krise hatte, wenn er auch nicht spurlos vorübergegangen war, doch nur wenige tiefere Spuren hinterlassen. Auf die Beteiligungen und den Effektenbestand mußten zwar 1,68 Millionen Mark abgeschrieben werden, und der Reingewinn war von 12,49 auf 11,43 Millionen zurückgegangen; aber sonst zeigte der Status keine Rissen, die unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage zu Bedenken Anlaß gaben.

Die frohere Stimmung, die diesen Abschluß hervorrief, dauerte indes nicht lange.

Schon wenige Tage darauf folgte wieder der Abschluß zweier Banken, denen die Krise arg mitgespielt hatte: der Berliner Bank und der Dresdener Bank. Bilanz wie Gewinn- und Verlustkonto der ersteren zeigten, selbst wenn man die vorausgegangene Semestralbilanz zum Vergleich mit heranzog, eine gewisse Erschlaffung. Fast laut man sagen Erstarrung der Geschäftstätigkeit. Der Bruttogewinn blieb gegen den des Vorjahres allerdings nur um ca. 0,4 Millionen Mark zurück; infolge der erforderlichen starken Abschreibungen (unter anderem 1,2 Millionen Mark auf Beteiligungen und nicht börsengängige Effekten, 152 000 M. auf Contocorrent-Konto, 300 000 M. zur Bildung eines Debet-Conto (Contos) schrumpfte jedoch der Reingewinn demnach zusammen, daß mit Rücksicht eine Dividende von 4 Proz. gegen 5 Proz. für das Jahr 1900 herausgebracht wurde. Und fast noch ungünstiger stellte sich, relativ genommen, der Jahresabluß der Dresdener Bank, wenn sie auch eine Dividende von 4 Proz. (gegen 5 und 6 Proz. in den beiden Vorjahren) vorschlug. Denn die Abschreibungen auf dem Effekten- und Konfortial-Konto, wodurch auf diesem ein Verlust von 384 827 Mark entstand — das Jahr 1900 hatte einen Effektengewinn von 910 223 M. geliefert — sowie die weiteren Abschreibungen vom Reingewinn im Betrag von 2,4 Millionen Mark für das Konfortialkonto und 351 600 für das Contocorrentkonto konnten, so beträchtlich sie an sich waren, doch in Anbetracht des Aktivenausweises der Bilanz, besonders des zweifelhaften Effektenbestandes, kaum als ausreichend gelten.

Von dieser Spannung, die sich im vorigen Jahre verschiedentlich zu nervöser Aufgereiztheit steigerte, ist diesmal wenig zu spüren. Es ist erklärlich, daß Finanzleute und Bankeinsichtliche jedesmal mit Erwartung dem Februar, der die Jahresabläufe der großen Bankinstitute bringt, entgegensehen und daß schon lange vorher allerlei Vermutungen, Abschätzungen und Gerüchte über den Gewinnverlauf durch die Reichen der Interessenten und durch die Börse gepflanzt sind; doch im Vergleich zum Beginn des Jahres 1902 herrschte in den letzten Wochen entschieden ein gewisses Plägema vor. Auf große Ueberschätzungen rechnete eigentlich niemand. Man sagt sich, daß die Erträge im ganzen sicherlich etwas besser, als im Jahr 1901 ausfallen werden, aber doch nur um verhältnismäßig geringe Summen, da die großen Emissionsergebnisse der Prosperitätsjahre fehlen. Und thatsächlich ist die Sachlage diesmal ziemlich leicht zu überblicken. Infolge des niedrigeren Zinsfußes und Wechselkursen erfahren die Gewinne auf dem Zins- und Wechselkonto meist eine Schmälerung, während wegen der Erhöhung der Effektenkurse im letzten Jahr die Effektengewinne sich durchweg höher stellen dürften, ebenso infolge der Ausdehnung des Kommissionsgeschäfts und der Anleihe-Aufnahmen die Gewinne auf dem Provisionskonto. Rechnet man das eine gegen das andre auf, bleibt als Resultat, daß in den meisten Fällen der Gesamtgewinn den des Vorjahres nur wenig übersteigt. Dagegen werden zwar die Abschreibungen auf dem Effekten- und Konfortialkonto wesentlich niedriger gehalten werden können, doch bleibt immerhin auch auf diesem Gebiet noch manches nachzuholen, da kaum die vorjährigen Abschreibungen der Aktiven überall auf ihren wirklichen Wert heruntergesetzt haben; und außerdem müssen die Reservefonds, die das letzte Mal durchweg gar nicht oder nur sehr geringfügig worden sind, ausgebessert werden. Folglich wird für die Dividenden keine beträchtlich höhere Summe verfügbar bleiben, als im vorausgegangenen Jahre, so daß dort, wo nicht ganz besondere Verhältnisse vorliegen, die Erhöhung der Dividenden sich innerhalb der Grenzen von 1—2 Proz. halten wird.

Diese Auffassung wird durch die bisher veröffentlichten Abrechnungen der Großbanken bestätigt. Sie zeigen nämlich, daß, wenn auch das Jahr 1902 keinen neuen Aufschwung des Geschäfts gebracht hat, doch eine Konsolidierung und Andebnung an die veränderte neue Wirtschaftslage stattgefunden hat, daß die Gewinne sich nur wenig vergrößert haben, aber die Abschreibungen knapper gehalten werden konnten und dadurch für die Dividende ein etwas größerer Betrag übrig bleibt. Gleich die erste der Bilanz-Veröffentlichungen, die der Kommerz- und Diskontobank erbrachte dafür den Beweis. Der Bruttogewinn ist nur von 5,24 auf 5,70 Millionen Mark gestiegen, und zwar weist die Einnahme auf dem Zinskonto einen Rückgang auf, während der Gewinn auf dem Effekten- und Konfortialkonto gewachsen ist. Zur Verteilung vorgeschlagen wird eine Dividende von 6 Proz., also 1/2 Proz. mehr als im Vorjahr.

Dieselben Züge zeigt auch der Abschluß der Nationalbank für Deutschland und der Berliner Handelsgesellschaft. Bei dem ersten Institut stellt sich der Bruttogewinn ebenfalls nur um ein Geringes höher, als im vorigen Jahr. Das Zinsen- und Wechselkonto ergibt 350 000 M. und das Provisionskonto ca. 40 000 M. weniger als im Vorjahre, dagegen liefert das Effekten- und Konfortialkonto, dessen Gewinn von 543 800 M. im vorigen Jahre durch Abschreibungen völlig absorbiert wurde, einen Reinertrag von 1 023 645 M. Da indes die hohen Abschreibungen wegfallen (nur auf Contocorrentkonto werden 34 515 M. abgeschrieben), so bleibt ein Reingewinn von 3,66 Millionen Mark (im vorigen Jahre mit Hinzurechnung der 2 1/2 Millionen Mark Specialreserve nur 2,03 Millionen Mark), aus dem eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung gelangt.

Auch bei der Berliner Handelsgesellschaft weist der Gewinn auf dem Zinsen- und Wechselkonto einen Ausfall auf, während, entsprechend dem Charakter dieses Instituts, dessen Hauptgebiet das Beteiligungs- und Effektengeschäft ist, der Ertrag des Effekten- und Konfortialkontos um 0,93 Millionen Mark größer ist, zu dem noch als Eingang aus zurückvergüteter Agiossteuer und abgeschriebenem Forderungen ca. 355 000 M. hinzukommen, so daß sich der Bruttogewinn auf 12,5 gegen 11,4 Millionen Mark stellt, der Reingewinn auf 8,1 gegen 7,5 Millionen Mark und die diesjährige Dividende auf 7 1/2 Proz. gegen 7 Proz. für 1901.

Selbst bei dem Rechnungsabluß der Berliner Bank, die am schwersten von der Krise betroffen worden ist, lassen sich dieselben Tendenzen konstatieren. Auch hier schließt das Effekten- und Konfortialkonto mit einem Reinertrag von rund 225 000 M. ab, während das Zinsen- und Wechselkonto um 295 794 M. hinter dem Gewinn des Vorjahres zurückbleibt. Daneben ist allerdings bei dieser Bank, die, anstatt ihr Geschäftsbereich zu erweitern, nach ihrer Bilanz zu urteilen, weiteres Terrain verloren hat, auch der Ertrag des Provisionskontos um ca. 245 000 M. zurückgegangen. Infolge dessen stellt sich denn auch, im Gegensatz zu den Abschüssen anderer Banken, ihr Bruttogewinn noch um etwas niedriger als im vorausgegangenen Jahre (3,68 gegen 3,93 Millionen Mark). Dafür halten jedoch auch bei der Berliner Bank, obgleich erneut 700 000 M. auf nicht börsengängige Effekten abgeschrieben werden, die Gesamtabschreibungen sich in engeren Grenzen, so daß

ste doch im stande ist, 3 1/2 Proz. gegen 2 Proz. Dividende (für 1900 = 5 Proz.) auszusütten.

Ebenso hat auch der A. Schaaffhausensche Bankverein, der diesmal der Dresdener Bank mit der Bilanz-Veröffentlichung zuvor gekommen ist, allein auf dem Effekten- und Konfortialkonto einen Mehrertrag erzielt, wie die nachstehenden Ziffern zeigen: Vortrag aus 1901 808 351 M. (im Vorjahre 1 010 324), Provisionskonto 2 449 357 (2 378 203), Zinsenkonto 3 529 552 (3 923 806), Wechselkonto 1 322 718 (1 626 573), Gewinn auf Effektenkonto einschließlich Konfortialgewinne 1 255 057 (im Vorjahre Verlust 290 382), Immobilienrenten- und Konto 15 679 (12 138). Der Bruttogewinn stellt sich danach zwar immer noch etwas höher als für 1901, nämlich auf 9,38 gegen 8,68 Mill. Mark, aber eine neue Abschreibung von 1 Mill. Mark gleicht diesen Mehrertrag ziemlich wieder aus, so daß auch für 1902 nur eine Dividende von 5 Proz. übrig bleibt (für 1901 ebenfalls 5 Proz., für 1900 7 1/2 Proz.).

Noch fehlen eine Reihe größerer Bilanzveröffentlichungen; immerhin läßt sich erkennen, daß, wenn auch von einem neuen Aufschwung keine Rede sein kann, so doch von einer mäßigen Erholung. Andererseits läßt sich allerdings auch nicht leugnen, daß die Befürchtungen, die während der geschäftstillen Periode des letzten Jahres auftauchten, sich als übertrieben herausgestellt haben. Gerade die großen Institute, die man als allzu schnell aufgeschossen bezeichnet, erwies sich als am widerstandsfähigsten, da in deren vielfeitigem Betriebe der Verlust des einen Gebietes durch Gewinne auf anderen Gebieten mehr oder weniger ausgeglichen wird. Sie haben, soweit nicht ganz besondere Wachstumsfähigkeit sie zu Kraftproben trieb, die Krise weit besser überstanden, als die mittleren und die Kleinbanken. Vergleicht man deren Rechnungsabschlüsse, so weit sie bisher erschienen sind, mit denen der Großbanken, so zeigt sich, daß das Jahr 1902 den kleineren Banken nur in wenigen Fällen eine Erleichterung, meist aber eine verstärkte Erschütterung ihrer Lage gebracht hat; einesteils weil sie, weniger vorsichtig als die Großbanken, nicht im gleichen Maße für stille Reserven vorgesorgt haben, besonders aber, weil ihnen durch die übermächtige Konkurrenz der Großbanken, die durch Angliederung kleiner Banken überall in den Industrieregionen festen Fuß zu fassen wissen, ihre Hintergebiete eines nach dem andern abgegraben werden.

Tat.

## Aus Industrie und Handel.

### Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 21. Februar 1903.

Bei dem heute fortgesetzten Verhör bemerkt Exner, er habe im Jahre 1898 sein Mißtrauen gegen Schmidt gehabt; es seien ihm nur Bedenken wegen der vielen Prehanträge gegen die Treiber-Gesellschaft aufgefallen, weil solche Angriffe selbst die besten Unternehmungen ins Wanken bringen können. Es sei damals der Treiber-Gesellschaft ein Blankokredit bis zu 10 Millionen Mark eingeräumt gewesen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung kommt ein Brief Schmidts an Exner zur Verlesung, in welchem Schmidt sein Bedauern darüber ausdrückt, daß Exner von ihm für die Verteilung weiteren Blankokredits größere Klarlegung der Verhältnisse verlangt. Dies könne man von einem Privatmann, aber nicht von einer Aktiengesellschaft verlangen. Uebrigens seien die Verhältnisse der Treiber-Gesellschaft so glänzend, daß sie wieder 40 Proz. Dividende zu geben im stande sei. In dem Briefe fährt Schmidt fort: „Ich kann Ihnen bloß die Versicherung geben, Sie werden niemals so viel verdient haben, wie wenn Sie Ihre Tochteraktien behalten; es wird sich in nächster Zeit eine gewaltige Hausse in diesen Aktien entwickeln.“ Exner antwortete, er müsse jedenfalls darauf bestehen, daß der Blankokredit durch Wechsel gedeckt würde. Es wäre jedenfalls sehr gut, wenn die Hausse der Tochteraktien sehr bald in die Wege geleitet würde, damit sie bare Mittel belämen.

Exner kommt zur Sprache, daß Exner Schmidt ersuchte, bei der Aufstellung der Bilanz das Schuldkonto der Leipziger Bank auf 3 Millionen herabzusetzen. Das sei schon notwendig mit Rücksicht auf die Zulassungsstelle der Berliner Börse. Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß danach die Zulassungsstelle gefährdet werden sollte, bemerkt Exner, er habe dies in keiner Weise beabsichtigt, er habe den Rat nur erteilt, damit Schmidt seinen Aktienbesitz verringere, somit in der Lage sei, das Schuldkonto der Leipziger Bank herabzusetzen. Er hätte schon deshalb auf eine Herabsetzung des Schuldkontos hinwirken müssen, weil anlässlich der Prehanträge gegen die Treiber-Gesellschaft es ein sehr schlechtes Licht auf die Leipziger Bank geworfen hätte, wenn die volle Höhe des Schuldkontos bekannt geworden wäre.

Sachverständiger Blaut bemerkt, wenn die wahre Sachlage damals, Ende 1898, bekannt geworden wäre, wäre der Zusammenbruch der Treiber-Gesellschaft schon damals erfolgt. Die Treiber-Gesellschaft war auf derartig morsche Grundlage aufgebaut, daß sie bei dem geringsten Anstoß hätte zusammenbrechen können.

Es kommt dann zur Erörterung, daß zur Herabsetzung des Schuldkontos der Treiber-Gesellschaft bei der Leipziger Bank die Kasseler Aufsichtsratsmitglieder Aktien und persönliche Wechsel an die Leipziger Bank gegeben hätten. Sachverständiger Blaut bezeichnet das Verfahren als ein Scheingeschäft. Die Kasseler Aufsichtsratsmitglieder erhielten niemals eine Schuldnote über diese Aktien, sie wußten auch zunächst nicht, welche Art Aktien für sie von Schmidt bei der Leipziger Bank hinterlegt wurden.

In der Nachmittags-Sitzung wurden noch einige mit den Tochtergesellschaften geschlossene Geschäfte erörtert und darauf die Verhandlung auf Montagvormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

**Berliner Bank.** In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Berliner Bank gelangte der Rechnungsabschluss pro 1902 zur Vorlage. Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt einschließlich des Vortrages aus 1901 einen Bruttogewinn von 3 682 291,67 M.; davon entfallen:

	1902 M.	1901 M.
Gewinn auf Zinsen- und Wechselkonto	1 832 167,10	2 127 961,94
Gewinn auf Provisionskonto	824 767,00	1 069 613,42
Gewinn auf Effekten- und Konfortialkonto	447 684,03	222 223,12
Gewinn auf Coupons- und Sortenkonten	12 484,70	16 066,50
Gewinn auf Depositionen u. Kommandite nach Absetzung der Spesen derselben	383 626,63	421 802,30
Nach Abschreibung der Verwaltungskosten und Steuern	840 239,44	979 862,10
Abschreibung auf dubiose Forderungen und nach einer Extra-Abschreibung von 700 000 M. auf Effekten- und Konfortial-Konto verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von	2 008 968,12	1 598 211,14

Auf Antrag der Direktion wurde beschlossen, der zum 30. März einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach Dotierung des gesetzlichen Reservefonds mit 93 617,97 M. eine Dividende von 3 1/2 Proz. (gegen 2 Proz. in 1901) zu verteilen. 89 080,31 M. auf Geschäftshaus- und Inventar-Konto abzuschreiben, dem Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds 25 000 M. zuzuführen und den nach Abzug der Lantienem verbleibenden Rest von 127 325,84 M. (1901 181 608,61 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

**Kau auf die böhmische Sparkasse in Prag.** Wie aus Prag gemeldet wird, findet dort seit Tagen ein Anlaufen auf die böhmische Sparkasse statt. Heute war der Andrang noch stärker als gestern. Gleich bei Beginn der Amtsstunden herrschte in den großen Sälen ein lebensgefährliches Gedränge; mehrere Frauen fielen in Ohnmacht. Das Thor mußte geschlossen werden und die Parteien wurden nur gruppenweise eingelassen.

Die Auszahlung erfolgte anstandslos. Um 11 Uhr vormittags war das Gedränge vor dem Gebäude lebensgefährlich; der Verkehr der elektrischen Bahn stockte. Der Statthalter als Oberlurator der Sparkasse erließ eine Bekanntmachung, in welcher er die Gerüchte über angebliche Verluste der Sparkasse entschieden für unbegründet erklärt und hinzufügt, daß die Sparkasse für alle Einlagen die denkbar größte Sicherheit bietet. Dies hatte eine günstige Wirkung und am Mittag hatte sich die Menge vor der Sparkasse etwas beruhigt.

Der Ansturm auf die Sparkasse stellt sich, wie die „Neue Freie Presse“ behauptet, als ein wohl vorbereiteter Akt czechischer Agitation dar. Den Czechen war das Institut verhasst, da es unter deutscher Leitung stand. In die czechischen Städte und Dörfer sind Tausende von Briefen und Telegrammen verschickt worden, welche diesen Ansturm anflandigten und zur Zurückziehung der Einlagen aufforderten. Die Sparkasse hat 200 Millionen Kronen Einlagen, aber mehr als 280 Millionen Kronen Aktien und Reserven.

**Halbzugsverband.** Die gestern in Düsseldorf abgehaltene, von allen Verbandsvereinen besuchte Versammlung lehnte einstimmig den von der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Halbzugsverband gestellten Antrag auf Ermäßigung der Halbzugspreise für das erste Vierteljahr 1903 ab. Ferner wurde beschlossen, die bisherigen Preise auch für das zweite Vierteljahr 1903 bestehen zu lassen, sowie die Ausfuhrvergütungen in bisheriger Höhe zu gewähren.

## Gerichts-Zeitung.

Mit dem Zusammenbruch der Aktiengesellschaft „Dorotheenstädtische Kreditbank“ hatte sich gestern die neuente Strafammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Drei der ehemaligen Vorstandsmitglieder und Direktoren des genannten Unternehmens, der Kaufmann Paul Müller, Fabrikant Wohl und Kaufmann Leseher, hatten sich wegen Vergehens gegen die Konkursordnung zu verantworten. Die Angeklagten sollen die Bücher unordentlich geführt und es ferner unterlassen haben, die Bilanzen in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen. Dem Angeklagten Müller wird außerdem zur Last gelegt, wissentlich in seinen Darstellungen und Leberichten über den Vermögensbestand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt oder verschleiert zu haben. Die Dorotheenstädtische Kreditbank, die ursprünglich eine Genossenschaftsbank war, dann aber in ein Aktienunternehmen umgewandelt wurde, bestand seit dem Jahre 1889. Im Mai 1899 geriet sie in Konkurs, wobei sich herausstellte, daß äußerst trübe Verhältnisse vorlagen. Das ganze Aktienkapital von einer halben Million Mark war verloren. An Verbestand waren nur einige Mark vorhanden. Es wurde festgestellt, daß die Bank schließlich mit einem Verlust von 213 248 Mark gearbeitet hatte. Die Bücherrevisor Bachmann beugnete, ist dies darauf zurückzuführen, daß die Bank eine Menge fauler Kunden hatte, von denen ein Teil bereits früher fruchtlos gepfändet worden war. Diese Leute hatten ihre Wechsel stets verlängert, ohne Abzahlungen zu leisten. Man hätte denselben längst den Kredit entziehen müssen. Anstatt dessen seien ihre Schulden in den Jahresbilanzen als Aktiva aufgeführt, während sie als Abschreibungen oder Reserve hätten gebucht werden müssen. Dies Verfahren müßte den ganzen Vermögensstand verschieben und die Verteilung einer Dividende sei nicht gerechtfertigt gewesen. Die Angeklagten Wohl und Leseher gehörten von 1889 bis 1894 dem Vorstande an, dann schied Wohl aus und Müller trat an dessen Stelle. Im Termin bestritten sämtliche Angeklagten, daß sie die Schuldner der Bank für schlecht gehalten hätten, und behaupteten, daß sie ihren Pflichten nach besten Kräften nachgekommen seien. Sie hätten aus ihrer Stellung bei der Bank nur ein Einkommen von 1500 bis 2000 M. bezogen und die ihnen außerdem zustehende Lantieme nie in Anspruch genommen. Wenn die Schuldner ihre Wechsel protolliert hätten, anstatt sie einzulösen oder Abzahlungen darauf zu leisten, so konnte dies bei derartigen Kunden häufig vor und sei keineswegs ein Beweis für deren schlechte Lage. Man könne ebenso gut annehmen, daß nur eine vorübergehende Geldverlegenheit vorliege, wie es bei Handwerkern und kleinen Geschäftleuten häufig vorkomme.

Der Angeklagte Müller bestritt entschieden, daß er wider besseres Wissen falsche Berichte erstattet habe, und die Weisungsaufnahme ergab hierfür auch keine genügende Unterlage, so daß der Staatsanwalt in dieser Beziehung die Anklage fallen ließ. Des Vergehens gegen die Konkursordnung hielt er dagegen sämtliche Angeklagte für überführt und beantragte gegen dieselben 3 Monate Gefängnis. Die Verteidiger, Justizrat Kleinholz, Justizrat Bronker und Rechtsanwält Strahmann, plädierten für Freisprechung und suchten in zweiter Linie nachzuweisen, daß die Angeklagten nicht wissentlich, sondern höchstens fahrlässig gehandelt haben. Der letzteren Ansicht trat der Gerichtshof bei und verurteilte Müller und Leseher zu je 4000 M., Wohl zu 1000 M. Geldstrafe.

Zu der Angelegenheit der zu drei Jahren Zuchthaus verurteilten Marie Schwede, über die wir gestern berichteten, wird uns von dem Drohschulenzführer Pfefferling, der in der Verhandlung als Zeuge auftrat, mitgeteilt, daß er der Spitzbabin aus dem Grunde in den Hausflur folgen mußte, weil sie sich außer stande zeigte, zu zahlen. Die Person habe ihm im Flur gesagt, daß das Fahrgeld beim Schlafwirt in Empfang zu nehmen sei; als er von diesem Herrn den schuldigen Betrag erhalten habe, sei die Schwede ihm beim Verlassen des Hauses nachgesetzt und habe im dunklen Flur versucht, ihm das Portemonnaie zu stehlen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen Berlins, wahrt Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt. Das Befehl bestimmt:

**Die Arbeitszeit** dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonntag und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

**Jugendliche Arbeiter** von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

**Kündigungen und Entlassungen.** Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzüchtige Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

**Ausstellung von Zeugnissen.** Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besonders Wertvolle, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesperrt und zurückzugeben.

**Strafgelder.** Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeboten müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verkündung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

**Hygienische und Schutzvorschriften.** Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren

Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befreiung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

**Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!**

Beschwerden nehmen entgegen: **H. Bander,** Bellealliancestraße 95, S. III. **Frau Bausche,** Postoderstr. 43, Quergeb. I. **Frau Dr. Wehl,** Lothringergstr. 67, I. **Frau Lutz,** Waterloo-Ufer 9, im Laden. **Frau Weich,** Rydnerstr. 3, linker Aufg. IV. **Frau Ties,** Blumenstr. 63, I rechts. **H. Heidemann,** Alte Jakobstr. 118, IV. **H. Grünberg,** Köpnickstr. 8b, IV. **Frau Jeehe,** Nizdorf, Steinmehlfabrik 120, Hof I.

Sprechzeit jeden Mittwochsabend von 7-9 Uhr. **Gewerkschafts-Bureau,** im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, im Laden. **Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.**

Die **Gewerbe-Inspektions-Abschnittinnen** **H. Reichert,** Engel-Ufer 4, **H. Rummert,** Georgenkirchplatz 21, **H. v. Jennigen-Förder,** Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die **Beschwerdekommission der Arbeiterinnen** Berlin.

**Verfammlungen.**

**Fünfter Wahlkreis.** Der Druckfehlerzeufel hat in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ dem socialdemokratischen Verein für den fünften Wahlkreis einen hinterlistigen Streich gespielt, indem er 101 Personen, die dem Verein seit der letzten Versammlung beigetreten sind, im Seberlassen veräuwinden ließ. Der böshafte Zeufel gab den Mitgliederzuwachs fälschlicherweise auf 11 an, während er tatsächlich 112 beträgt.

**Der Verband der Barbiers** (Zweigverein Berlin) beschäftigte sich in seiner letzten Generalversammlung vom 18. d. M. mit dem am 24. März stattfindenden Verbandstage. Nach kurzer Begründung durch den Vorsitzenden wurden folgende Anträge zum Verbandstage gestellt: Erhöhung der Beiträge von 25 auf 40 Pf. pro Woche mit gleichzeitiger Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung; Ausdehnung des Verbandes auf die in Haarfabriken beschäftigten weiblichen Personen sowie in den Geschäften angestellten Friseurinnen. Ueber den oben genannten wurden mehrere Anträge angenommen, die sich auf die Verwaltung beziehen. Als Delegierte zum Verbandstage wurden Lierz und Bernke vorgeschlagen. Zu der am 24. d. M. in Berlin stattfindenden Bezirkskonferenz wurden Funzel und Langner delegiert. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über den Artikel der Verbandszeitung vom 20. Januar etc., der besagt, daß die organisierte Arbeiterschaft wohl sieht, daß der Arbeitgeber politisch organisiert ist, aber nicht danach fragt, ob der Gehilfe seine Pflicht erfüllt. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß es Pflicht der politisch organisierten Arbeitgeber wäre, nur organisierte Gehilfen zu beschäftigen.

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung den Bericht des Kassierers der Lohnkommission entgegen. Derselbe verzeichnete eine Einnahme von 892,04 M. und eine Ausgabe von 612,70 M. — Die Neuwahl der Lohnkommission hatte folgendes Ergebnis: E. Günze, W. Pradel, Aiding, A. Weber, J. Seefeld. Als Revisoren wurden Görner, Trapp und Schmidt gewählt. In das Gewerkschafts-Komitee wurden Gersch und Otto delegiert.

**Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter, Sektion I.** In dem Versammlungsbericht in Nr. 42 des „Vorwärts“ sind — wie uns der Schriftführer jener Versammlung mitteilt — unter den ringförmigen Brauereien, welche die Abmachungen bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anerkennen haben, nach dem Bericht W. Richters auch die Werderischen Brauereien und die Eberswalders-Riederlagen aufgeführt. Nach Mitteilung des Agitationskommissions-Mitgliedes Tröger haben die Werderschen Brauereien nach gar nicht geantwortet, also bis jetzt nicht anerkannt, und anstatt Eberswalder muß es heißen: Freientwälder Riederlagen.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gbel u. Lohmann** waren am Dienstag zahlreich versammelt, um über die geringe Entlohnung und über die Mißstände im Betriebe zu sprechen. Klempner Diersner schilderte eingehend die Verhältnisse. In der Schleierei sind Verdienste für verheiratete Arbeiter von 18-21 M. pro Woche das höchste, was erzielt werden kann. Auch in den übrigen Abteilungen sind Stundenlöhne von 35 bis 42 Pf. das höchste, was gezahlt wird für gelehrte Arbeiter, welche 5-6 Jahre und länger dort beschäftigt sind. In sanitärer Beziehung liegen die Verhältnisse so, daß die Schaufortoren, welche angebracht sind, nur in Gang gesetzt werden, wenn eine Revision erforderlich ist. Eine ganze Anzahl anderer Mißstände dieser Art sind vorhanden. Die Versammlung kam einstimmig zu dem Beschluß, eine Kommission zu wählen, welche bei dem Firmeninhaber vorstellell werden und Abhilfe fordern soll.

**Der Charlottenburger Wahlverein** hielt am 10. d. M. unter sehr zahlreicher Beteiligung seine Generalversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Mitglieder Hermann Bernide und Arthur Klein durch Erheben von den Plätzen. Nunmehr hielt der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Jubel, einen Vortrag über die Vorbereitungen zu den kommenden Reichstagswahlen, der lebhaften Beifall fand. Seine Ausführungen gipfelten in dem Appell an die Anwesenden, jetzt schon kräftig an die Wahlarbeit heranzutreten, damit wir gleich beim ersten Wahlgange als die Sieger aus der Wahlurne hervorgehen. — Nach einer kurzen zustimmenden Diskussion über den Vortrag gab der Vorsitzende Waacke den Vorstandsbericht. Nach diesem war die Thätigkeit des Vorstandes eine sehr reichhaltige. — Nach den Berichten des Kassierers und Parteispeditors wurden noch einige Ergänzungswahlen vorgenommen: Als Kassierer wurde Emil Müller, als Bezirksschreiber für den 4. Bezirk Dittmar, für den 8. Bezirk Weisheit, und als Bibliothekar Föfencker gewählt. — Die Bibliothek befindet sich jetzt im Volksbause, Rosinenstraße 3. — Des weiteren wurde noch in den Vorstand des Central-Wahlvereines an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Vorchardt der Genosse Zellin gewählt. 141 zur Aufnahme gemeldete Mitglieder wurden ohne Debatte aufgenommen.

**Nizdorf.** Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 18. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Bernide ab. Ostermann, welcher bisher die Amt des Parteispeditors versehen hat, hat diesen Posten niedergelegt und versieht denselben nur noch bis spätestens Ende Juni. Ueber die Gründe und die Art und Weise, wie dies geschehen, entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher das Verhalten des Genossen Ostermann scharf kritisiert wurde. Die insolge dessen notwendig gewordene Renwahl eines Parteispeditors sofort vorzunehmen, lehnte die Versammlung ab und wählte eine Kommission von neun Mitgliedern, welche sich nach einer geeigneten Kraft umsehen und der nächsten Versammlung, welche eine außerordentliche Generalversammlung sein wird, ihre Vorschläge unterbreiten soll. Der Kommission gehören Wick, Hoffmeister, Fischer, Lusch, Karle, Wiesthe, Müntner, Tamhäuser und Köppen an. — Hierauf erfolgte die Renaufnahme von 240 Mitgliedern.

**Friedrichsfelde.** Am 17. Februar hielt der socialdemokratische Wahlverein für den Bezirk Friedrichsfelde seine Monatsversammlung bei Haberland, Wilhelmstraße 38 ab, in der Genosse Finsler über die bevorstehende Reichstagswahl referierte.

# Erster Wahlkreis!

Montag, den 23. d. Mts., abends 1/9 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Womit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen Arbeiterstimmen gefangen werden? Referent: Genosse Wolfenbuhr. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 236/2  
Zahlreichen Besuch erwartet bestimmt  
Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

## 5. Wahlkreis.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Bülowische Heimatpolitik und die Interessen des Volkes. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Otto Antrich. 2. Diskussion. Da es die erste Versammlung des 5. Wahlkreises in dieser Gegend ist, so erwarten wir, daß die Genossen für regen Besuch agitieren und unbedingt pünktlich erscheinen. 217/1  
Die Vertrauensleute.

## Achtung! 6. Wahlkreis Achtung!

### Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, im Jägerhause, Schönhauser Allee Nr. 103:

## Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über „Berliner Rückständigkeit“. 2. Diskussion. — Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vertrauensmann. 219/2

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Luersgeb. Saal 5, Engel-Allee 15:

### Branchen-Versammlung der Küchenmöbel-Tischler.

Tages-Ordnung:

Wie gestalten sich die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche? In Anbetracht der obigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden in dieser Branche beschäftigten Kollegen, zu erscheinen.

## Achtung! Korbmacher! Achtung!

Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Branchen-Angelegenheiten. — 2. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.  
Die Kommission.

Mittwoch, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

### Vertrauensmänner-Versammlung

aller in Treppengeländer-Fabriken beschäft. Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung der Tarife. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß alle Branchen (Tischler, Drechsler, Stellmacher, Maschinenarbeiter usw.) jeder Werkstatt vertreten sind. Die Aussteller sind besonders eingeladen.  
Der Obmann.

## Achtung! Parkettleger! Achtung!

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15:

### Versammlung sämtlicher Parkettbodenleger.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Klingner: Der ersucht den Arbeitern den Kampf ums Dasein? 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen der Firmen Kuhnert u. Kühne und Bademeyer werden ersucht, zu erscheinen.  
Der Obmann.

## Modell- und Fabrik-Tischler.

Mittwoch, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlung

in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 9.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schulz: Die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise und welche Kampfsmittel stehen uns hiergegen zu Gebote? 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Die Kommission.

## Achtung! Celluloid-Arbeiter und -Arbeiterinnen. Achtung!

(Kammacher, Stockarbeiter und in Galanterie-Celluloidwaren-Fabriken beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen.)

### Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, 25. Febr., abends 8 Uhr, in Bass' Saal (3. u. 4. Teil) Große Frankfurterstraße 85.

Tages-Ordnung:

1. Die Feuergefährlichkeit in den Celluloid-Fabriken. Referent: Reichstags-Abgeordneter Warm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Arbeiter werden ersucht, Interessenten auf dieses Infanat aufmerksam zu machen.  
79/1 Die Sektion der Kammacher und Stockarbeiter.

## Achtung! Konfektionsarbeiter Achtung!

und Arbeiterinnen des Ostens und Südostens.

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die am 1. April d. J. erfolgende gezielte Einführung von Lohnbüchern für die Konfektions-Industrie (§ 114a der Gewerbe-Ordnung) und ihre Bedeutung für die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Referent: Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Bedeutung, welche die Einführung von Lohnbüchern in der Zukunft für Euch hat, wird zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

Achtung!

# Drei Volks-Versammlungen.

Achtung!

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in Peters Lokal, Alt-Moabit 80/81. (Referent: Reichstags-Abgeordneter Ledebour.) bei Wernau, Schwedterstr. 23. (Referent: Reichstags-Abgeordneter Albrecht.)

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75. (Referentin: Genossin Klara Weyl.)

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Was haben die Frauen von der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu erwarten? 2. Diskussion. 1/2  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen  
Die Vertrauenspersonen.

Berlin.

Rixdorf.

## 3 große öffentliche Versammlungen

Montag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Berlin SO., bei Brüder, Waldemarstrasse 75.  
Dienstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Berlin O., „Frelschütz“, Fruchtstrasse 36a.  
Dienstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Rixdorf, bei Thiel, Bergstrasse 151/152.

Tagesordnung in allen 3 Versammlungen:

Konfingengenossenschaft oder Rabattspareverein.  
Freie Aussprache.  
Referenten: Die Genossen Bräuner, Reichstags-Abgeordneter v. Elm und Rosenow.  
Arbeiter, Hausfrauen, erscheint zahlreich in den Versammlungen!  
105/16 Die Einberufer.

## Isolierer und Rohrumküller!

Sonntag, den 22. d. M., präcise 2 Uhr, bei Schneider, Seltorfstr. 15:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die uns bedrohenden Arbeitsbedingungen unserer Unternehmer und deren Folgen. 2. Verschiedenes. 283/19  
Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Isolierers, zu erscheinen.  
Der Einberufer.

## Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Am Montag, den 23. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentliche

## General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15.  
Tages-Ordnung: Die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung. 75/5  
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Eintritt gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.  
Der Vorstand.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Zimmer 30. — Fernspr. VII, 1950.

Mittwoch, den 25. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann. 2. Bericht und Abrechnung des Vergütungs-Komitees. 3. Bericht der Delegierten von der Brandenburger Konferenz. 4. Verschiedenes. 156/7  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

## Dienstag, den 24. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für den Osten

bei Keller, Koppenstraße 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über die Einführung der Kranken-Unterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband.  
2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

## Dienstag, den 24. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Klempner

im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Saal IV.

Tages-Ordnung:

1. Die Einführung der Kranken-Unterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Referent: Kollege Scheffer. 112/8  
2. Diskussion.  
3. Bericht der Tarifkommission und Beratung des Tarifentwurfs.  
4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Angehts der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

## Dienstag, den 24. Februar 1903, abends 8 Uhr: Versammlung d. Drahtarbeiter

(Schlosser, Adler, Geflechts Spinner, Hilfsarbeiter)

im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Saal V.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Frauen und Mädchen. Lichtenberg.

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“ (Höllisch), Frankfurter Chaussee 120:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Was erreichen die Frauen durch ihre Beteiligung an dem bevorstehenden Wahlkampf? Referentin: Frau Emma Ihrer-Bankow. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Vertrauensperson für den Kreis Nieder-Barnim. 222/1  
Barteigenossen! Agitiert unter den Frauen. Männer haben Zutritt.  
Der Vertrauensmann.

## Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.  
Sonntag, den 1. März, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15:

## Lichtbilder-Vortrag: „Schweden und Norwegen“

gehalten vom Kollegen W. Rex. Billets, inklusive Lang 25 Pf., sind im Bureau, Engel-Allee 15, Zimmer 27, sowie beim Kollegen Groier, Köpenickerstr. 1, 2. Aufgang IV zu haben. 20/2  
Anfang 1/7 Uhr. Gäste willkommen.  
Das Komitee.

## Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. (Filiale Berlin.)

Dienstag, 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal III des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15, Hof part. 100/1

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1902. 2. Wahl eines Revisors. 3. Kassangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Sälen, Hindenburgstr. 21:

## Versammlung der in mechanischen Schuhfabriken beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Branchenvertreter. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. 169/7  
Die Ortsverwaltung.

## Berliner Einkaufs-Genossenschaft.

Montag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

## Oeffentliche Versammlung für alle Radfahrer und solche, die ein Rad kaufen wollen.

Tages-Ordnung: 1. Rassen wir unsre Räder, mit Umgehung des Zivilhandels einlaufen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 105/18  
Der Vorstand.

## Central-Verband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin.

## Mitglieder-Versammlungen.

Für den Bezirk Süd-West:  
Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Sitzanstock, Osnestruße 67.

Für den Bezirk Oranienburger Vorstadt:  
Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Köhler, Tiedstr. 24.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht der Vertreter des Bezirks im erweiterten Vorstand. 2. Diskussion und Entwürfe zum Ortsstatut. 3. Verschiedenes. 139/11  
Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten  
Die Obleute.

## Achtung! Kürschner! Achtung!

Montag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:

## Verbands-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Reumitgliedentag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. 102/8  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

## Achtung! Stuccateure! Achtung!

Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in Frankes Festhän, Sebastianstraße 39: 178/6

## Ausserordentliche Versammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung: 1. Tarifberatungen. 2. Mitteilungen und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Gäste und Nichtmitglieder haben Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Militärschneider! Achtung!

Montag, 23. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

## Oeffentl. Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 162/7  
1. Die am 8. und 9. Februar stattgefundene Konferenz der Militärschneider Deutschlands und welche Aufgaben erwachsen daraus den Berliner Kollegen in Zukunft? Referent: Kollege Zäterow. 2. Diskussion. Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen und ihre Frauen mitzubringen, da auch diese an der Gestaltung unserer Lohnverhältnisse ein großes Interesse haben.  
Der Einberufer.

## Achtung! Radfahrer.

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf bei Thiel, Bergstr. 151-152:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Reichstagswahlen und die Arbeiter-Radfahrer. Referent: F. Waiba. 2. Diskussion. 3. Wahl des Kreis-Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. 4. Verschiedenes. 11/11  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer.

# Rum No. 3

50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.  
**Jamaica-Rum**  
 echt und echt Verschnitt  
 a Literfl. 1,60, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.

## Glühwein-Extrakt

hochfein im Geschmack  
 a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12.— inkl.

## Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack  
 a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3.—

# Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29.  
 Wilsnackerstr. 25. Schöneberg. Hauptstr. 129. Stralauerstr. 56.

# Raucher Maas-Tabak



Specialität:  
**Berliner Shag hell**  
 in 10 Pfg. Packeten

Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
 Zu haben in allen  
 Cigarrengegeschäften.  
 ENGROS-NIEDERLAGE:  
**H. SALTZMANN**  
 Berlin S. Luisenufer 3

# B. MEYERSTEIN W<sup>w</sup>.

50 Oranien-Strasse 50

Mein  
 grosses Lager fertiger

## Knaben- u. Mädchen- Garderoben

stelle dem geehrten Publikum zu  
 ausserordentl. billigen Preisen an.

Zur Einsegnung Anzüge und Kostüme  
 in jeder Preisanlage.

## Mehlhandlung von Johannes Friese

Lindenstr. 2 (am Belle-Alliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)  
 empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:  
**Kaiser-Auszug (reines Pester)**  
 1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.  
**Weizenmehl 00 (halb Auszug)**  
 1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.  
**do. 0 (Haynau 00)**  
 1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.  
 alle gutkochende und feiner verfeinerte Mehlfrüchte zu billigen  
 Preisen. 2954L

Gesundheit ist Reichtum!

## Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel  
 gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.  
 Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 2902\*

**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
 136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heiss-  
 luft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder  
 täglich für Damen und Herren.

Wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts [4532\*]  
**Möbel-Total-Ausverkauf.**  
 Gekaufte Möbel werden auf Wunsch bis 1. Mai cr. aufbewahrt.  
**Rich. Thiele, Ackerstr. 120, am Gartenplatz**

Berlin Belle-Alliancestrasse 98. Filialen: Hohenzollernstrasse 3. Chaussee-Strasse 54. Magazin-Strasse 2. Stettin

# Mass-Anzüge

24 und 30 Mark.  
**Herbst-Paletots nach Mass 24-28 Mark.**

Im Interesse des weiten Publikums erlaube ich, mein Angebot zu prüfen, von der Billigkeit und strengen Mässigkeit sich zu überzeugen.

## Sonnenscheins Engros-Resterhaus

ist einzig konkurrenzlos am Platze, indem ich nur den prima Rohstoffen die elegantesten haltbarsten Maß-Anzüge zu obigen Preise liefere.

### Warnung

vor solchen sogenannten Resterhandlungen, die durch ähnliche Annoncen meine nachahmen, um den Schein zu erwecken, dieselben Vorteile den Kunden bieten zu können. Bitte vorher die Stoffe zu prüfen und vergleichen Sie mit meinen streng weissen Rohstoffen.

## Sonnenscheins Engros-Resterhaus

Belle-Alliancestrasse 98, 1 Tr. Chaussee-Strasse 54, 1 Tr.

## Bekanntmachung.

Von jetzt an treten folgende

### Tarifer-mässigungen

in Kraft:

#### 1. Nachtarif für Beleuchtung.

Der Preis der Elektrizität für Beleuchtung in den Nachtstunden zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens wird für diejenigen Abnehmer, die sich zu einer jährlichen Stromentnahme während dieser Nachtstunden von mindestens 1000 M. verpflichten, auf 35 Pf. für die Kilowattstunde ermässigt.

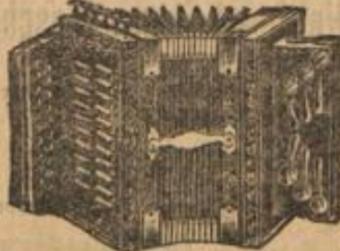
#### 2. Fahrstuhl-Beleuchtung.

Elektrizität zum Betriebe der in den Körben und Motorräumen der Fahrstühle angebrachten elektrischen Lampen wird künftig nach dem derzeitigen Krafttarif von 18 Pf. für die Kilowattstunde berechnet, sofern diese Lampen an den Zähler für den Fahrstuhl-Motor angeschlossen werden.

Anträge werden in unserem Bureau Luisenstrasse 35 entgegen-  
 genommen, woselbst auch jede Auskunft bereitwilligst erteilt wird.  
 Berlin, im Februar 1903. 515L\*

## Berliner Elektrizitäts-Werke.

8 Wochen zur Probe!



versende ich, um  
 Jeden von der Vor-  
 züglichkeit und Bil-  
 ligkeit meiner In-  
 strumente zu über-  
 zeugen, nur gegen  
 Nachnahme - für  
 nur 4 1/2 Mk., mit  
 Glockenspiel 36 Pfg.  
 mehr, eine elegante,  
 als besondere Spe-  
 zialität leicht spie-  
 lende, stark gebaute  
 „Concert-Zug-  
 Harmonika“ mit  
 16 Stück, zwei Reihen,  
 brillante Trompeten,  
 noch vielen schönen

Anker oder Stern, 16 Schallröhren und sonst  
 anderen Verzierungen, 10 Tasten, 2 Register,  
 2 Doppelbässen, 2 Zahnläuter, 2 weitaus-  
 schlagbare Doppelbässen mit Stahlstimm-  
 zähne, herrliche Orgelmusik mit 50  
 Stimmen. Grösse 35 cm. Ein solches Pracht-  
 instrument, 3chörig mit 3echten Registern  
 und 70 Stimmen nur 6 Mk., 4chörig, 4  
 echte Register und 90 Stimmen nur 7 1/2 Mk.  
 6chörig, 6 echte Register und 130 Stimmen  
 nur 11 1/2 Mk., 2 reihige mit 19 Tasten,  
 4 Bässen und 100 Stimmen nur 10 Mk.  
 Kleinere 2 reihige mit 19 Tasten, 4 Bässen  
 kosten nur 8 Mk. **Neu!** Mit garantirt  
 8 Mk. unzerbrechlichen  
 kosten obige Instrumente 2chörig nur 6 Mk.,  
 3chörig nur 8 Mk., 4chörig nur 10 Mk.,  
 6chörig nur 15 1/2 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten,  
 4 Bässen nur  
 12 1/2 Mk. Für Instrumente  
 mit Stahlstimmen garantire **10 Jahre.**  
 Eine grosse **Columbia-Zither** ca. 51 cm lang, mit 5  
 prächtvolle Accorden, 41 Saiten,  
 Schule zum Selbst- **Accord-Zithern**  
 erlernen nur 8 1/2 Mk. Verpackungskosten gratis. Porto 50 Pfg.  
**Garantie: Umtausch** gestattet. **Risiko.**  
 Bevor Sie anderswo eine Harmonika u. s. w. kaufen, verlangen  
 Sie erst meinen Katalog, derselbe enth. viele Neuheiten. Man bestelle  
 nur bei **Robert Nusberg, Neuenrade No. 63 Westfalen.**

## Unentgeltliche Behandlung

von Zahn- und Mundkrankheiten von 9-6 Uhr unter Leitung eines in  
 Amerika und Deutschland approbirten Zahn-Arztes in der  
**„Altmann-Zahn-Klinik“**  
 Alexander-Platz, hinter der Berolina.  
 Für die Privat-Praxis separate vornehme Räume. Garantirt  
 völlig schmerzlos Zahnziehen! Künstliche Zähne. Empfehlungen aus  
 hohen und besten Kreisen. 5152\*

## Seelig's feinste Kaffee-Essenz

in 1/2 Kilo-Dosen macht billigen Bohnen-  
 Kaffee besser und guten Bohnen-Kaffee  
 billiger. Wenig nehmen! Eine kleine  
 Prise auf eine Tasse! 6642\*

### 50% Kaffee-Ersparnis!

Überall zu haben!

## Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Annalidenstr. 160 | Besselfstr. 18  
 Belle-Alliancestr. 107 | Tauentzienstr. 7a  
 Reichenderferstr. 20 | Oranienstr. 31  
 Frankfurterstr. 115 | Brunnenstr. 92



10, 15, 21-75 M. **Betten** Stand 12,00, 18-24 M.  
**Metallbettstellen** für Kinder und Erwachsene. von 22,50 M. an. **Teilkzahlung** gestattet u. 1,00 per Woche an. Bei grösseren Mengen Rabatt. Preis! Hiermit des Post-Exped. u. Vor-  
 schuh-Bereichs.

Die beste Widerlegung des Offenbarungsglaubens ist:  
**Der Sozialist von Nazareth.** Eine Lebensgeschichte  
 von Oskar Zimmer. Berlin, Hauptplatz 21, Selbstverlag, Preis 50 Pf.

## Bei Husten, Asthma!

Lungenerkrankung, Bronchitis, Keuchhusten, Heiserkeit, Rachen-  
 Entzündung, Verschleimung, Re-  
 htschmerzen, Krämpfe im Hals, Nach-  
 schlaf, Zukunfts, Erfüllung mit  
 Schlaflosigkeit ist die Heilung von  
**Pohl's Brombeersaft**  
 für Erwachsene und Kinder erweist  
 sich als 1. Mittel. 2 Fl. 2,50 Mark  
**Pohl's Brombeersaft**  
 möglicherweise und schmerzlos. 1/2, 1/4,  
 1/8, 1/16. Jede Packung Erfolg garantiert.  
**Georg Pohl Drogerie, BERLIN, Unter den Eichen 117**  
 sonst nirgends.

## Land 2 Mk.

pro Woche 2 1/2 a h l i n g, Parzelle  
 840 qm 300 M., nur mündlich, ver-  
 kauft Herronimy, Blumenstr. 79.



## Masken- und Scherzartikel

scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu ausser-  
 gewöhnl. billigen Preisen, z. B. Schneebälle Dtzd. 22 Pf.,  
 Pfannkuchen Dtzd. 33 Pf., Knallbonbons Dtzd. 15 Pf.,  
 Luftschlangen 25 Stück 13 Pf., Kottillonorden usw. usw.

**Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele**  
 für Kinder und Erwachsene in vielen hundert Arten.  
**Neuheit!** Kugelspiel „Meteor“, 60, 120 Pf. und höher.

## Bernhard Keilich. Grösstes Spielwaren- geschäft Deutschlands.

16 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!  
 Gr. Hamburgerstr. 22/23, Hackeschen Markt, Bahnhof Börse.



wirklich gut und billig kaufen? So bestellen Sie meine Cigarillos, wie  
 oben abgebildet und größer, mit Sumatra oder Java gedeck und mit  
 guter und feiner Einlage für den sportbilligen Preis von 7 Mark pro  
 500 Stück franco per Nachnahme. Bei vorheriger Geldsendung nur  
 6,50 Mark. Franco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein  
 interessantes Buch mit Preisliste füge ich dieser Sendung noch gratis bei.  
 Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich.  
 Bitte zu bestellen bei 141/5\*

## P. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.

## Resterhandlung

1 Treppe. 38 Prinzenstr. 38, am Moritzplatz.  
 Aus prima reinwollenen Stoffen liefere ich unter Garantie  
 des guten Siches mit guten Zutaten in sauberer Verarbeitung

## Anzüge nach Mass

zum Preise **24 und 30 Mark.**  
 Paletots nach Mass 22 Mark an.  
**August Löther, Prinzenstr. 38 x, am Moritzplatz**  
 (vormals Leiter der Resterhandlung Belle-Alliancestr. 98 1).

## Das beste Husten-Mittel

sind die allbewährten, echten  
**Epithewegerichsaft-Bonbons,**  
 vorzüglich im Geschmack, süher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur  
 allein echt zu haben bei  
**Gustav Behm, Frankfurter Allee 120.**

## Restaurant Neuer Krug

(Bahnhofstation Neu-Rahnsdorf) Wilhelmshagen  
 zwischen Müggel- und Damerich-See, herrlich am Wasser gelegen, ist das  
 romantischste Lokal an der Obersee. Halte mein Lokal (bis 2000 Personen  
 fassend) für Vereine und Feste bestens empfohlen. 6252\*

## Graumanns Festsäle

**Naunynstrasse 27.**  
 Meine eleganten Salons mit Bühne sind noch einige **Sonntage**  
 und **Sonntage** an Vereine zu vergeben.  
 Fernsprecher Amt IV Nr. 7324. **Gustav Graumann.**

**Mein Saal**  
**Sonntags, den 21. März, frei geworden.**  
 Hensel, Invalidenstrasse 1a. 3655\*

Empfindsame Antisemiten.

Eine heute gegen den Redakteur der „Israelitischen Wochenschrift“ R. A. Klausner verhandelte Anklage wegen Beleidigung mehrerer Antisemiten hat eine längere juristische Vorgeschichte. Den Vorsitz in der IV. Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher die Verhandlung stattfand, führte Landgerichtsdirektor Dypertmann, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Schmidt, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Moses. Als Nebenkläger war der Geschäftsführer der deutschen Reformpartei, Dr. W. Giese, vertreten durch Rechtsanwalt Janzen zur Stelle, als Nebenkläger hatten sich dem Verfahren außerdem Rechtsanwalt Dr. Müller-Bremen, Rittergutsbesitzer Dr. Gaenschel, Dr. Stille, Pfarrer Krösel-Slogin, Kunstmalers Bindewald angeschlossen. Es handelt sich um zwei verschiedene Anklagen, die mit einander verbunden worden sind. In der ersten Anklage sind zwei Artikel in Nr. 30 und 35 der „Israelitischen Wochenschrift“ inkriminiert. Der „Germanische Volksbund“ hatte, wie bekannt, eine Rundfrage über den „Mittelmord“ veranfaßt und die „Staatsbürger-Zeitung“ hatte die eingegangenen Gutachten veröffentlicht. Unter den Gutachtern, die das Verbrechen des Blutmordes entschieden bejahten, befand sich auch Dr. Giese, der zu dem Schlussergebnis kam, daß nur die

Austreibung der Juden

aus Deutschland dringend zu empfehlen sei. Der Angeklagte hat diese Gutachten in der genannten Zeitschrift unter der Überschrift „Eine Verbrechertafel“ und „Aus der Verbrecher- und Narrenliste“ kritisiert und dabei außerordentlich scharfe Worte gebraucht. Es hieß darin: Jeder Antisemit sei ein Verbrecher oder ein Narr, der ins Justizhaus oder ins Narrenhaus gehöre; wer die Mordblüge vom dem Mittelmord nachspräche, sei entweder verrückt, oder ein Gallunne, Antisemitismus und Verbrechertum sei identisch u. s. w. Speziell in Bezug auf Dr. Giese führte der Angeklagte aus, daß alles was Dr. Giese geschrieben, elende Verleumdungen seien. Indem er darauf hinwies, daß Christus an Stelle des wirklichen Mitrintrins das Abendmahl als symbolisches Bluttrinken eingeführt habe, würde er mit seinen Ansichten sich den Hallunken angliedern können, die in den ersten Jahren des Christentums den Christen nachlügen, daß sie Kannibalismus getrieben haben u. s. w. — Wegen dieser Artikel ist der Angeklagte seiner Zeit vom Schöffengericht auf Grund einer von Dr. Giese gegen ihn erhobenen Privatklage zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Schöffengericht nahm § 187 St.-G.-B. an, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß der Angeklagte wider besseres Wissen die Nebenkläger so gekennzeichnet habe, als ob sie wirkliche Verbrecher wären. — Gegen das schöffengerichtliche Urteil wurde seiner Zeit von beiden Seiten Berufung eingelegt und die Sache der zuständigen Strafkammer VIII B zugewiesen und diese hatte aus rechtlichen Gründen einen Beschluß auf Einstellung des Verfahrens gefaßt. Es hatte nämlich der Staatsanwalt, ungeachtet des erstinstanzlichen Erkenntnisses, die

öffentliche Klage

erhoben, es begann also ein ganz neues Verfahren erster Instanz und der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, daß, obgleich ein Urteil erster Instanz bereits ergangen war, durch die Nebenklage der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft das Privatklageverfahren beseitigt sei. Die I. Strafkammer hatte sich dem gegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß das eingeschlagene Verfahren unzulässig und für ein erstinstanzliches Verfahren in diesem Falle nicht mehr möglich sei. Die Strafkammer konnte dem allgemeinen Satze nicht zustimmen, daß, sobald die Staatsanwaltschaft die Verfolgung einer Privatklagesache übernehme, das Privatklageverfahren, selbst wenn es schon an die höhere Instanz gegangen, einzustellen sei und ein neues Verfahren beginne. Nach Ansicht des Gerichtshofs würde es ein juristisches Ungeheuer sein, wenn der Staatsanwalt im Stande wäre, durch eine einfache Erklärung seinerseits ein ergangenes richterliches Urteil aus der Welt zu schaffen. Deshalb erkannte seiner Zeit die I. Strafkammer auf Einstellung des Verfahrens. — Die hiergegen eingelegte Revision des Staatsanwalts hatte Erfolg. Das Reichsgericht trat seiner Auffassung bei, daß durch die Nebenklage des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft das schöffengerichtliche Urteil beseitigt sei und wies die Sache zur andweiten Verhandlung an die Strafkammer zurück. — Mit derselben war eine

zweite Anklage

verbunden, die folgende Grundlage hatte: Als die Sache vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, hat der Angeklagte Klausner den damaligen Privatkläger Dr. Giese aufs neue beleidigt. Durch die geistige Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß er im Gerichtssaale erklärt: er halte jedes Wort, welches er in den Artikeln gesprochen, auch dem Dr. Giese gegenüber aufrecht; wer jene Mordblüge ausspreche, sei entweder verrückt oder ein Verbrecher, die Antisemiten können nur mit Justizhäusern verglichen werden, es sei eine Dreistigkeit von Dr. Giese, daß er noch die Beleidigungslage anstrengt u. s. w. — Der Angeklagte gab im allgemeinen die Thatsachen zu, beanspruchte aber den vollen Schutz des § 193 St.-G.-B. für sich. — Nach kurzer Beweisaufnahme beantragte Staatsanwaltsrat Schmidt die Verurteilung des Angeklagten, dem der Schutz des § 193 nicht zubilligen sei, zu einer Gesamt-Geldstrafe von 600 Mark eventuell jedoch 30 Tagen Gefängnis. — Rechtsanwalt Janzen beantragte dagegen, auf Grund des § 187 Strafgesetzbuchs auf Gefängnisstrafe zu erkennen. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Moses führte in prozessualer Beziehung aus, daß die Entscheidung des Reichsgerichts doch Bedenken erregen müsse, und beantragte die Frei-

sprechung des Angeklagten, der durch die Gegenpartei aufs höchste gekränkt und gereizt und zur schärfsten Abwehr berechtigt gewesen sei und Anspruch auf den vollen Schutz des § 193 habe.

Der Gerichtshof

war, wie der Vorsitzende bei der Verkündung des Urteils hervorhob, an die seiner eignen Auffassung entgegenstehende Entscheidung des Reichsgerichts gebunden. Daß schwere Beleidigungen vorliegen, sei ganz zweifellos, doch halte der Gerichtshof die Anwendung des § 187 für völlig ausgeschlossen und nur einfache Beleidigungen für vorliegend. Zu Gunsten des Angeklagten sei erwoogen, daß diesen die Angelegenheit allerdings persönlich nahe berührt, nicht nur als Herausgeber einer den Interessen der Gesamtheit des Judentums dienenden Zeitschrift, sondern auch in seiner Eigenschaft als Jude. Wenn gegen das gesamte Judentum so vorgegangen werde, wie es in dem Gutachten geschehen, so werden allerdings seine eigenen vitalsten Interessen berührt. Objektiv finde also der § 193 Anwendung, subjektiv aber sei der Schutz dieses Paragraphen ausgeschlossen, da der Angeklagte offenbar und zugegebenermaßen beleidigen wollte. Ohne irgendwie entscheiden zu wollen, ob Dr. Giese mit seinem Gutachten recht oder unrecht habe, müsse man doch anerkennen, daß er sein Gutachten auf eine Reihe thatsächlicher Momente gestützt habe. Der Angeklagte habe danach nicht gefragt, er habe das Gutachten schon vorher verdammt, ehe es ihm bekannt war, und als es ihm bekannt geworden, habe er einfach geschimpft und den Dr. Giese verunglimpft, um seiner Rache, seinem Haß und Verachtung Ausdruck zu geben. Auch bei seinen Aeußerungen gelegentlich der schöffengerichtlichen Verhandlung habe der Angeklagte nicht nur die Rechte der Verteidigung wahrgenommen, sondern auch an jener Stelle dem Dr. Giese aufs neue eins versehen wollen. Bei der Strafzumessung sei erwoogen worden, daß der Angeklagte von der Gegenseite gereizt worden sei. Als Redakteur einer jemtischen Zeitung und in seiner Eigenschaft als Jude mußte er durch die Aeußerungen der Gutachter, die ganze Art der Umfrage, bei der augenscheinlich von vornherein auf eine ganz bestimmte Antwort geredet wurde, und durch den Vorwurf, daß alle Juden anzuzweifeln seien, mit Recht in einen Zustand schwerster Empörung versetzt werden. Mit Rücksicht hierauf hat der Gerichtshof wegen der beiden Artikel auf je 200 Mark, wegen der mündlichen Beleidigung auf 100 Mark, insgesamt also auf 600 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis, Unbrauchbarmachung der Platten und Formen und Publikationsbegrüßung für die Beleidigten erlamt.

Versammlungen.

Polizeimaßnahmen gegen Streikposten kamen wieder einmal am Freitag in einer im Prater abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung zur Besprechung. Bekanntlich befinden sich die Arbeiter der Firma Rewes, Kottke u. Co., Schönhauser Allee, wegen erheblicher Lohnreduktionen seit dem 12. d. M. im Abwehrstreik. Wie gewöhnlich, so stellt sich auch hier die Polizei auf die Seite des Unternehmers und sucht den Streikenden auf Grund des Streikposten-Reglements die Ausübung ihrer Rechte nach Möglichkeit zu erschweren. Eine Sittierung folgt der anderen. Besonders ist der Leiter der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Wisner, der Gegenstand aufmerksamer polizeilicher Fürsorge. Wie dieser in seinem Referat hervorhob, kam es am Donnerstag voriger Woche vor der Fabrik durch das übermäßig scharfe Vorgehen eines Schutzmanns zu einem Auflauf. Infolge von Annoncen des Unternehmers fanden sich nämlich eine Anzahl Arbeitswilliger ein, welche von den Streikposten auf den Ausstand pflichtgemäß aufmerksam gemacht wurden. Ein großer Teil von ihnen ließ sich belehren; sie blieben vor dem Thore stehen und sagten einer zum anderen: „Wir fangen nicht an, hier wird gefreist.“ Dies hörte ein Schutzmann, und da er in diesen Arbeitswilligen wohl keine „für den Staat besonders nützlichen Elemente“ sehen mochte, so fuhr er sie ziemlich schroff an. Es fielen beiderseits allerhand Bemerkungen, Neugierige stellten sich ein, und der Auflauf war fertig. Hätte sich der Schutzmann nicht eingemischt, so wäre der Trupp Arbeitswilliger jedenfalls in wenigen Minuten wieder fortgegangen, denn die Streikenden hatten selbst das größte Interesse daran, diese unanständigen Elemente so bald wie möglich zum Verlassen jener Gegend zu bewegen. Nachdem sich die Menge dann verlaufen, erschienen zwei Polizeileutnants mit einer Anzahl uniformierter und gehelmter Schutzleute auf dem Plan, zu thun gab es für sie jedoch nichts mehr. Den Streikposten aber wurde bedeutet, sich nicht mehr in der Schönhauser Allee sehen zu lassen. Für sie ist die Gegend von der Stargarder- bis zur Wickerstraße gesperrt. Diese polizeilichen Anordnungen beschränken sich jedoch nicht allein auf die thatsächlich am Streik Beteiligten, sondern ganz harmlose Passanten, die irgendwie „verdächtig“ erscheinen, werden davon betroffen. Selbst dem Wirt des Lokals, in dem die Streikenden verkehren, sind sehr ernste, allerdings etwas eigenartige polizeiliche Ermahnungen zu teil geworden. Es war der Polizei nämlich unangenehm, daß die Streikenden durch die Ladenthür des Lokals den Habrfeingang beobachteten. Sofort erhielt nun der Wirt die Weisung, die Streikenden an der Thür nicht mehr zu dulden, widrigenfalls er die Schließung seiner Wirtschaft zu gewärtigen habe. Auch wurde ihm aufgegeben, den hinteren Ausgang seines Lokals verschlossen zu halten, damit keiner der Streikenden, „falls mal etwas passiere“, durch jenen Ausgang entweichen könne. Es ist also eine Art „kleiner Belagerungszustand“ über das Lokal verhängt. Am vergangenen Mittwoch wurde nun Wisner verhaftet. Der Leutnant des Reviers in der Greifenhagenstraße ließ es auch diesmal an Ermahnungen nicht fehlen, weil ein Schutzmann den Sittierten beizuging, jenen bereits er-

wähnten Auflauf verursacht zu haben. Es wurde mit den schärfsten Maßnahmen gedroht, obwohl die Streikenden der Meinung sind, daß schon die bisherigen Maßregeln der Polizei an Härte und Härte nichts zu wünschen übrig lassen. Wieder war noch gar nicht von der Wache herunter, so wurde schon ein anderer „Uebelthäter“ eingeliefert. Auch diesem hielt der Wachtmeister einen Vortrag darüber, was unter Koalitionsrecht zu verstehen sei. — Die Versammlung mißbilligte auf das entschiedenste das Verhalten der Polizei und beauftragte das Bureau, wegen der offensibaren Beeinträchtigung des Koalitionsrechts beim Polizeipräsidenten Beschwerde zu erheben.

Bemerkte sei noch, daß sich außer den beiden überwandenden Beamten auch noch ein Kriminalschutzmann in der Versammlung befand. Er wurde natürlich sofort erkannt, und in Anbetracht dessen, daß Kriminalbeamte stets mit Revolvern bewaffnet sind, vom Vorsitzenden energisch aus dem Lokal vertrieben. Unter höflichen Bewegungen, die von den Anwesenden mit großer Heiterkeit aufgenommen wurden, verstand er.

Die Steinarbeiter hielten am Freitag eine Versammlung im „Englischen Garten“ ab, die sich hauptsächlich mit der neuen Tarifvorlage der Steinmetz-Zunft befahete. Die Zunft hat den jetzt geltenden Tarif am 1. Dezember vorigen Jahres gelündigt. Vor acht Tagen fand nun eine Sitzung des Zunftauschusses statt, in der mit den Vertretern der Gesellen über die neuen Vorschläge gesprochen wurde. Die Meister verlangen, daß die Accordpreise herabgesetzt werden und wollen außerdem eine „Einfachung“ des Tarifs vornehmen, das heißt, sie wollen verschiedene Steinsorten, die im alten Tarif mit verschiedenen Prozentschlägen aufgeführt sind, nach einem einheitlichen Preis bezahlen, und diesen Preis haben sie so berechnet, daß die Arbeiter dabei eine erhebliche Einbuße erleiden. Außerdem wollen sie, daß die Vesperpause bereits am 1. Oktober in Wegfall kommen soll. Werden die Vorschläge der Meister durchgeführt, dann geht den Arbeitern die in der Lohnbewegung vom Jahre 1899 erzielte Lohnerhöhung von 20 Proz. und mehr noch verloren. Der Accordtarif wirkt für die Berliner Steinarbeiter noch dadurch besonders ungünstig, daß alle diejenigen Arbeiter, woran etwas mehr zu verdienen wäre, in den Steinbrüchen fertiggestellt werden. Die Vertreter der Gesellen machten in der Sitzung den Vorschlag, die Meister sollten bei Accordarbeit wenigstens den minimalen Stundenlohn garantieren, davon wollten sie jedoch nichts wissen. Auch der Tarif der Schriftstauer soll herabgesetzt werden, und zwar der Preis für den Buchstaben von 25 auf 23 Pf., alle übrigen Arbeiten um 10 Proz.

In der Versammlung erklärten sämtliche Redner die Vorschläge der Zunft für unannehmbar. Es wurde festgestellt, daß jetzt nach dem alten Tarif bei einer größeren Firma der Durchschnittslohn nur etwa 20—24 Mark beträgt, der Wochenverdienst leistungsfähiger Arbeiter zwischen 10,50 Mark, 15 bis 30 Mark schwankt, was für die aufreibende und im höchsten Grade gesundheitsgefährliche Thätigkeit eines Steinmetzen gewiß als ein erbärmlicher Lohn bezeichnet werden muß. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 20. Februar versammelten Steinarbeiter lehnen die Zunftung der Berliner Steinmetz-Zunft, 20—30 Proz. unter dem jetzt bestehenden Tarif zu arbeiten, ab, weil nach den wirtschaftlichen Verhältnissen eher eine Erhöhung als eine Herabsetzung zu verlangen wäre. Die Versammelten beauftragten den Gesellen-ausschuß, dies der Steinmetz-Zunft mitzuteilen und das weitere zu veranlassen.

Berein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Sonntag, den 22. Februar, Unterhaltungsabend im „Künstlerheim“, Neue Schönhauserstr. 12. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: Heinrich Heine.

Arbeiter-Zamariterkolonne (gegründet 1888). Montag, den 23. Februar 1903, in der Filiale Brunnenstr. 41, Restaurant Uebe, abends 9 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Cohn über: Augen- und Ohrenkrankheiten (mit Demonstrationen). Nach dem Vortrage praktische Uebungen. Sonnabend, den 14. März: 15. Stiftungsfest in Franke's Festhale, Sebastianstraße 39. Abends 8 Uhr: Annoncen am 8. März.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Sonntag: Adorfstr. 123 bei Diele und Mariannenstr. 48 bei Hebebrandel von 3—6 Uhr.

Lichtenberg. Heute, Sonntag, findet bei Gürtel, Frankfurter Chaussee 88, nachmittags 2 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung aller Kadabrez des Kreises Nieder-Barnim statt. Die Aufgaben der vordahrenden Parteigenossen bei den bevorstehenden Wahlen bilden neben der Wahl eines Vertrauensmannes die Tagesordnung. Die Wahlvereins-Vorstände des Kreises und die Vertrauensleute sind eingeladen.

Der Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen hält heute (Sonntag) in Gänge's Restaurant, Noltenhauserstr. 57, eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Veas über das Thema spricht: Das Konsum-Genossenschaftswesen und welchen Nutzen dabei daselbst den Fleischergefellten durch die Errichtung eigener Fleischerzeilen.

Witterungsübersicht vom 21. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 24—28 Uhr	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 24—28 Uhr	
Stolpe	764	SSW	6	bedeckt	5	Haparanda	732	W	4	wolkig	-2	
Danzburg	763	SSW	7	bedeckt	8	Petersburg	—	—	—	—	—	—
Berlin	767	SSW	3	bedeckt	5	Corf	760	SSW	3	Regen	11	
Frankf. M.	773	SW	4	wolkig	5	Aberdeen	—	—	—	—	—	—
München	777	SW	4	Dunst	3	Paris	776	SSW	2	wolkig	6	
Wien	776	SW	—	heiter	4							

Wetter-Prognose für Sonntag, den 22. Februar 1903.

Niedlich warm und veränderlich, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Witterbureau.

BAER SOHN

Chausseestrasse 24 a/25 • 11 Brückenstrasse 11 • Gr. Frankfurterstr. 20

Spezial-Haus größten Masstabes.

Einsegnungs-Anzüge 9

Mk. 50

Reichste Auswahl in den neuesten Moden und verschiedensten Webarten, sowie Kammgarn, Satins, Cheviots, Ripagarn, Drapés, Meltons u. s. w. 33., 30., 27., 24., 21., 18., 15., 12., Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Eingang der Frühjahrs-Neuheiten.

Hochmoderne Stoffe. — Frühjahr - Paletots. — Frühjahr - Anzüge. — Frühjahr - Beinkleider.



Einsegnungs-Hüte  
Einsegnungs-Wäsche  
besonders billig.

Herren-Hosen  
nach Maass. Moderne Stoffe.  
— Gute Arbeit. — 7 Mk. 50  
18, 15, 12, 9.

Einsegnungs-Handschuhe  
Einsegnungs-Krawatten  
besonders billig.

Herren-Anzüge  
nach Maass. Moderne Stoffe.  
— Gute Arbeit. — 24 Mk.  
60, 50, 40, 30.

